



25.022

**Für eine gerechte Energie- und
Klimapolitik: Investieren
für Wohlstand, Arbeit und Umwelt
(Klimafonds-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une politique énergétique
et climatique équitable : investir
pour la prospérité, le travail
et l'environnement
(initiative pour un fonds climat).
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.09.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Grossen Jürg)

Rückweisung der Vorlage an die Kommission

mit dem Auftrag, zur Volksinitiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags auszuarbeiten. Dieser soll die gesetzlichen Grundlagen schaffen oder ändern für ein CO₂-Gesetz mit folgenden Eckwerten:

1. Alle Treibhausgasemissionen auf Schweizer Staatsgebiet werden gemäss dem Verursacherprinzip unabhängig ihrer Quelle gemäss ihrer Treibhausgaswirksamkeit mit einer Abgabe belegt.
2. Die Höhe der Abgabe wird periodisch angepasst, abhängig davon, ob sich die Emissionen entlang dem Absenkpfad entwickeln, der bis spätestens 2050 zur Klimaneutralität 2050 führen soll.
3. Die Einnahmen aus den Treibhausabgaben werden nach Abzug der Erfassungs- und Verwaltungskosten an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückerstattet.

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Grossen Jürg)

Renvoyer le projet à la commission

avec mandat d'élaborer une initiative de commission en tant que contre-projet indirect à l'initiative populaire. Celui-ci doit créer ou modifier les bases légales afin que la loi sur le CO₂ comporte les éléments fondamentaux suivants :



1. Conformément au principe du pollueur-payeur, tous les rejets de gaz à effet serre émis sur le territoire suisse sont soumis à une taxe, en fonction de leur impact sur les gaz à effet de serre, indépendamment de leur source.
2. Le montant de la taxe est adapté périodiquement, en fonction de l'évolution des émissions de gaz à effet de serre par rapport à la trajectoire de réduction qui doit conduire à la neutralité climatique d'ici 2050.
3. Les recettes de la taxe sur le CO₂ sont restituées à la population et aux entreprises après déduction des frais de perception et d'administration.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Im Rahmen der allgemeinen Aussprache über die Volksinitiative behandeln wir auch den Antrag der Minderheit Grossen Jürg auf Rückweisung der Vorlage an die Kommission.

AB 2025 N 1181 / BO 2025 N 1181

Egger Mike (V, SG), für die Kommission: Ich spreche heute im Namen der Mehrheit der Kommission und stelle klar: Die Mehrheit der UREK-N kommt, wie auch die Mehrheit der Finanzkommission, klar zum Schluss, dass die Klimafonds-Initiative unserem Land mehr schaden als nützen würde und stark negative Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der Schweiz hätte.

Die Initiative will einen Fonds einrichten, um im Bereich der Umweltpolitik Projekte und Massnahmen zu finanzieren. Der Fonds soll bis 2050 jährlich mit Mitteln in der Höhe von 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts gespeist werden. Das bedeutet, dass wir einen schuldenfinanzierten Klimafonds schaffen müssten, der jährlich zwischen 3,9 und 7,7 Milliarden Franken verschlingen würde – Mittel, die der Bund schlicht nicht hat. Entweder müsste die Schuldenbremse umgangen werden, oder massive Steuererhöhungen wären eine Konsequenz. Die Mehrheit der Finanzkommission hat deutlich gemacht, dass ein solcher Fonds die finanzielle Stabilität des Bundes gefährden würde. Steuererhöhungen wären unumgänglich. Konkret würde dies bedeuten, dass entweder die direkte Bundessteuer um bis zu 28 Prozent oder aber die Mehrwertsteuer um weitere 2,5 Prozent erhöht werden müsste.

Die Minderheit hingegen wollte die Klimafonds-Idee als langfristige Investition verstanden wissen. Dieses Argument berücksichtigt gemäss der Kommissionsmehrheit nicht, dass auch langfristige Investitionen finanzierbar bleiben müssen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Schweizer Schuldenbremse keine bürokratische Hürde, sondern eine Errungenschaft ist, die uns vor genau solchen finanziellen Abenteuern schützt. Die Schuldenbremse ist eine Regel, die verhindert, dass der Staat langfristig mehr Geld ausgibt, als er einnimmt. Sie sorgt dafür, dass die Ausgaben an die Wirtschaftslage angepasst werden. In guten Zeiten wird gespart, in schlechten Zeiten darf der Staat etwas mehr ausgeben, um die Wirtschaft zu stützen. Ziel ist es, die Staatsverschuldung stabil zu halten und zukünftige Generationen nicht mit Schulden zu belasten. Dieses System hat sich seit der Einführung 2003 bewährt.

Die geopolitische Lage ist so instabil wie selten zuvor. Krieg, Energiekrisen und globale Unsicherheiten, neue Zölle sowie die politische Instabilität in der Europäischen Union dominieren die Schlagzeilen. Gleichzeitig steht der Bundeshaushalt ebenfalls unter massivem Spardruck. In den Finanzplanjahren 2027 und 2028 erwartet der Bund ohne Gegenmassnahmen strukturelle Defizite von bis zu 3 Milliarden Franken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben deutlich schneller wachsen als die Einnahmen. Insbesondere die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt und die Armee steigen an. Ohne Gegenmassnahmen können die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse nicht mehr eingehalten werden. Ein neuer Luxusfonds, wie von den Initianten gefordert, käme einem goldenen Wunschbrunnen gleich. Er wäre teuer, unbezahlbar. Am Ende würden alle dafür zahlen, während die finanziellen Spielräume endgültig verschwinden würden.

Ein weiteres Argument gegen die Initiative sieht die Mehrheit der Kommission darin, dass die Kosten auf alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgewälzt würden, anstatt die Verursacher zur Verantwortung zu ziehen. Weiter ist die Kommissionsmehrheit der Meinung, dass Unternehmen und private Haushalte klare und langfristige Rahmenbedingungen benötigen. Ein Fonds, der jährlich mit Milliarden Franken Steuergeldern gespeist wird, schafft aber keine Sicherheit, sondern Unsicherheit und hemmt damit die Investitionsbereitschaft der Schweiz.

Zur Erreichung der Umweltziele hat die Schweiz verschiedene Massnahmen ergriffen. Das Klima- und Innovationsgesetz, das revidierte CO₂-Gesetz sowie das revidierte Energiegesetz wurden beschlossen und enthalten eine Reihe von Fördermassnahmen und Anreizen, die einen Beitrag zur Erreichung unserer Ziele leisten. Bereits heute stellen Bund und Kantone zugunsten von Klima und Energie Gelder im Umfang von jährlich rund 2 Milliarden Franken zur Verfügung. Weitere 600 Millionen Franken werden für die Biodiversität eingesetzt. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Schweiz zu wenig tun würde. Die Schweiz hat in den letzten Jahren erheblich in die Umweltpolitik investiert und entsprechende Fortschritte gemacht. Die Emissionen sinken, und



Milliarden von Franken werden, wie bereits erwähnt, in den Klimaschutz oder in die Energieeffizienz investiert. Die Kommissionsmehrheit kommt zum Schluss, dass die Initiative ihr Ziel verfehlt und zu einem Instrument der Symbolpolitik verkommen würde. Sie setzt auf teure, ineffiziente Lösungen, ohne die bestehenden Fortschritte und Errungenschaften zu würdigen. Sie gefährdet, wie gesagt, die finanzielle Stabilität unseres Landes, schwächt das Verursacherprinzip und setzt auf Umverteilung statt auf Innovation.

Die Kommissionsmehrheit weist darauf hin, dass die Schweiz bereits Fortschritte gemacht hat: Die Emissionen sinken, und Milliarden von Franken werden in den Klimaschutz und in die Energieeffizienz investiert. Man kann auch klar nachvollziehen, dass es eine Entkoppelung gibt: Die Bruttowertschöpfung steigt, und die Treibhausgasemissionen sinken. Das zeigt, dass die Wirtschaft bemüht ist und im Bereich der Umweltpolitik Fortschritte macht.

Die Minderheit argumentiert, dass die Kosten des Nichthandelns höher seien als die Kosten der Initiative und dass es einen dringenden Handlungsbedarf gebe.

Mit 16 zu 8 Stimmen beantragte die FK-N der federführenden Kommission UREK-N, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die Klimafonds-Initiative wurde darauf von der UREK-N mit 15 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Ablehnung empfohlen. Der Antrag, keinen Gegenvorschlag zur Initiative zu machen, wurde von der UREK-N mit 21 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Im Namen der Mehrheit der Kommission bitte ich Sie, diese Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Die Schweiz braucht keine Experimente, sondern die Weiterführung einer Klimapolitik mit Augenmass, Verantwortung und Effizienz.

Bulliard-Marbach Christine (M-E, FR), pour la commission: En mai dernier, la Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie de votre conseil (CEATE-N) a examiné attentivement l'initiative pour un fonds climat qui a été déposée en février 2024. Cette initiative populaire a pour objectif que des fonds publics nettement plus importants soient alloués à la protection du climat et à la biodiversité. Un fonds d'investissement fédéral devrait être créé à cet effet, dans lequel la Confédération verserait chaque année, jusqu'en 2050, des fonds équivalents à 0,5 pour cent ou à 1 pour cent du produit intérieur brut. Ce fonds ne serait pas soumis au frein à l'endettement.

Selon les calculs du Conseil fédéral, cela représenterait actuellement entre 3,9 et 7,7 milliards de francs par an. Ces dépenses pourraient être réduites si la Suisse atteignait ses objectifs climatiques nationaux et internationaux.

Le fonds devrait servir à financer des mesures visant à développer les énergies renouvelables, l'efficacité énergétique ou la décarbonisation des transports, des bâtiments et de l'économie et à renforcer la biodiversité. Il devrait aussi financer des mesures de formation, de formation continue et de reconversion. Une minorité de la commission de votre conseil recommande d'accepter l'initiative pour un fonds climat. Elle est convaincue que les coûts de l'inaction dépasseraient largement les coûts de l'investissement demandé. De plus, les mesures d'encouragement présenteraient une efficacité élevée par rapport à d'autres instruments et seraient largement acceptées. En outre, un fonds d'investissement public susciterait des investissements privés supplémentaires et favoriserait ainsi, de manière décisive, la transition vers zéro émission nette de gaz à effet de serre.

Dans le cadre de ses délibérations, la CEATE-N a rejeté, par 21 voix contre 1 et 2 abstentions, un contre-projet indirect à l'initiative pour un fonds climat.

Une autre minorité propose de renvoyer l'arrêté fédéral à la commission et de la charger d'élaborer une initiative parlementaire visant à soumettre à une taxe toutes les émissions de gaz à effet de serre sur le territoire suisse, conformément au principe du pollueur-payeur. Du point de vue de la majorité de la commission, la création d'un fonds d'investissement

AB 2025 N 1182 / BO 2025 N 1182

fédéral entre en contradiction avec la politique climatique menée jusqu'à aujourd'hui. Celle-ci s'appuie sur une interaction entre différentes approches et sources de financement. Aujourd'hui déjà, la Confédération investit plus de 2 milliards de francs par an dans les domaines du climat, de l'énergie et de la biodiversité. Selon la majorité de la commission, il serait inefficace de financer les mesures de politique climatique principalement par des fonds fédéraux. Le principe du pollueur-payeur ne serait ainsi pas suffisamment respecté et l'efficacité des mesures serait amoindrie par d'importants effets d'aubaine. Enfin, les dépenses élevées pour le fonds conduiraient à un endettement supplémentaire de la Confédération et à une charge supplémentaire dans une situation financière déjà tendue.

Pour ces raisons, la commission vous propose, par 15 voix contre 8 et 1 abstention, de suivre le Conseil fédéral et de recommander le rejet de l'initiative pour un fonds climat et de rejeter la minorité visant à élaborer



un contre-projet indirect.

Grossen Jürg (GL, BE): Wir führen heute eine sehr wichtige Debatte über die langfristige Ausgestaltung der Schweizer Klimapolitik und über den richtigen Mix aus staatlichen Investitionen, Förderung und marktwirtschaftlicher Lenkung. Die Klimafonds-Initiative will den Bund verpflichten, jedes Jahr mehrere Milliarden Franken in spezifische Klimamassnahmen zu investieren: in Gebäudesanierungen, Elektromobilität, industrielle Innovation sowie den Schutz vor Klimarisiken. Das sind zweifellos wichtige Anliegen, aber die Form, wie das geschehen soll, überzeugt uns nicht. Darum stelle ich im Namen der Grünliberalen Fraktion einen Minderheitsantrag auf Rückweisung an die Kommission, dies mit dem klaren Ziel, der Initiative einen ausgewogenen, marktwirtschaftlich fundierten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Eine Position des Nichtstuns ist für uns keine Option, aber ein milliardenschwerer Automatismus mit vielen Mitnahmeeffekten ist es eben auch nicht.

Die Klimafonds-Initiative ist zwar gut gemeint, aber unter dem Strich schlecht gemacht:

Erstens ist sie zu teuer. Sie verpflichtet den Bund, jährlich massive Mittel zweckgebunden auszugeben, unabhängig davon, ob das jeweils die effizienteste Klimapolitik ist. Damit drohen Mitnahmeeffekte, die laut Expertenschätzungen bis zu 60 Prozent betragen können. Das ist weder nachhaltig noch zielgerichtet.

Zweitens ist sie zu unflexibel. In einer dynamischen Realität, in der sich Technologien rasch entwickeln – von der Fotovoltaik über die Wärmepumpe bis zur Elektromobilität –, braucht es Instrumente mit hoher Anpassungsfähigkeit. Ein starres Fördersystem birgt das Risiko, in kurzer Zeit veraltet oder sogar kontraproduktiv zu werden.

Drittens, und das ist für uns zentral, reicht Förderung allein nicht. Wir brauchen eine Klimapolitik, welche auf Verantwortung, auf Innovation und auf Lenkung setzt, nicht nur auf öffentliche Gelder. Marktwirtschaftlich orientierte Lenkungsabgaben, kombiniert mit gezielter Rückverteilung, sind nachweislich wirksamer und effizienter als breitflächige Förderprogramme. Sie setzen nämlich genau dort an, wo CO₂-Emissionen entstehen, und schaffen klare Anreize für Verhaltensänderungen und technologische Innovation.

Die Grünliberale Fraktion ist überzeugt: Wer Verursacherprinzip sagt, muss auch Lenkung sagen, nicht nur Subventionen. Unser Rückweisungsantrag verfolgt deshalb ein klares Ziel: einen fundierten indirekten Gegenvorschlag, der auf der bereits vom Nationalrat, also von unserem Plenum, angenommenen parlamentarischen Initiative Pfister Gerhard 22.451 beruht, angepasst an die neue Lage mit Blick auf den Flugverkehr, auf graue Emissionen bei Importen, auf Systemvereinfachungen und auf klar definierte Übergänge in die nächste Phase der Klimapolitik.

Meine Erfahrung als Unternehmer in der Gebäudetechnikplanung und in der Zusammenarbeit mit Investoren zeigt Folgendes: Entscheidungen werden vor allem über das Portemonnaie getroffen. Förderprogramme können helfen, aber die Mitnahmeeffekte sind wirklich erheblich. Gleichzeitig ist die Komplexität der Bau- und Förderlandschaft in der Schweiz inzwischen so gross geworden, dass viele potenzielle Investoren an Bürokratie und Planungsunsicherheit scheitern. Was wir brauchen, ist eine systematischere, eine schlankere und eine wirksamere Klimapolitik: erstens mit einem Mix aus Anreiz- und Förderinstrumenten; zweitens mit vereinfachten Abläufen, klaren Zielen und auch mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung; drittens mit einem langfristig tragfähigen Finanzierungssystem, das keine neuen Löcher in den Bundeshaushalt reiss.

Vierzig Jahre Beschäftigung mit Energie- und Klimafragen haben mir gezeigt, dass Technologien und Innovationen den grössten Teil der Emissionsreduktion leisten. Es sind nicht Gesetze und Verordnungen, die das schaffen; das mag viele hier auch ein bisschen frustrieren. Trotzdem: Eine gute Politik ist wichtig, aber eine gute Politik lenkt, statt alles umständlich zu steuern. Eine Rückweisung ist kein Nein zum Klimaschutz – im Gegenteil: Sie ist eine Einladung, bessere Antworten auf die heutigen Herausforderungen zu finden.

Ich bitte Sie im Namen der Grünliberalen Fraktion, den Antrag meiner Minderheit auf Rückweisung zu unterstützen und damit den Weg für eine wirksame, eine flexible, eine marktwirtschaftlich fundierte Klimapolitik frei zu machen, die Verantwortung und Realitätssinn verbindet.

Trede Aline (G, BE): Herr Kollege Grossen, Sie haben jetzt gesagt, dass das Problem der Mitnahmeeffekte gross sei. Wir hören das immer wieder, vor allem von der gegnerischen Seite, wenn es um das Gebäudeprogramm geht. Unterstützen Sie das Gebäudeprogramm?

Grossen Jürg (GL, BE): Besten Dank, Frau Trede, für diese Frage. Ja, wir unterstützen das Gebäudeprogramm. Das Gebäudeprogramm hat positive Effekte, aber auch Mitnahmeeffekte – zu dieser Aussage stehe ich absolut.

Ihre Initiative will aber noch mehr Steuergeld einsetzen. Das Gebäudeprogramm wird ja nicht hauptsächlich mit Steuergeldern, sondern mit einem Teil der CO₂-Abgaben finanziert. Dazu kommen etwas Steuergelder aus den Kantonen. Das ist aber nicht das Zielführendste. Am zielführendsten wäre es, eine bessere Lenkungswir-



kung zu erreichen. Wenn man dort, wo man fossile Energie verbraucht und CO₂ ausstösst, die Belastung für das spüren würde, was man dem Klima antut, würde man automatisch richtig investieren. Mit dem Gebäudeprogramm wird zwar nicht komplett falsch investiert, aber leider mit vielen Mitnahmeeffekten.

Schlatter Marionna (G, ZH): Wer in die Alpen schaut, weiss: Wenn ein Berg ins Rutschen kommt, ist es zu spät zum Diskutieren. Und wer gestern den neuen Bericht des Schweizer Permafrostmessnetzes Permos gelesen hat, versteht, wie konkret die Fragestellungen geworden sind.

Die Klimakrise ist Realität, sie ist kein abstraktes Zukunftsproblem. Unsere Gletscher schmelzen, die Böden tauen auf, die Zahl der Naturgefahren nimmt zu, und alle wissen längst, dass wir etwas tun müssen, auch wenn das ein Kraftakt ist, komplex und teuer. Niemand weiss so recht, wohin die Reise führt. Trotzdem ist allen klar: Es ist etwas zu tun. Was wir heute nicht investieren, wird uns global langfristig teuer zu stehen kommen. Gerade die Unternehmen stehen heute vor grossen Herausforderungen. Sie wollen in klimafreundliche Technologien investieren, ihre Gebäude isolieren, ihre Prozesse umstellen. Viele KMU sind bereit. Was fehlt, ist Planungssicherheit. Was fehlt, ist Anschubfinanzierung. Was fehlt, ist genau das, was der Klimafonds leisten kann. Das Gleiche gilt für die öffentliche Hand: Gemeinden, Kantone, Infrastrukturträger, alle wissen, was es zu tun gäbe. Aber ohne klare finanzielle Rahmenbedingungen wird aufgeschoben oder zu klein gedacht.

Die Schweiz ist ein Land der Innovation und ein Land mit Verantwortung. Unsere Bevölkerung hat das verstanden. Sie hat dem Klima- und Innovationsgesetz zugestimmt. Sie unterstützt die Energiewende. Und sie erwartet zu Recht, dass die Politik liefert. "Lieferten" heisst, die Rahmenbedingungen zu schaffen und die Mittel zu beschaffen, damit der Umbau gelingt.

Die bürgerliche Mehrheit tut dieser Tage so, als habe sich die Klimakrise in Luft aufgelöst, als könne man einfach die

AB 2025 N 1183 / BO 2025 N 1183

Augen schliessen, ein paar Gesetze zurückdrehen und das Problem verschwinde von selbst. Aber draussen, jenseits der Mauern dieses Bundeshauses, schmilzt nicht nur der Permafrost, dort schmilzt auch das Vertrauen – das Vertrauen darauf, dass wir hier drin umsetzen, wozu die Bevölkerung Ja gesagt hat. Die Bevölkerung möchte, dass wir nicht blockieren, sondern ermöglichen und die Sorgen der jungen Generation ernst nehmen. Während im Militärbereich Milliarden lockergemacht werden, weil man sagt, Sicherheit sei unverzichtbar, wird beim Klima auf Zeit gespielt. Wer aber glaubt, Sicherheit ende an der Landesgrenze, der irrt gewaltig. Klimasicherheit ist innere Sicherheit. Sie entscheidet darüber, ob unser Land bewohnbar, versorgbar und widerstandsfähig bleibt.

Genau deshalb brauchen wir die Klimafonds-Initiative. Die Klimaziele, die wir als Gesellschaft beschlossen haben, sind wichtig. Sie bleiben aber wirkungslos, wenn die Mittel fehlen. Nein, der Klimafonds ist nicht einfach ein weiterer Geldtopf, der Klimafonds ist ein Topf voller Zukunft. Zukunft steht hier für Versorgungssicherheit, saubere Energie, Jobs, regionale Wertschöpfung und, ja, für den Schutz dessen, was unser Land ausmacht. Das reicht von der Biodiversität im Mittelland bis zu den Gletschern in den Alpen. Die Klimafonds-Initiative will diesen Weg in der Bundesverfassung verankern, weil es nicht mehr reicht, abstrakte Ziele zu haben. Es braucht die Mittel, um sie umzusetzen.

Empfehlen Sie der Bevölkerung ein Ja zur Klimafonds-Initiative, und zeigen Sie damit, dass Sie bereit sind, Prioritäten zu setzen und die Unternehmen und Menschen bei der Transformation zu unterstützen.

Wismer-Felder Priska (M-E, LU): Frau Schlatter, Sie haben in Ihrem Votum erwähnt, dass es für die Umsetzung der Klimastrategie schwierig sei, wenn die Planungssicherheit fehle. Ist es denn nicht so, dass die Massnahmen und Instrumente, die wir bisher ergriffen und festgesetzt haben – im CO₂-Gesetz, im Klima- und Innovationsgesetz und auch im Stromgesetz –, wegfielen, wenn wir die Klimafonds-Initiative annähmen, was eben gerade eine Planungsunsicherheit auslösen würde?

Schlatter Marionna (G, ZH): Besten Dank für die Frage, geschätzte Kollegin Wismer. Sie wissen genauso gut wie ich: Die Schweiz ist im Klima-Ranking auf Platz 33 abgerutscht. Schaut man die Massnahmen in der Klimapolitik an, so stellt man fest, dass wir international auf Platz 48 abgerutscht sind. Nein, es reicht nicht. Die gesetzlichen Massnahmen, die wir beschlossen haben, reichen nicht, um unsere Klimaziele zu erreichen.

Giezendanner Benjamin (V, AG): Wir behandeln heute eine Initiative, die auf den ersten Blick durchaus Sympathien wecken könnte. Wer will schon öffentlich gegen Klimaschutz hinstehen? Wer würde nicht gerne Investitionen in Wohlstand, Arbeit und Umwelt sprechen? Als Parlamentarier und Parlamentarierinnen haben wir aber nicht nur die Pflicht, schöne Ziele zu definieren, sondern wir haben auch die Pflicht, Mittel und Wege auf



Wirksamkeit, auf Verhältnismässigkeit und insbesondere auf langfristige Tragbarkeit zu untersuchen. Genau diese Kriterien erfüllt die vorliegende Initiative nicht.

1. Die Illusion der unbegrenzten Mittel: Die Initiative verlangt vom Bund, in Zukunft zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes in einen Fonds zu geben. Das heisst, dass zukünftig jährlich zwischen 5 und 9 Milliarden Franken in diesen Fonds fliessen müssten. Über zehn Jahre betrachtet wären es 90 Milliarden Franken. Das entspricht dem ganzen Bundesbudget eines Jahres. Und diese Gelder sollen nicht einfach zur Verfügung stehen, sondern sie sollen zweckgebunden investiert werden, Jahr für Jahr – unabhängig von der konjunkturellen Lage, vom Schuldenstand oder von anderen politischen Prioritäten.

Hier geht es nicht um ein Klimaschutzprogramm. Hier geht es um ein finanzpolitisches Experiment mit ungewissem Ausgang. Es soll ein Sonderhaushalt geschaffen werden, ein sogenanntes Schattenbudget, das die bisherige Finanzdisziplin komplett aushebeln würde. Es ist auch naiv, zu glauben, wir könnten das durch Gebühren finanzieren. Nein, wir können das nur durch neue Steuern oder durch eine zusätzliche Verschuldung finanzieren. Beides gefährdet die Stabilität unserer Volkswirtschaft und untergräbt die Glaubwürdigkeit der Schuldenbremse, welche uns seit fast Jahrzehnten finanzpolitischen Halt bietet.

2. Die Überschätzung der Wirkung: Lassen Sie mich nicht nur über Geld sprechen, sondern lassen Sie mich auch über die Wirkung sprechen, was auch bereits Kollege Grossen gemacht hat. Hier geht es um Effizienz. Die Klimafonds-Initiative hat – lesen Sie sie genau – überhaupt kein klares Ziel. Sie sagt nicht, welche Massnahmen in welchen Sektoren verabschiedet werden sollen, welche Sektoren priorisiert werden sollen und wie die Wirkung am Ende des Tages gemessen wird. Stattdessen schafft sie einfach einen Riesentopf. Aus diesem Topf können dann Projekte finanziert werden, seien es Gebäudesanierungen, Forschungsprojekte oder möglicherweise Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

Der Bundesrat hat es meines Erachtens in seiner Botschaft richtig formuliert. Er hat geschrieben, es sei nicht erkennbar, wie dieser Fonds effektiv zur Zielerreichung beitragen solle. Wir laufen Gefahr, dass wir Milliarden verteilen, ohne den nötigen strukturellen Hebel zu haben. Die Erfahrungen zeigen, und das wurde uns auch schon plakativ vorgeführt: Wenn Sie den CO₂-Ausstoss absenken wollen, dann bringt es nichts, wenn Sie nur Förderungen verabschieden. Nein, Sie brauchen Rahmenbedingungen. Und was es auch braucht, ist technologischer Fortschritt.

3. Die Belastung der KMU und der Mittelschicht: Die Initiative behauptet in Bezug auf die Gesellschaft, dass sie die Gerechtigkeit erhöhe. Aber wenn Sie sie genau anschauen, stellen Sie fest, dass die Ungleichheit grösser wird. Wer profitiert von diesen Subventionen? Es sind vor allem Personen und Gesellschaften mit viel Kapital, die auch investieren können und dann wieder ein Payback bekommen, seien es Eigentümer, seien es grosse Gesellschaften oder Projektentwickler.

Wer bezahlt das? Es ist die breite Bevölkerung, und zwar über Steuern, neue Abgaben oder über eine sinkende Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, weil wir uns diese in der bisherigen Qualität nicht mehr leisten können. Fragen Sie die kleineren und mittleren Unternehmen, diese haben andere Prioritäten. Sie haben Probleme beim Finden von Fachpersonal, sie haben Probleme mit den Energiepreisen und insbesondere mit der Bürokratie. Sie brauchen vereinfachte Prozesse, Planungssicherheit und insbesondere Technologieoffenheit. Sie brauchen nicht ein neues Förderbüro, das dreissigseitige Gesuche bearbeitet. Schon heute haben wir auf Gemeinde-, Kantons- und eidgenössischer Ebene einen Wildwuchs an Förderprogrammen.

4. Die Zielverfehlung im Klimaschutz: Was ist eigentlich das Ziel dieser Initiative? Es wäre der Klimaschutz, aber der wird damit nicht gefördert. Selbstverständlich sollte die Schweiz einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, und das tut sie auch. Wenn Sie die Absenkpfade anschauen, sehen Sie das. Doch wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir mit einem Ausstoss von 0,1 Prozent des CO₂ in dieser Welt viel bewegen können. Wo wir viel bewegen können, das ist in der Entwicklung der Technologien, in der Forschung. Wenn wir in der Zukunft da investieren, dann können wir etwas bewegen, und zwar auf der ganzen grossen Welt.

Diese Initiative riskiert, wertvolle Mittel falsch einzusetzen. Sie ist teure Symbolpolitik ohne Hebelwirkung. Sie ersetzt Wirkung durch Volumen und Verantwortung durch Verteilung.

Lehnen Sie diese Initiative ab. Seien Sie etwas stolz auf den Weg, den wir beschritten haben: In zwei von drei Sektoren sind wir auf dem Zielpfad. Ja, ich gebe es zu, im Bereich Verkehr sind wir es momentan noch nicht, aber es braucht keine solche Klimafonds-Initiative, die der Bevölkerung das Geld aus der Tasche zieht, um am Schluss einen grossen neuen Beraterstab zu finanzieren. Danke vielmals, wenn Sie das ablehnen.

Pult Jon (S, GR): Die Sozialdemokratische Fraktion unterstützt selbstredend die Klimafonds-Initiative mit voller Überzeugung, und wir bitten Sie, der Minderheit Schlatter zu



folgen und dem Volk die Empfehlung abzugeben, diese Initiative anzunehmen.

Zuerst zum Grundsätzlichen: Das Ziel ist gesetzt. Die Bevölkerung hat dem Klima- und Innovationsgesetz 2023 zugestimmt und damit das Netto-null-Ziel bis 2050 demokratisch beschlossen. Die Frage ist also nicht, ob, sondern nur, wie wir diese Transformation schaffen. Die Klimafonds-Initiative gibt eine klare Antwort: mit Investitionen statt Appellen, mit einer Klimapolitik der ausgestreckten Hand, nicht des erhobenen Zeigefingers. Heute wissen wir dank Forschern wie beispielsweise Professor Anthony Patt von der ETH Zürich, dass Klimaschutz kein Sparpaket, kein Verzichtspaket ist. Klimaschutz ist ein Bauprojekt, und zwar das grösste Bauprojekt unserer Generation. Wir müssen unsere Energieversorgung, unsere Gebäude, unsere Mobilität, unsere Industrie in der Schweiz, aber auch weltweit umbauen. Der Weltklimarat beziffert die nötigen Investitionen für dieses immense Bauprojekt auf 2 bis 4 Prozent des Weltbruttoinlandsprodukts pro Jahr. Jedes Land muss seinen Beitrag entsprechend leisten. Diese Initiative fordert für die Schweiz 0,5 bis 1 Prozent öffentliche Mittel dafür. Das ist realistisch, und das ist ja nur der staatliche Anteil, denn diese Investitionen wirken als Hebel. Sie lösen wiederum private Investitionen aus. So erreichen wir die Grössenordnung, die vom Weltklimarat vorgegeben wird, für unser Land und leisten unseren Beitrag.

Klar ist, 80 Prozent unserer Emissionen stammen aus fossiler Energie: Erdöl, Gas, Benzin, Diesel, Kerosin. Wer das Klima schützt, schützt damit auch unsere Energiesicherheit, weil uns die Dekarbonisierung unabhängig von diesen Energieträgern und ihren oft gefährlichen Herkunftsländern macht. In einer Welt mit zunehmenden geopolitischen Spannungen ist diese Unabhängigkeit essenziell. Wir müssen gerade bei der Energie strategisch eigenständiger werden. Unsere Grosseltern bauten die Stauseen. Wir müssen jetzt das klimaneutrale Energiesystem bauen, denn Sonnenenergie, Wind und Wasser gehören allen, und Elektrifizierung, Sanierung und Dekarbonisierung machen Mobilität, Wohnen und Produktion klimaverträglich, effizienter, mittelfristig günstiger. Denn nach der Investition, die zwar viel Geld kostet, sind die Betriebskosten dann jeweils geringer.

Je früher wir investieren, desto schneller profitieren wir alle, auch wirtschaftlich, auch finanziell. Der Klimafonds hilft dabei. Er gibt Zuschüsse, garantiert Kredite, senkt die Zinsen, er wirkt wie eine Klimabank, die Investitionen ermöglicht. Er stärkt die Wirtschaft, er schafft Arbeitsplätze, und er sorgt für soziale Gerechtigkeit. Der Klimaschutz darf kein Privileg für Wohlhabende sein, und deshalb ist die Initiative so designt, dass eben alle, die einen Beitrag leisten, auch unterstützt werden können.

Ich muss Sie darauf hinweisen, dass die Klimapolitik-Forschung – dies im Gegensatz zu den Aussagen des GLP-Sprechers, Kollege Grossen – zeigt, dass die Effektivität von Klimapolitik am höchsten ist, wenn man Technologieförderung betreibt und verstärkt in Infrastrukturen investiert, anstatt mit Markt- und Lenkungsmaßnahmen zu arbeiten, die oft ein grosses Akzeptanzproblem haben. Also nehmen Sie sich beispielsweise die Forschung von Professor Anthony Patt zu Herzen. Die gesellschaftliche Akzeptanz für Standards steigt, wenn der Staat sichtbar mitträgt und mitfinanziert. Fördern statt strafen oder verteuern, das ist der richtige Weg für diese Transformation.

Auch finanzpolitisch ist ein Fonds, der nicht den Regeln der Schuldenbremse untersteht, in diesem Kontext richtig. Ja, es wird zu neuen Schulden kommen, aber es geht um Zukunftsinvestitionen. Die Schuldenbremse will ja die kommenden Generationen schützen. Der Klimafonds macht das noch viel mehr, denn er sorgt dafür, dass sowieso notwendige Investitionen rechtzeitig getätigt werden. Wer heute nicht investiert, verursacht eine Investitionsschuld, und es wird später dann noch teurer.

Die SP will eine klimaneutrale, eine gerechte, eine zukunftsfähige Schweiz. Die Klimafonds-Initiative führt diese Ziele zusammen. Sie ist ökologisch notwendig, wirtschaftlich richtig, sozial gerecht und finanzpolitisch sinnvoll. Deshalb sagen wir als SP-Fraktion Ja zum Klimafonds, und wir bitten Sie, das auch zu tun.

Bäumle Martin (GL, ZH): Herr Pult, Sie haben einen guten Kollegen von mir, Herrn Tony Patt, zitiert. Haben Sie von ihm eine Unterstützungszusage für Ihre Initiative, oder betreiben Sie hier drin einen Etikettenschwindel mit einem Professor, dessen Ansicht, glaube ich, in dieser Frage nicht ganz der Initiative entsprechen würde?

Pult Jon (S, GR): Ich habe nicht gesagt, dass Herr Anthony Patt diese Initiative unterstützt. Ich habe ihn nur zur Untermauerung meines Arguments erwähnt, seine Forschung erwähnt. Wenn er ein guter Freund von Ihnen ist, wird er Ihnen bestätigen, dass seine Forschung eben ergibt, dass Förderungsmassnahmen, Technologieförderung, am effektivsten sind – vielleicht nicht am effizientesten, aber am effektivsten, weil sie gesellschaftlich am besten getragen werden und am meisten Wirkung erzielen. Das sind die Ergebnisse seiner Forschung, und daher finde ich es legitim, mich auf diese zu berufen. Wie er zur Initiative steht, ist seine freie Entscheidung, über die ich nichts gesagt habe.

Giezendanner Benjamin (V, AG): Kollege Pult, ich habe auch nochmals eine Frage zu Anthony Pult. Er ist kein



Kollege von mir, ich habe ihn einmal gesehen. Können Sie bestätigen, dass er Landschaftsgestaltung – was löblich ist – und Architektur studiert hat und dann noch in Jurisprudenz ein zusätzliches Diplom erworben hat? Wie kommen Sie darauf, dass er ein so grosser Experte bei diesem Thema ist?

Pult Jon (S, GR): Also, es gibt einen Anthony Patt, und es gibt Jon Pult, Sie haben das durcheinandergebracht. Jon Pult hat Geschichte studiert, Anthony Patt hat wahrscheinlich das studiert, was Sie gesagt haben. Er macht ja auch nicht Klimaforschung, das behauptet er auch nicht, er ist kein Naturwissenschaftler. Er betreibt Sozialwissenschaft, er untersucht nämlich, welche Klimapolitiken im gesellschaftlichen Kontext wie wirken. Das ist also näher an Soziologie oder an Politikwissenschaft. Da kommt er zu den Schlüssen, die ich bereits zitiert habe, dass eben Förderungspolitik, investitionsgetriebene Klimapolitik am wirksamsten ist, wirksamer als eine Politik, die auf keine Akzeptanz stösst, die Dinge verteuert oder Dinge zu früh verbietet. Deshalb finde ich seine Forschung sehr interessant für die Frage, wie wir diese Transformation hinbekommen.

Docourt Martine (S, NE): Depuis un peu plus de deux ans, notre pays a été confronté à une série d'événements naturels extrêmes qui ne laissent plus aucun doute. Le dérèglement climatique est une réalité concrète, visible et dramatique, y compris chez nous, en Suisse. En effet, depuis juin 2023, la Suisse a connu une série de catastrophes naturelles extrêmes. Tout d'abord, l'éboulement de Brienz aux Grisons a menacé un village entier. Toujours en 2023, une tornade a ravagé La Chaux-de-Fonds, causant un décès, des dizaines de blessés et d'immenses dégâts. Des orages ont provoqué des inondations et glissements de terrain au Tessin et en Valais en 2024. Fin mai 2025, un effondrement glaciaire a enseveli 90 pour cent de Blatten, faisant une victime et effaçant presque entièrement le village de la carte. Dimanche dernier, on a frôlé la catastrophe à Festi'neuch, dans ma ville, avec un violent orage et des rafales de 140 kilomètres à l'heure.

Ces événements témoignent de l'accélération du dérèglement climatique. Ces catastrophes ne sont pas isolées, elles sont la partie émergée de l'iceberg de ce dérèglement. À côté de ces événements spectaculaires, les vagues de chaleur augmentent, engendrant une surmortalité estivale et une multiplication des maladies respiratoires et des allergies. Ces phénomènes créent une pression croissante sur nos écosystèmes et sur notre système de santé. Comme le dit la journaliste et essayiste Naomi Klein : "Pour vraiment s'attaquer au dérèglement climatique, il faut privilégier des solutions radicales sur le plan social. En comparaison, l'efficacité relative de la prochaine génération de cellules solaires est une question futile." Elle a raison, nous ne gagnons pas ce combat par de petits gestes ou seulement grâce à quelques solutions technologiques. Il faut une action politique ambitieuse, planifiée et solidaire, mais surtout un projet de société. L'initiative

AB 2025 N 1185 / BO 2025 N 1185

débatte aujourd'hui, l'initiative pour un fonds climat, est une première réponse à la hauteur des enjeux. Elle vise à garantir la sécurité de notre approvisionnement énergétique, tout en lançant un vaste chantier. La guerre en Ukraine nous l'a rappelé de manière brutale : notre dépendance énergétique est aussi une faiblesse stratégique.

Tant que nous dépendrons des énergies fossiles ou de l'uranium importé, nous resterons à la merci d'autocrates. Nous devons sortir de cette dépendance et cela passe par le développement massif des énergies renouvelables en Suisse. Au-delà de la sécurité, c'est aussi notre responsabilité en tant que génération qui est en jeu. La crise climatique est comparable aux grands défis que nos aînés ont su relever. Elles et ils ont construit l'AVS pour répondre à la précarité des personnes âgées et ont développé les CFF, par exemple, pour relier les régions. À nous, maintenant, de construire une politique climatique digne de ce nom.

L'initiative pour un fonds climat propose d'investir chaque année entre 0,5 et 1 pour cent du PIB, soit entre 3,5 et 7 milliards de francs, dans la transition climatique du pays. Ce ne sont pas des dépenses : ce sont des investissements pour l'avenir. Si ces investissements ne sont pas réalisés dès à présent, les coûts liés à notre inaction seront exorbitants et la dette pour les générations futures continuera à s'aggraver. Ainsi, nous devons investir dans les panneaux solaires, dans l'assainissement énergétique des bâtiments, dans l'amélioration des processus industriels, renforcer les transports publics et préserver notre biodiversité.

Le fonds climat, financé par la Confédération et mis en oeuvre de manière socialement équitable, permettra, avec des moyens étatiques, de soutenir en priorité les ménages et les personnes à bas revenus pour le logement, la mobilité et la consommation. Ces investissements bénéficieront aussi à l'économie. Une offensive de formation et de perfectionnement permettra d'associer pleinement la population active, de répondre à la pénurie de main-d'oeuvre qualifiée et de maintenir des emplois dans notre pays, contribuant ainsi à une reconversion écosociale de l'économie.

Agir maintenant, c'est investir pour un avenir plus sûr, plus équitable, plus vivable et socialement supportable.



Ne rien faire, c'est s'exposer à des coûts humains, sociaux et économiques bien plus élevés à l'avenir. C'est pourquoi le groupe socialiste soutient cette initiative et suivra la minorité Schlatter.

Bühler Manfred (V, BE): Chère collègue, La Chaux-de-Fonds a connu un cyclone en 1926 comparable à ce qu'il y a eu comme évènement tout récemment. MétéoSuisse a dit au sujet de l'orage de Bienne du week-end dernier que ce n'était pas du tout un évènement exceptionnel. Vous avez encore parlé d'un troisième exemple, celui de Blatten, au sujet duquel le géologue cantonal, M. Mayoraz, a dit qu'il n'y avait absolument pas de possibilité de relier cela au changement climatique. Comment pouvez-vous induire le public en erreur en associant tous ces évènements de manière quasi indiscutable au changement climatique ?

Docourt Martine (S, NE): Je crois que les différents événements que j'ai mis en exergue sont vraiment parlants, notamment en raison de leur intensification et du fait qu'ils se produisent de manière plus récurrente. Je pense qu'ils sont à même d'expliquer le dérèglement climatique que nous vivons maintenant.

Paganini Nicolò (M-E, SG): Die Schweiz, ja die Weltgemeinschaft steht in der Klimapolitik vor anspruchsvollen Herausforderungen. Diese sind real, sie verlangen aber klare Strategien, technologieoffene Massnahmen und einen verantwortungsvollen Mitteleinsatz. Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP hat wiederholt ihr Bekenntnis zur Schweizer Klimapolitik abgegeben. Wir haben jedes in diesem Parlament verabschiedete CO₂-Gesetz unterstützt, das Klima- und Innovationsgesetz mitgetragen, die Revision von Strom- und Energiegesetz mit dem Mantelerlass mitgeprägt. Wir stehen ein für die Sicherung der Mittel für Ausbau und Betrieb des öffentlichen Verkehrs und so weiter und so fort.

Die vorliegende Initiative aber ist aus Sicht der Mitte-Fraktion nicht der richtige Weg, denn sie ersetzt Wirkung durch Symbolik, Haushaltsdisziplin durch Automatismus und demokratische Kontrolle durch Daueraufträge. Sie will viel Geld bewegen und dabei auf Kosten der nächsten Generationen Schulden machen oder Steuern erhöhen. Die Initiative will den Bund verpflichten, jährlich geschätzte 3,9 bis 7,7 Milliarden Franken in den neuen Klimafonds zu überführen. Obwohl die Initiative einen Katalog von Unterstützungsobjekten enthält, bleibt unklar, welche Instrumente aus dem Fonds alimentiert werden sollen, und unklar bleibt auch, in welchem Verhältnis der neue Manna-Topf zu den bereits bestehenden Instrumenten steht. Was aber klar sein dürfte: Die gesamte Klima- und Biodiversitätspolitik der Schweiz würde künftig über eine gigantische Bundesumverteilungsmaschine abgewickelt.

Die Mitte-Fraktion erachtet diesen Ansatz, wie erwähnt, als nicht zielführend. Vielmehr setzen wir auf das bestehende Instrumentarium und sind natürlich auch bereit, dieses in den anstehenden Überarbeitungen weiterzuentwickeln.

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft dargelegt, was die Schweiz heute bereits leistet. Mit den ab 2025 geltenden Förder- und Unterstützungsmassnahmen verfügt der Bund jährlich über rund 2 Milliarden Franken für den Umbau des Energiesystems sowie für die Bekämpfung des Klimawandels und dessen Folgen. Weitere 600 Millionen Franken pro Jahr stehen für den Erhalt und die Förderung der Biodiversität bereit. Im Nachgang zum dramatischen Fels- und Gletschersturz im Lötschental wurden Stimmen laut, die diese Naturkatastrophe als Beleg dafür anführen, wie dringend die vorliegende Klimafonds-Initiative sei. Wir haben das jetzt heute auch gehört. Aber mit Verlaub, das ist eine fragwürdige Instrumentalisierung eines tragischen Ereignisses. Blatten würde auch unter dem Schuttkegel liegen, wenn wir vor zehn oder zwanzig Jahren einen solchen Klimafonds eingerichtet hätten. Wir sollten hier schon bei den Fakten bleiben. Die Katastrophe in Blatten mag auch auf den Klimawandel zurückzuführen sein; sie gibt uns aber keinen Hinweis darauf, mit welchen Mitteln Politik und Gesellschaft auf die Klimaherausforderung reagieren sollen.

Das Setzen auf bestehende Instrumente hat den grossen Vorteil, dass diese nicht aus einer einzigen, allumfassenden Giesskanne getränkt werden, sondern dass Massnahmen aus einem Mix verschiedener Quellen finanziert werden. Dazu gehören marktwirtschaftliche Instrumente wie die CO₂-Abgabe, das Emissionshandelssystem, Emissionsvorschriften für neue Fahrzeuge, die Kompensationspflicht für Importeure fossiler Treibstoffe, der Technologiefonds sowie das Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen. Die Schweiz lebt auch von ihrer föderalen Stärke. Gerade im Klimabereich leisten Kantone, Städte und Gemeinden Pionierarbeit, oft im Verbund mit der Privatwirtschaft. Diese dezentralen Initiativen sind effektiv, weil sie nah an der Realität sind und flexibel auf neue Anforderungen reagieren können. Ein grosser, zentral gesteuerter Fonds riskiert hingegen, diese Vielfalt zu ersticken. Denn wo der Bund zahlt, tendieren untere Ebenen dazu, Verantwortung abzugeben. Innovationskraft wird durch Erwartungshaltung ersetzt, oder anders gesagt: Wenn der Bund alles finanziert, wird das Lokale passiv.

In der Übergangsbestimmung, also bei Artikel 197 Ziffer 15 der Bundesverfassung, ist für die Mitte-Fraktion nicht nur der gigantische Betrag von jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts problematisch.



Die Übergangsbestimmung ist auch ein Angriff auf die Schuldenbremse. Die Schuldenbremse bzw. die tiefe Staatsverschuldung der Schweiz ist ein Erfolgsmodell und eine Errungenschaft, auf die viele Länder mit Neid blicken. Sie sichert langfristige Stabilität und erlaubt dem Staat, in Krisen handlungsfähig zu bleiben. Weltweit verschlechtern sich die Kreditratings von Staaten aufgrund ihrer überbordenden Schuldenwirtschaft. Damit wird das Schuldenmachen immer teurer, es braucht immer mehr Mittel für den Schuldendienst, und die nächsten Generationen werden in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt. Diesen Weg wollen wir für die Schweiz nicht gehen. Die Klimafonds-Initiative würde ein separates Finanzvehikel ausserhalb des regulären Budgets und der Schuldenbremse schaffen. Sie

AB 2025 N 1186 / BO 2025 N 1186

würde in riesigem Ausmass neue gebundene Ausgaben fixieren. Einmal mehr würde sich das Parlament selbst in seiner künftigen Handlungsfähigkeit einschränken.

Wie Sie der Fahne entnehmen können, beantragt eine relativ kleine Minderheit Grossen Jürg, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Schweizer Klimapolitik auf ein System mit einer reinen und voll rückzuerstattenden Lenkungsabgabe umzustellen. Selbstverständlich gibt es in unseren Reihen Stimmen, die diesen Weg nicht a priori für falsch halten. Aber hier und heute können wir dem Minderheitsantrag aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen. Hauptgrund ist, dass dieser mögliche Gegenvorschlag mit der Klimafonds-Initiative rein gar nichts zu tun hat. Nein, er ist eigentlich das pure Gegenteil der Initiative, nämlich null Finanzierung über das Bundesbudget, null Fördertöpfe und 100 Prozent Klimapolitik über eine wohl recht hohe Lenkungsabgabe mit vollständiger Rückerstattung. Die Idee eignet sich deshalb nicht als Gegenvorschlag zum vorliegenden Geschäft. Der Minderheitsantrag ist wohl eher eine Beruhigungsspielle für die GLP-Wählerschaft, der man dann sagen kann, man habe die Klimafonds-Initiative nicht wie andere sang- und klanglos zur Ablehnung empfohlen.

Wir werden im Rahmen der nächsten Revision des CO₂-Gesetzes über diese Idee sprechen können. Persönlich habe ich Zweifel, ob es uns im Parlament, da wir ja nicht auf der grünen Wiese operieren können, tatsächlich gelingen würde, sämtliche bestehenden Instrumente durch eine allumfassende Lenkungsabgabe zu ersetzen und, falls doch, dann auch noch zu erreichen, dass die Bevölkerung jemals Ja dazu sagen würde. Die Schweiz setzt heute schon namhafte Mittel ein, um dem Klimawandel zu begegnen und die Biodiversität zu fördern. Lassen Sie uns den eingeschlagenen Weg fortsetzen und, wo nötig, Instrumente nachjustieren. Dieses Vorgehen beinhaltet finanzielle Vernunft, wirkungsorientierte Steuerung, massgeschneiderten Einbezug aller Staatsebenen und keine Selbstentmachtung des Parlamentes.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Minderheitsantrag Grossen Jürg auf Rückweisung abzulehnen sowie in der Detailberatung der Mehrheit zu folgen und Volk und Ständen die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen: Ja zum Klimaschutz mit unseren laufenden Instrumenten, Nein zur Klimafonds-Initiative.

Jauslin Matthias Samuel (GL, AG): Herr Kollege Paganini, ich bin ein wenig überrascht, dass Sie über den Rückweisungsantrag von Herrn Grossen von der GLP-Fraktion gesagt haben, dass vereinzelte Stimmen in Ihrer Fraktion diesen durchaus unterstützen können. Aber, mein lieber Herr Paganini, im Dezember hat die Mitte-Fraktion hier in diesem Saal einer parlamentarischen Initiative von Gerhard Pfister, der genau diese Forderungen aufgelistet hat, zugestimmt. Warum können Sie nun hier sagen, dass Sie mit bestehenden Instrumenten arbeiten wollen und nicht mit diesem Gegenvorschlag oder mit dieser Rückweisung, die auf der parlamentarischen Initiative Ihres Präsidenten aufbaut?

Paganini Nicolò (M-E, SG): Ich glaube, ich habe das erklärt. Dieser Antrag taugt einfach nicht als Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative, die alles über das Bundesbudget abwickeln will. Er fordert ja das Gegenteil, nämlich 100 Prozent Lenkungsabgaben, also keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt, und ist in diesem Sinne einfach am falschen Ort platziert. Wenn Sie mir zugehört haben, lieber Herr Jauslin, dann haben Sie auch gehört, dass ich gesagt habe, über solche Ideen könne man im Rahmen der nächsten Revision des CO₂-Gesetzes diskutieren.

Trede Aline (G, BE): Herr Kollege Paganini, Sie sagten ganz am Anfang, diese Initiative sei Symbolpolitik. Danach aber führten Sie minutenlang aus, sie sei eine Geldumwälzmaschine, die Vielfalt der Mittel würde erstickt, die Innovationskraft würde geschwächt. Ich checke es einfach nicht ganz – einerseits sagen Sie, die Initiative sei Symbolpolitik, andererseits stellen Sie sie als derart gefährlich dar. Können Sie mir diese Differenz erklären?

Paganini Nicolò (M-E, SG): Ich habe das auch ausgeführt. Wir haben heute einen relativ breiten Werkzeug-



kasten mit ganz verschiedenen Massnahmen: der CO₂-Abgabe, den Emissionsvorschriften für Autos und der Kompensationspflicht für Treibstoffimporteure – ich habe das alles aufgeführt. Die Initiative hat zwar einen Katalog von möglichen Unterstützungsgegenständen, aber sie will ein heute funktionierendes Instrumentarium durch einen nebulösen, in seiner Symbolik natürlich starken Fonds ersetzen, der eben bis zu 8 Milliarden Franken beanspruchen würde, und das alles über das Bundesbudget.

Vincenz-Stauffacher Susanne (RL, SG): Diese Initiative geht davon aus, dass der Klimaschutz in der Schweiz durch A-Fonds-perdu-Beiträge beschleunigt werden kann. Dieser Ansatz führt jedoch dazu, dass die Allgemeinheit auf mehreren Ebenen für den Klimaschutz bezahlt. Erstens übernimmt sie Kosten für Schäden, die durch die Nutzung von fossilen Energieträgern entstehen, und dies, obwohl nur ein Teil der Bevölkerung und Wirtschaft für den Schaden verantwortlich ist. Zweitens bezahlt sie Subventionen für emissionsfreie Technologien, anstatt dass dafür der richtige Preis bezahlt würde; das wiederum verstösst gegen das Verursacherprinzip. Drittens bezahlt sie neue Subventionen für den Umstieg auf fossilfreie Anwendungen, was Unternehmen oder Personen benachteiligt, welche diesen Schritt bereits auf eigene Kosten getätigt haben.

Natürlich können Subventionen einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten, sei es zur Beschleunigung oder zur Etablierung neuer Technologien. Dass Subventionen zum Hauptpfeiler der Klimapolitik werden, lehnt die FDP-Liberale Fraktion aber ab. Subventionen sollen primär bei Marktversagen zum Einsatz kommen, wie zum Beispiel bei zu tiefen Renditen, oder als Anstossfinanzierung für neue Technologien. Schliesslich sind bei Subventionen regelmässig die Mitnahmeeffekte zu berücksichtigen. Es gibt deutlich effizientere Instrumente in der Klimapolitik, welche stärker auf Marktwirtschaft setzen, zum Beispiel CO₂-Lenkungsabgaben. Die von der Initiative geforderte massive Finanzierung für den Klimaschutz – wir reden von 0,5 bis 1 Prozent des BIP – geht nun aber einen anderen Weg. Dass sie zusätzlich auch noch eine umfassende Umgehung der Schuldenbremse fordert, ist für die FDP-Liberale Fraktion nicht akzeptabel.

Die Initiative ist aber auch, so unsere Einschätzung, nicht nötig. Eine 2021 von Swiss Banking in Zusammenarbeit mit der Boston Consulting Group (BCG) publizierte Studie zeigt nämlich auf, dass die für den Klimaschutz notwendigen Investitionen von rund 400 Milliarden Franken zu einem Grossteil, zu über 90 Prozent, durch Kreditvergaben oder über den Kapitalmarkt finanziert werden könnten – vorausgesetzt, die Nachfrage ist vorhanden. Eine massive staatliche Fondslösung, wie sie die Klimafonds-Initiative vorsieht, ist somit überflüssig. Viel wichtiger und sachgerechter sind die richtigen Rahmenbedingungen. Aus einer Umfrage von PwC unter mehr als 1000 Schweizer CEO geht deutlich hervor, dass neben der fehlenden Nachfrage nach nachhaltigeren Produkten sowie der Komplexität der Regulierung auch die ungenügende Rentabilität von Klimaschutzmassnahmen ein Grund dafür ist, dass Investitionen nicht getätigt werden. Diese Hindernisse haben im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023 sogar noch deutlich zugenommen.

Effektiv sind viele der geeigneten Massnahmen in der Klimapolitik bereits definiert. Die neuesten Emissionsdaten des BAFU zeigen auf, dass die Schweiz rein rechnerisch gut unterwegs ist und die Massnahmen greifen. Gleichzeitig muss aber konstatiert werden, dass in den kommenden zwei Jahrzehnten grosse Anstrengungen unternommen werden müssen, weil die "low-hanging fruits" bereits geerntet sind. Dabei kommen auch ganz neue Aufgaben auf die schweizerische Volkswirtschaft zu, und zwar bezüglich der Restemissionen. Damit diese entsorgt werden können, muss in der Schweiz eine Infrastruktur für Carbon Capture and Storage und Carbon Dioxide Removal aufgebaut werden.

Zum Fazit: Der Klimaschutz in der Schweiz kann durch die Stärkung der bestehenden Instrumente sowie weitere

AB 2025 N 1187 / BO 2025 N 1187

Massnahmen optimiert werden. Dafür braucht es keinen neuen, umfassenden Klimafonds. Die von der Volksinitiative angestrebte Lösung ist dementsprechend unnötig, teuer, sogar kontraproduktiv und am Ende des Tages eben gerade nicht nachhaltig. Zur Finanzierung müssten entweder Schulden gemacht oder Steuern erhöht werden. Somit würden entweder künftige Generationen oder unsere KMU und der Mittelstand belastet. Darum sagen wir als FDP-Liberale Fraktion geschlossen Nein zur Klimafonds-Initiative. Aus der Überzeugung heraus, dass die bestehenden Instrumente greifen, sind wir auch gegen einen Gegenvorschlag. Daher werden wir auch den Rückweisungsantrag ablehnen.

Eine zusätzliche Bemerkung: Der Rückweisungsantrag beinhaltet nicht einen grundsätzlich falschen Ansatz. Der Ansatz ist sogar sehr interessant, zumindest für einen Teil der FDP-Liberalen Fraktion. Wir erachten ihn aber nicht als Alternative zur Initiative. Dieser Ansatz wird, da bin ich überzeugt, im weiteren parlamentarischen Prozess im Zusammenhang mit dem CO₂-Gesetz erneut zu diskutieren sein.

Trede Aline (G, BE): Frau Kollegin Vincenz-Stauffacher, Sie haben finanzielle Gründe angeführt, es würde



Schulden für kommende Generationen geben. Gehen Sie mit mir einig, dass auch die Klimaerhitzung, wenn wir jetzt keinen wirklich griffigen Klimaschutz machen, für die kommenden Generationen Folgen hat?

Vincenz-Stauffacher Susanne (RL, SG): Ich danke Ihnen für diese Frage, Frau Kollegin Trede. Ja, selbstverständlich gehe ich mit Ihnen in dieser Frage einig. Wir sind uns aber nicht einig über den Weg, den wir gehen müssen. Wie gesagt, ich bin überzeugt, dass die bestehenden Instrumente greifen, diese noch optimiert werden müssen und wir so gemeinsam auf unser gemeinsames Ziel hinarbeiten können.

de Montmollin Simone (RL, GE): En faisons-nous assez pour contrer le réchauffement climatique ? À cette question, les scientifiques répondent que non. Les chiffres montrent que les émissions diminuent, certes, mais à un rythme trop lent pour atteindre les objectifs de l'accord de Paris. L'hypothèse la plus sûre est qu'il ne sera pas possible de contenir l'augmentation des températures à 1,5 degré à l'échelle mondiale sans concéder plus de mesures. Cette initiative porte donc une préoccupation actuelle, ni nouvelle ni obsolète. La prise en compte des enjeux climatiques et les mesures pour faire face sont à l'agenda depuis des années et le resteront aussi longtemps que la courbe des émissions n'aura pas durablement diminué à l'échelle globale. La Suisse, comme tous les autres pays, devra continuellement adapter ses outils en conséquence, ajuster, renforcer, accélérer là où c'est nécessaire, en tenant compte du contexte et des avancées. Je pense qu'il y a consensus sur ce point. La question n'est donc pas si, mais comment.

La Suisse s'est dotée de politiques sectorielles ambitieuses que le peuple souverain a soutenues. Ainsi, les trajectoires de réduction des émissions dans les domaines les plus impactants ont été adoptées. Des soutiens à l'innovation, des incitations aux économies d'énergie, le développement massif des énergies renouvelables et la promotion de la biodiversité sont au cœur d'un important dispositif législatif validé démocratiquement. Ce dispositif répond donc à la première demande de cette initiative et le groupe libéral radical juge que l'inscrire dans la Constitution n'aura pas d'impact supplémentaire. La nouveauté de cette initiative est la création d'un fonds d'investissement public pour les financer, outil jugé par les initiants plus efficace et plus rapide pour atteindre ces objectifs. Ce fonds devrait être doté chaque année d'un montant équivalent à entre 0,5 et 1 pour cent du PIB, soit, comme cela a déjà été mentionné, entre 4 et 8 milliards de francs par année, qu'il s'agirait de trouver en dehors du plafond des dépenses du budget de la Confédération, soit par des dettes ou des impôts supplémentaires. C'est là qu'il y a divergence d'appréciation.

Aujourd'hui, les instruments ancrés dans les lois que nous avons acceptées totalisent des investissements à hauteur d'environ 2,5 milliards de francs par année. Ils sont dédiés à des soutiens ciblés et conformes aux principes de causalité. Or, il ne suffit pas de tripler ce montant, d'atteindre 1 pour cent du PIB, pour que le climat se porte mieux. Les subventions peuvent, bien sûr, apporter des contributions supplémentaires, mais elles ne doivent pas être le pilier central de notre politique climatique. L'initiative a pour objectif que la Confédération ait non seulement la compétence, mais l'obligation d'apporter ses soutiens, faisant porter à l'État l'essentiel de la responsabilité, et ce, sans que cette initiative ne donne ni priorité ni mesure ou instrument concret.

Pour le groupe libéral-radical, ces subventions doivent être priorisées et utilisées en premier lieu en tant qu'incitations pour remédier à des dysfonctionnements du marché, par exemple, des rendements trop faibles sur certaines productions énergétiques ou comme financements d'impulsion pour les nouvelles technologies, mais l'efficacité de ces subventions doit être régulièrement évaluée et, au besoin, adaptée, pour éviter les effets d'aubaine. C'est aujourd'hui le cas avec la loi fédérale sur les objectifs en matière de protection du climat, sur l'innovation et sur le renforcement de la sécurité énergétique (LCI), la loi fédérale relative à un approvisionnement en électricité sûr reposant sur des énergies renouvelables, la loi sur l'énergie et la loi sur le CO₂, en cours de finalisation.

Le groupe libéral-radical estime donc que la complexité de mise en œuvre et la rigidité, surtout, d'un tel fonds, sont des freins à ce nécessaire dynamisme, car, contrairement aux fonds dédiés, par exemple, aux routes ou au rail, la protection du climat importe à tous les acteurs, qu'ils soient privés ou publics, aux entreprises comme aux individus. Cet engagement coordonné nécessite des conditions flexibles pour que les objectifs soient atteints. C'est cette flexibilité, mais aussi cette transparence qui doivent être conservées, ce qu'un fonds créé en parallèle des comptes fédéraux – comme le suggère cette initiative – affaiblirait considérablement.

Mesdames et Messieurs, l'objectif de zéro net et les mesures pour l'atteindre ont été fixés et acceptés par le peuple ; les outils existent, les moyens accordés et leurs priorités doivent rester sous la responsabilité du Parlement. De notre point de vue, les figer dans un fonds n'apportera pas la plus-value escomptée, sinon celle de renforcer le poids de l'État, à qui l'on demande toujours plus.

Le groupe libéral-radical suivra donc la proposition de la majorité et ainsi, également, la position du Conseil fédéral.



Weber Céline (GL, VD): La transition énergétique et la protection de l'environnement sont dans l'ADN du Parti vert/libéral. Définir une politique durable et des conditions-cadres favorables pour que nos entreprises et la société en général puissent adopter des comportements respectueux de l'environnement a toujours été le moteur de notre parti. Quand je dis durable, je comprends le mot au sens environnemental, économique et social. Comme le disait Antoine de Saint-Exupéry : "Nous n'héritons pas de la terre de nos ancêtres, nous l'empruntons à nos enfants." Il est donc de notre devoir de consommer les ressources avec soin et sans les gaspiller, de limiter le réchauffement climatique autant que possible et de permettre à nos enfants de bénéficier d'une qualité de vie au moins aussi bonne que celle dont nous bénéficions.

Pourquoi le groupe vert/libéral va-t-il recommander le rejet de cette initiative ? Car, en effet, nous ne la soutiendrons pas. Nous ne la soutiendrons pas pour plusieurs raisons. Premièrement, si nous comprenons que les subventions peuvent être un instrument pour aider la transition énergétique, notre parti a toujours privilégié une politique climatique axée avant tout sur la responsabilité individuelle, l'innovation technologique et le principe du pollueur-payeur. Pour nous, ces éléments sont d'une importance capitale. Ils sont le moteur d'une transition qui dure dans le temps. Or, ils ne figurent nulle part dans le texte de l'initiative.

Au lieu de cela, l'initiative veut subventionner, sans se poser la question de savoir si la subvention est nécessairement toujours le meilleur outil. Or, si certaines subventions peuvent effectivement être pertinentes dans un premier temps, d'autres, au contraire, entraînent un effet d'aubaine, dont le seul

AB 2025 N 1188 / BO 2025 N 1188

effet est de grever les finances fédérales. Il n'est pas juste que la Confédération et, donc, le contribuable subventionnent des investissements qui auraient de toute façon été réalisés. Or, selon les estimations de plusieurs experts, cette initiative pourrait entraîner des effets d'aubaine importants. On parle d'effets d'aubaine jusqu'à 60 pour cent, ce qui n'est pas durable et encore moins acceptable dans l'état actuel des finances fédérales. Si l'on veut subventionner, il faut au moins que ce soit fait de manière ciblée.

Deuxièmement, on est en droit de se demander dans quelle mesure cette initiative ne se sert pas du changement climatique bien réel comme prétexte pour mettre en oeuvre un programme social. En demandant d'encourager une politique énergétique et climatique "socialement équitable", on peine à se convaincre que le but de l'initiative est uniquement climatique.

D'ailleurs, comment définira-t-on ce qui est socialement équitable de ce qui ne l'est pas ? Où prendra-t-on l'argent pour alimenter le fonds, sachant qu'il est question, dans l'initiative, d'un montant entre 0,5 et 1 pour cent du PIB, ce qui n'est pas rien ? Certes, les investissements de la Suisse dans les infrastructures énergétiques vitales pour notre pays ont été réduits comme peau de chagrin ces cinquante dernières années et sont incomparables avec ce que nos aînés avaient accompli en leur temps. Si, dans les années 1950, la Suisse investissait encore pas loin de 2 pour cent du PIB dans les infrastructures énergétiques, ce montant a chuté à 0,9 pour cent dans les années 1980, puis à environ 0,5 pour cent en 2020. En ce sens, le montant requis par l'initiative n'est pas totalement incohérent. En revanche, ce qui pose problème, c'est que ce montant doit être pris en charge par la Confédération. L'initiative n'encourage ni ne favorise les autres formes de financement, comme les partenariats public-privé ou 100 pour cent privés. L'initiative ne tient pas non plus compte de la possibilité de faire un mixte entre incitation et subvention, alors que nous venons d'adopter plusieurs lois en lien avec la transition énergétique, des lois qui contiennent des incitatifs notamment pour le secteur privé. Enfin, l'initiative ne tient non plus pas compte de l'accélération des procédures qui doit permettre d'économiser les coûts de procédures interminables, pas plus qu'elle ne tient compte des progrès technologiques. L'initiative, au contraire, vise à graver dans la Constitution un modèle de financement dont on ne sait pas s'il sera encore efficace dans quelques années et s'il ne sera pas même contre-productif. Tout ce qu'on sait avec certitude, c'est que, si l'initiative est acceptée, les finances fédérales seront durablement mises à mal.

Pour toutes ces raisons, le groupe vert/libéral recommande de rejeter cette initiative. Il soutiendra en revanche la proposition de la minorité Grossen Jürg. Cette minorité propose le renvoi en commission avec le mandat pour la commission de proposer une initiative de commission en tant que contre-projet indirect. Je vous invite donc à recommander le rejet de l'initiative et à suivre la minorité Grossen Jürg.

Bäumle Martin (GL, ZH): Meine erste Vorbemerkung: Der Klimawandel ist wohl eine der grössten, wenn nicht die grösste Herausforderung für die Menschheit, die es zu bewältigen gibt. Diese ist global anzugehen, das kann die Schweiz nicht alleine stemmen. Die Schweiz soll dabei aber eine Vorreiterrolle übernehmen, was auch der Wirtschaft nützt. Aber unseren Wohlstand und unsere soliden Finanzen wollen wir dabei bewahren.

Die zweite Vorbemerkung: Die geopolitische Lage mit Kriegen wie in der Ukraine und dem zunehmenden Auseinanderdriften von Staatengemeinschaften schadet dem Klima direkt und reduziert den Willen und die



Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln beim Klimaschutz. Auch das Moralisieren des Westens gegenüber leider nicht demokratischen und rechtsstaatlichen Systemen bringt uns da nicht weiter. Wir würden uns besser darauf besinnen, Lösungen für die Konflikte zu suchen, neue Konflikte möglichst zu vermeiden und schrittweise deren Ursachen anzugehen.

Aktuell findet das Gegenteil statt: eine Eskalation nach der anderen. Auch die nun stattfindende massive Aufrüstung und gegenseitige Eskalation bindet wertvolle Mittel, und diese Mittel fehlen für den Klimaschutz. Man kann den Franken, Dollar, Euro, Rubel usw. nur einmal ausgeben. Man wird den Eindruck teilweise nicht mehr los, dass die Menschheit fast schlafwandelnd in einen dritten Weltkrieg schlittern könnte – wobei bei einem nuklearen Armageddon wegen des nuklearen Winters zumindest der Klimawandel für einige Jahrzehnte massiv gebremst oder sogar gestoppt würde. Aber wir wünschen uns kaum, den Klimawandel so zu bekämpfen.

Nun zurück zur Schweiz und zur Klimafonds-Initiative: Im Text steht eigentlich nichts Neues, nichts, was nicht schon in der Verfassung und in den Gesetzen steht, die wir am Umsetzen sind. Daher bringt die Initiative im Kern nichts. Klima- und Innovationsgesetz, CO₂-Gesetz, Energiegesetz, Stromgesetz, "Solar-Express", "Wind-Express", Beschleunigungsvorlage, Netzbeschleunigung usw.: Grundsätzlich können wir den pragmatischen Weg, den wir eingeschlagen haben, weiterverfolgen. Das Parlament hat die wesentlichen Schritte mehrheitsfähig aufgegleist, und als Nächstes beginnen wir bereits mit den Arbeiten zum CO₂-Gesetz nach 2030. Das ist grünliberal-pragmatische Politik.

Die Volksinitiative will hingegen in den Übergangsbestimmungen, und das ist entscheidend, den Bund verpflichten, jedes Jahr 4 bis 8 Milliarden Franken in spezifische Klimamassnahmen zu investieren. Das sind alles Massnahmen, die wir grundsätzlich unterstützen und die auch angegangen werden. Aber der Umsetzungsvorschlag überzeugt nicht und ist finanzpolitisch unverantwortlich. Denn die Einlagen in den Fonds sollen der Schuldenbremse entzogen werden, was die Sache problematisch macht. Die Volksinitiative ist am Ende zu teuer. Es sollen jährlich Milliarden von Franken zweckgebunden ausgegeben werden, und zwar egal, ob das die effizienteste Klimapolitik ist. Es drohen Mitnahmeeffekte, und das ist weder nachhaltig noch zielgerichtet.

Die Volksinitiative ist auch zu unflexibel. In der dynamischen Realität, in der wir leben, in der sich Technologien rasch entwickeln, braucht es anpassungsfähige Instrumente. Das Risiko, dass ein so starres Fördersystem kontraproduktiv wirken könnte, ist nicht von der Hand zu weisen.

Zentral ist: Eine Förderung alleine mit Steuermitteln ist der falsche Weg. Wir brauchen eine Klimapolitik, die auch auf Verantwortung setzt, auf Innovation und auf Lenkung, nicht auf Steuergelder. Darum hat eine Minderheit der UREK-N einen Rückweisungsantrag gestellt, nämlich die Minderheit Grossen Jürg, und zwar auf Basis der vom Nationalrat angenommenen parlamentarischen Initiative Pfister Gerhard 22.451. Marktwirtschaftlich orientierte Lenkungsabgaben kombiniert mit gezielter Rückverteilung sind nachweislich wirksamer und effizienter als breitflächige Förderprogramme. Wir danken dafür, dass uns die Mitte- und die FDP-Fraktion für unseren Rückweisungsantrag Blumen verteilen. Mehr als Blumen würde uns aber eine Unterstützung dieses Minderheitsantrages bringen.

Zum Schluss: Die Grünliberale Fraktion steht für wirkungsvollen Klimaschutz und wird sich weiterhin bei allen Gesetzen dafür einsetzen, dass wir die Ziele, die wir uns gesetzt haben, mit pragmatischen Schritten, mit mehr Lenkung und mit mehr Innovation und Technologie erreichen. Diese Initiative werden wir aber ablehnen, wie ich ausgeführt habe, weil sie finanzpolitisch nicht verantwortbar ist.

Clivaz Christophe (G, VS): Trois semaines après la catastrophe qui a englouti le village de Blatten, nous restons toujours sans voix devant la puissance des éléments naturels et en pensées solidaires avec les habitants qui ont perdu le fruit d'une vie entière. Grâce à un système de gestion des risques bien rodé et à l'évacuation préventive des habitants, le pire a pu être évité.

La rupture du glacier du Birch marque particulièrement les esprits, parce qu'elle a littéralement englouti un village tout entier. Cependant, elle ne doit pas cacher le fait que la Suisse connaît une recrudescence d'événements météorologiques extrêmes depuis le début du siècle. Rien que l'année dernière, on peut citer le Val Bavona au Tessin, Brienz dans le canton de Berne ou encore le Val Mesolcina dans les Grisons. Dans mon canton, 2024 a aussi été une année particulièrement marquée par les catastrophes naturelles : Vallée

AB 2025 N 1189 / BO 2025 N 1189

de Saas, Haut Val de Bagnes, Val d'Anniviers, sans oublier, bien sûr, Sierre, où 140 personnes ont définitivement perdu leur logement. On entend souvent dire : "il y a toujours eu des catastrophes naturelles". C'est vrai, mais ceci ne doit pas nous aveugler sur le fait que la fréquence et l'intensité de ces catastrophes sont en nette augmentation du fait du réchauffement climatique – 3 degrés de plus, déjà, dans notre pays depuis la fin du XIX^e siècle.



Je souhaite, et le groupe des Verts avec moi, que nous puissions continuer à vivre dans les vallées de montagne, car ces dernières font profondément partie de l'identité nationale. Toutefois, je ne veux pas raconter ici des histoires et cacher la réalité : si le climat continue à se réchauffer, cela deviendra de plus en plus difficile, car les mesures de prévention et de protection ne pourront pas être déployées partout, pour des raisons de faisabilité technique et des questions de coûts. Ce n'est d'ailleurs pas que la montagne qui est concernée, car les zones de plaine en Suisse sont et seront, elles aussi, de plus en plus touchées par les vagues de chaleur, les sécheresses et les inondations.

Alors, certes, la Confédération est active en matière de protection du climat et de transition énergétique. La loi sur le climat et l'innovation, la loi sur le CO₂ ainsi que la loi sur l'énergie contiennent une série de mesures d'encouragement et d'incitations, mais celles-ci ne sont clairement pas suffisantes pour nous mener au zéro net d'ici 2050.

De plus, dans le cadre de son programme d'allègement budgétaire 2027, le Conseil fédéral prévoit des coupes importantes dans la protection du climat, par exemple en supprimant les subventions pour l'assainissement énergétique des bâtiments ou en réduisant les moyens pour l'électrification des bus de transports publics, pour les trains de nuit ou encore pour le trafic régional.

C'est exactement l'inverse qui est nécessaire : il faut engager davantage de moyens financiers à la fois pour nous adapter au dérèglement climatique et à l'augmentation des événements extrêmes, ainsi que pour réduire rapidement nos émissions de gaz à effet de serre. C'est exactement ce que vise l'initiative pour un fonds climat. Avec ce fonds, nous pourrions investir dans l'assainissement des bâtiments, le remplacement des chauffages, les liaisons ferroviaires internationales, les processus décarbonés dans l'industrie, le développement des énergies renouvelables, comme le solaire, la préservation de la biodiversité, qui nous permet d'augmenter notre résilience, et les puits de carbone naturels, qui stockent le CO₂. Mais nous investissons aussi, ce faisant, dans davantage d'emplois durables et sûrs en soutenant les reconversions professionnelles nécessaires, afin que personne ne passe entre les mailles du filet social et afin que nous disposions des spécialistes nécessaires pour la transformation énergétique et climatique.

Si l'on agit maintenant et que l'objectif fixé dans l'Accord de Paris est respecté, les coûts des mesures de protection du climat seront nettement moins hauts que ceux de l'inaction. Le Conseil fédéral estime lui-même qu'un changement climatique non maîtrisé se traduirait par un recul du PIB de la Suisse de 4 pour cent en 2050 et que, en limitant le réchauffement global à 1,5 degré, les coûts du changement climatique ne représenteraient plus que 1,5 pour cent du PIB en 2050, soit une économie de 20 à 30 milliards de francs par an en 2050 ; c'est bien plus que ce que nous demandons par année avec le fonds climat. Dès lors, on comprend bien pourquoi ce fonds ne doit pas être soumis au frein à l'endettement et qu'il contribue en fait à une gestion saine de la dette sur le long terme.

L'absence de volonté des partis du centre et de la droite d'adopter un contre-projet à l'initiative pour un fonds climat montre malheureusement que ces partis considèrent que la situation est satisfaisante et qu'il n'est pas nécessaire d'agir davantage en matière de protection du climat. Et pourtant, fin 2023, nous étions seulement à moins 19,8 pour cent par rapport à 1990 de nos émissions de gaz à effet de serre, alors que notre objectif pour 2030 est déjà de moins 50 pour cent. Des investissements urgents sont donc nécessaires pour adapter nos villes, nos villages, nos infrastructures et nos modes de vie aux changements climatiques. Nous écoutons volontiers les scientifiques et les experts lorsqu'ils préviennent qu'il faut évacuer les zones dangereuses, comme à Blatten, mais nous avons beaucoup plus de peine à écouter les scientifiques et les experts, qui, depuis des années, nous préviennent des effets désastreux du dérèglement climatique, ou les scientifiques que nous avons auditionnés en commission et qui nous disent – même ceux qui sont de fervents défenseurs du frein à l'endettement – qu'en matière de climat il vaut la peine de faire une exception et qu'il est plus avantageux de s'endetter aujourd'hui que de devoir, dans 20 ans, payer beaucoup plus cher pour nous adapter aux conséquences du réchauffement climatique.

Je vous invite par conséquent à donner une perspective d'avenir à notre pays, en particulier à notre jeunesse, en soutenant la minorité Schlatter et en recommandant à la population de dire oui à cette initiative.

Trede Aline (G, BE): Seit heute gibt es auf den Webseiten der Tamedia-Zeitungen ein Tool, mit dem Sie schauen können, wie viele Schäden durch Naturgefahren es in Ihrer Gemeinde gegeben hat und welches die Kostenfolge war. Sie können Ihre Gemeinde eingeben, und dann spuckt das Tool die Schäden und die Kosten aus – ich weiss nicht, ob Sie es gesehen und schon genutzt haben. Das zeigt doch eigentlich die ganze Absurdität der aktuellen politischen Klimadebatte auf. Wir schauen einmal nach, was wie viel gekostet hat, welche Gemeinde zuoberst ist, wer am meisten profitiert. Schauen wir aber hinter diese Zahlen! Dort sind Menschen, dort ist Heimat, dort sind Wohnsitze – und die sind zum Teil nicht mehr sicher, sie könnten



überschwemmt werden, Hänge rutschen. Auch Sie könnten davon betroffen sein.

Dann kommt immer die Frage: Hängt das alles mit der Klimaerhitzung zusammen? Hat es nicht schon immer Überschwemmungen gegeben? Ja, genau, es hat schon immer Überschwemmungen gegeben, und die Menschheit hat immer versucht, sich und ihre Dörfer vor Wasser, Steinschlag und Bergrutschen zu schützen. Ja, mit der Klimaerhitzung wird es mehr davon geben; es wird vermehrt auftreten, dass Berge bröckeln, weil der Permafrost schmilzt; die Bevölkerung in den Städten wird vermehrt unter der Hitze leiden.

Wir leben bereits mitten in der Klimakrise, das ist die Realität, der wir in die Augen schauen müssen. Seit Jahren sprechen wir davon, der Klimakrise einen Riegel zu schieben. Die Energiestrategie, das Klima- und Innovationsgesetz oder das Stromgesetz: Die Bevölkerung hat all diese Gesetze und Zielsetzungen mehrfach an der Urne bestätigt, und sie erwartet von uns, dass wir endlich Massnahmen ergreifen und umsetzen, um diese Ziele zu erreichen. Zielsetzungen schützen uns nicht vor der nächsten Überschwemmung oder der nächsten Hitzewelle; mit Absichtserklärungen erreichen wir keine Klimaziele, mit Massnahmen aber schon.

Für die grosse Transformation, die wir gemeinsam meistern müssen, braucht es Geld – und für dieses Geld haben wir die Klimafonds-Initiative eingereicht. Sie stellt sicher, dass der Bund jedes Jahr genügend Mittel hat, um die Energiewende umzusetzen, unsere Natur und unsere Biodiversität zu schützen, unsere Dörfer sicherer zu machen und unsere Städte bewohnbar zu halten. Sie gibt Bund und Kantonen die finanziellen Mittel, um Projekte rasch umzusetzen: von der Gebäudesanierung bis zum Ausbau der Solarenergie, von den Programmen zum Schutz der Artenvielfalt bis zu Schutzmassnahmen in Bergdörfern oder Hitzeschutzmassnahmen in Städten – und für die Unterstützung der Unternehmen in dieser ganz grossen Transformation. Wir können die Klimakrise nur gemeinsam bekämpfen.

Was mich wirklich umtreibt, ist, warum von Ihnen nie ein Lösungsvorschlag kommt. Ich habe heute so häufig Nein gehört, einfach Nein, Nein, Nein, Nein – wovor haben Sie Angst? Haben Sie Angst vor Veränderung? Das kann ich sogar verstehen, aber ich kann Ihnen auch versichern: Wenn wir heute nichts ändern, verändert sich noch viel mehr, das ist Fakt. Oder wollen Sie sich vor der Diskussion drücken? Führen Sie deshalb immer eine andere Debatte wie z. B. eine Fonds-Debatte, wonach der Fonds nicht das richtige Instrument sei? Okay, wo ist dann der Gegenvorschlag für

AB 2025 N 1190 / BO 2025 N 1190

das richtige Instrument, um die Finanzierung sicherzustellen? Oder haben Sie Angst davor, Verantwortung zu übernehmen? Dann würde ich sagen, Sie sitzen hier am falschen Ort, weil die Bevölkerung will, dass Massnahmen ergriffen werden. Mit dem Ja zum Klima- und Innovationsgesetz und zum Stromgesetz hat sie das im letzten Jahr zweimal bestätigt.

Wir haben ein internationales Abkommen unterschrieben, das Pariser Klimaabkommen, also auch eine Verpflichtung. Diese müssen wir jetzt umsetzen und Massnahmen ergreifen. Das ist immens wichtig, dringlich auch, und dafür braucht es Geld. Weil immer zuerst – auch jetzt beim Sanierungspaket – beim Klimaschutz gespart wird, braucht es die Klimafonds-Initiative, um Sicherheit herzustellen. Ohne eine gesicherte Finanzierung bleiben der Klimaschutz und der Schutz vor Klimakatastrophen ein leeres Versprechen, darum müssen wir jetzt handeln: für den Klimaschutz, für Sicherheit und für Solidarität.

Ich bitte Sie deshalb, die Klimafonds-Initiative zur Annahme zu empfehlen, das heisst, die Minderheit Schlatter zu unterstützen.

Knutti Thomas (V, BE): Kollegin Trede, Sie haben uns jetzt hier das Loblied der Klimapolitik gesungen. Glauben Sie wirklich, dass mit dieser Initiative solche schlimmen Ereignisse wie in Blatten verhindert werden können?

Trede Aline (G, BE): Glauben Sie wirklich, Herr Kollege Knutti, dass eine solche schlimme Katastrophe mit Hellebarden bekämpft werden kann? (*Teilweise Heiterkeit*)

Gafner Andreas (V, BE): Als EDU-Vertreter, aber auch als Mitglied der Finanzkommission spreche ich hier zur Klimafonds-Initiative. Wir empfehlen Ihnen, bei diesem Geschäft dem Bundesrat zu folgen und die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag abzulehnen. Wir befürworten zwar eine gerechte Energie- und Klimapolitik und unterstützen ebenso zielgerichtete Investitionen für die Erhaltung von Wohlstand, Arbeit und Umwelt. Aber diese Initiative führt unserer Ansicht nach nicht zum Ziel.

Eine Annahme würde aus unserer Sicht aufgrund des Nichtunterstellens des Fonds unter die Schuldenbremse eine finanzpolitisch nachhaltig verantwortungslose Verschuldung des Bundeshaushaltes mit entsprechenden negativen Spar- und Verzichtsauswirkungen auf unsere Bundesfinanzen bewirken. Es käme zu weiteren, zusätzlichen Klima- und CO₂-Abgaben und -Belastungen für Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Privathaushalte und einer zusätzlichen, willkürlichen Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch höhere CO₂-



Strafsteuern auf fossilen Energieträgern und Klimazuschlägen auf elektrischem Strom. Beim Strom sind wir zudem jetzt schon Preiserhöhungen ausgeliefert. Als Beispiel: Bei meinem bescheidenen Betrieb zuhause haben sich die Stromkosten um etwa 80 Prozent erhöht. Das ist kein Ausnahmefall, und solche Erhöhungen belasten unsere Bürgerinnen und Bürger finanziell massiv. Zudem würden die staatliche Bürokratie und der Kontrollapparat weiter aufgebläht werden.

Wer für eine gerechte Energie- und Klimapolitik sowie für Investitionen für Wohlstand, Arbeit und Umwelt wirbt, müsste konsequenterweise sämtliche klimabegründeten CO₂-Strafsteuern und Einschränkungen aufheben und aus dem nur politisch-ideologisch, aber nicht sachlich begründeten CO₂-Gesetz und Klimaabkommen aussteigen. Ebenso müsste, falls es wirklich um eine gerechte Energie- und Klimapolitik sowie um Investitionen für Wohlstand, Arbeit und Umwelt geht, die Ressourcenverschwendung durch den masslosen Ausbau der sogenannten erneuerbaren, aber unzuverlässigen Energieanlagen hinterfragt werden, und die verfügbaren, beschränkten Mittel müssten in regelbare Stromproduktionsanlagen wie Wasserkraft, AKW von neuester Technologie oder Tiefengeothermie umgeleitet werden. Innovation muss von unten kommen und nicht staatlich verordnet werden.

Würde die Schweiz das anvisierte Netto-null-Ziel respektive die Ziele bezüglich des CO₂-Treibhausgasausstosses per 2050 erreichen, würde die Bilanz folgendermassen aussehen: keine Auswirkung auf die Entwicklung des Klimas, weil der CO₂-Anteil der Schweiz am weltweiten CO₂-Ausstoss nur etwa 0,1 bis 0,2 Prozent ausmacht. Gemäss Zahlen des BAFU und des Bundesamtes für Statistik ist nämlich der Pro-Kopf-Ausstoss von CO₂ in der Schweiz drei- bis viermal geringer als in den bevölkerungsstarken Ländern wie Saudi-Arabien, USA, Kanada, Australien, Russland, Südkorea usw. Es ist grundsätzlich erfreulich, dass Effizienzgewinn und Entwicklung zu diesem Resultat beigetragen haben. Dass Klimaveränderungen seit jeher stattfinden oder stattfanden, beweisen die Bäume, die auf den Gletschern zum Vorschein kommen. Klimamotor unseres Planeten ist erwiesenermassen die Aktivität der Sonne, und da ändert der Mensch nicht viel daran. Mit der willkürlichen Zwangsverteuerung der Nutzung von fossilen Energieträgern und den klimabegründeten Zuschlägen auf elektrischem Strom wurden Wirtschaft und Haushalte durch eine massive Verteuerung der Energiekosten gewürgt, die Konkurrenzfähigkeit von Industrie und Gewerbe wurde beeinträchtigt, die Teuerung angeheizt und die Kaufkraft der Haushaltseinkommen verschlechtert.

Ich komme zum Schluss. Mir ist wichtig, hier auch das Stichwort Selbstverantwortung zu nennen. Jede und jeder ist gefordert, sich entsprechend zu verhalten und zum Fortschritt beizutragen. Unsere Ressourcen sind begrenzt. Denken wir an unsere Grosskinder; ich weiss bereits, wovon ich spreche.

Ich bitte Sie daher: Lehnen Sie die Initiative gemäss Empfehlung des Bundesrates ab.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Was genau müsste von unten kommen und nicht staatlich verordnet sein, um eine der grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bekämpfen?

Gafner Andreas (V, BE): Kollegin Michaud Gigon, ich bin der Meinung, dass die Innovation von unten kommen muss. Unsere Betriebe, unsere Firmen sind innovativ unterwegs, und von dort kommt der Fortschritt.

Hübscher Martin (V, ZH): Ja, wir alle wollen eine intakte Umwelt, eine sichere Energieversorgung und eine prosperierende Schweiz. Die sogenannte Klimafonds-Initiative ist aber der falsche Weg. Sie verspricht zwar viel, doch sie ist teuer, extrem teuer, und sie ist auch zentralistisch und gefährlich für unseren bewährten Föderalismus.

1. Die Initiative verlangt, wir haben es gehört, dass bis zu 7 Milliarden Franken zusätzlich in einen Klimafonds eingespielen werden. Das entspricht bis zu 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Dieses Geld soll ausserhalb der Schuldenbremse gesprochen werden. Das heisst, es wird ausgegeben, ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage des Bundes zu nehmen. Das ist nicht nachhaltig, weder ökologisch noch ökonomisch. Wir schieben Steuern zulasten der nächsten Generationen auf – auf der Tribüne sind junge Leute. Aufgeschobene Schulden, neue Schulden sind nichts anderes als aufgeschobene Steuern, die jemand einmal bezahlen muss, nämlich die nächsten Generationen.

2. Die Initiative setzt auf einen zentralen, staatlich gelenkten Investitionsfonds. Doch Klimaschutz gelingt nicht durch Subventionen mit der Giesskanne. Er gelingt durch Innovation, marktwirtschaftliche Anreize und Technologieoffenheit. Die Schweiz braucht keine neue Planwirtschaft, sondern Rahmenbedingungen, die private Investitionen fördern, nicht verdrängen.

3. Die Initiative schwächt den Föderalismus. Sie will, dass der Bund Projekte von Kantonen, Gemeinden und Privaten finanziert, aber nach seinen eigenen Kriterien. Damit droht die Entmachtung der lokalen Verantwortungsträger und eine Bürokratisierung auf Bundesebene.

4. Die Initiative ist sozialpolitisch heikel. Sie verspricht Umschulungen, Gebäudesanierungen, Solaranlagen –



alles schön und gut. Doch wer profitiert wirklich? Es sind gut vernetzte Branchen und urbane Regionen. Wer zahlt? Es ist der Mittelstand, die ländliche Bevölkerung, die KMU, also genau jene, die schon heute unter den steigenden Energiepreisen und Abgaben leiden.

AB 2025 N 1191 / BO 2025 N 1191

Wir brauchen Klimaschutz mit Augenmass, Verantwortungsbewusstsein und die Bewahrung unserer föderalen Errungenschaften. Wir brauchen keine unkontrollierbare Aufweichung der schwarzen Null. Genau das würde die Aushebelung der Schuldenbremse bewirken. Wir brauchen keine Subventionsverwaltung aus Bern und keine neue Ungerechtigkeit zwischen Stadt und Land. Setzen wir auf marktwirtschaftliche Impulse, auf Eigeninitiative, auf die bewährte Kraft unserer Regionen.

Wir brauchen in erster Linie auch eine Anpassung ans Klima, denn die Schweiz alleine kann weder eine Änderung des Klimas bewirken noch eine solche stemmen.

Beantragen Sie darum die Ablehnung der Initiative, und lehnen Sie den Rückweisungsantrag ab.

Meyer Mattea (S, ZH): Die AHV ist die soziale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Sie hat damit Schluss gemacht, die Menschen ihrem eigenen Schicksal zu überlassen, wenn sie zu alt und nicht mehr arbeitsfähig sind. Unsere Eltern, unsere Grosseltern haben als Antwort auf Existenznot und Altersarmut von vielen die solidarisch finanzierte AHV gegründet. Nein, ich habe mich nicht im Thema vertan. Warum spreche ich bei der Debatte zur Klimafonds-Initiative also über die AHV? Ich spreche über sie, weil wir viel von ihr lernen können. Sie ist erstens der Beweis, dass wir Probleme, von denen ganz viele Menschen betroffen sind, zusammen lösen sollten, nicht jeder und jede für sich, schon gar nicht jeder gegen jede, sondern gemeinsam und generationenübergreifend.

Ja, eine der grössten Herausforderungen unseres Jahrhunderts ist nicht mehr, eine AHV zu gründen, sondern die Klimakrise, die vor uns steht und inmitten deren wir stecken. Sie schreitet nämlich in beängstigendem Tempo voran. 2024 war das wärmste je gemessene Jahr, der vergangene Mai der zweitwärmste Mai seit Beginn der Messaufzeichnung. Was das bedeutet, sehen wir in den Alpen, die mit auftauendem Permafrost zu kämpfen haben, sehen wir im Mittelland an Dürreperioden, sehen wir in den Städten an Hitzewellen. Die Klimakrise ist kein individuelles Problem, das wir mit unserem eigenen Verhalten alleine lösen können. Wir haben gemeinsam die Jahrhundertaufgabe vor uns, Wirtschaft und Gesellschaft so aufzustellen, dass dieser Planet auch für zukünftige Generationen lebenswert ist.

Mit der Klimafonds-Initiative stellen wir mit öffentlichen, also gemeinsam finanzierten Investitionen die Schweiz auf erneuerbare Energien um, fördern die Biodiversität und schaffen Versorgungssicherheit. Nur so kommen wir endlich aus unserer Abhängigkeit von Öl und Gas, die nicht nur klimaschädlich ist, sondern auch ein Problem für unsere Demokratie. Wir haben spätestens zu Beginn des Ukraine-Kriegs gemerkt, wie abhängig wir von Russland, von Regimen wie jenem von Putin sind. Diese Abhängigkeit muss aufhören.

Von der AHV können wir zweitens noch lernen, dass grosse Herausforderungen nach grossen Antworten verlangen. Unser Klima hat schlichtweg keine Zeit mehr für irgendwelche Klein-klein-Lösungen. Wir sollten den Klimaschutz mit der nötigen Geschwindigkeit und in der richtigen Grössenordnung angehen. Die Klimafonds-Initiative sieht vor, dass wir jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes in die ökologische Erneuerung der Schweiz investieren. Wir haben gehört, das sind rund 3,5 bis 7 Milliarden Franken pro Jahr. Mit diesem Geld können Solarpanels gebaut werden, kann die Industrie unterstützt werden, klimaneutral zu werden, kann der öffentliche Verkehr gefördert werden, können Heizungen ersetzt werden, kann die Biodiversität erhalten werden, können Menschen unterstützt werden, die sich umschulen lassen, um nicht in klimaschädlichen, sondern in besseren Branchen arbeiten zu können. Alle diese Erneuerungen unserer Infrastruktur bringen dem regionalen Gewerbe Auftragsvolumen und schaffen, stärken und sichern auch zukunftsweisende Arbeitsplätze.

Wenn wir jetzt nichts unternehmen, sondern alles auf irgendwann in der Zukunft verschieben, kostet es zukünftige Generationen nicht nur einen kaputten Planeten, sondern es kostet sie Milliarden. Dann sprechen wir nicht mehr von 7 Milliarden Franken jährlich, sondern von einer Summe, die wir uns heute gar nicht vorstellen können. Die Klimaziele zu erreichen, ist nicht einfach ein "nice to have", nicht irgendeine Verhandlungsmasse in einer politischen Debatte. Es geht um die Umsetzung des Volkswillens, um nichts weniger als um die Frage, wie wir ein gutes Leben für alle schaffen können und wie lebenswert der Planet ist, den wir unseren Kindern, unseren Kindeskindern hinterlassen. Die Klimafonds-Initiative leistet einen sehr konkreten und wichtigen Beitrag dazu, dass wir als Schweiz diese Ziele erreichen, und zwar rechtzeitig.

In dem Sinne bitte ich Sie, der Initiative zuzustimmen.



Rüeggsegger Hans Jörg (V, BE): Frau Meyer, Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie auch Umschulungen für in klimaschädlichen Branchen arbeitende Personen vorsehen. Können Sie uns mitteilen, welche klimaschädlichen Branchen dabei im Vordergrund stehen und um welche Branchen es sich handelt?

Meyer Mattea (S, ZH): Es geht hier vor allem darum, dass wir Menschen in Branchen, die in Zukunft einfach wirklich nicht mehr klimaverträglich sind, unterstützen, Umschulungen, Aus- oder Weiterbildungen zu machen. Wir brauchen diese Menschen in anderen Bereichen, z. B. bei der Produktion von Solarzellen, bei Gebäudesanierungen oder beim Bau von Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs. Dort werden wir sie in Zukunft sehr viel stärker als gegenwärtig brauchen.

Guggisberg Lars (V, BE): Es ist in negativer Hinsicht erstaunlich, was die Ratslinke in diesem Haus immer alles will und fordert. Die Wunschliste ist schier endlos: immer mehr Geld für Kultur, mehr Geld ins Ausland, mehr Geld für Kitas, mehr Geld für bezahlten Urlaub, für Velowege, für Trams, höhere Löhne für Staatsangestellte, höhere Sozialleistungen und, und, und. Sie sagt aber nie, wie man das alles finanzieren soll.

Wer soll das alles bezahlen? Natürlich immer die anderen. Das Problem ist aber, dass der Bund kein Selbstbedienungsladen ist und das Geld nicht vom Himmel fällt. Es muss zuerst verdient werden. Als wäre das alles nicht schon bedenklich genug, werden mit der vorliegenden Initiative noch zusätzliche bis zu 8 Milliarden Franken pro Jahr für Klimaschutzmassnahmen gefordert, dies, obwohl die Schweiz hinsichtlich Klimaschutz bereits jetzt vorbildlich unterwegs ist. Man hat keinen blassen Schimmer, wie diese 8 Milliarden Franken finanziert werden sollen.

Noch schlimmer ist der Umstand, dass die Initianten gleichzeitig die verfassungsmässig festgeschriebene Schuldenbremse an die Wand fahren wollen, die das Schweizer Stimmvolk mit 85 Prozent Ja-Stimmen angenommen hat. Die Milliarden sollen nämlich an der Schuldenbremse vorbei ausgegeben werden, obwohl die Schuldenlast der Schweiz in den letzten Jahren massiv gestiegen ist, obwohl uns die Schuldenbremse Stabilität verleiht und vor noch höherer Zinslast bewahrt und obwohl die bewährte Schuldenbremse die Schweiz für künftige Krisen wappnet.

Wenn man sich dann noch erfrecht, zu fragen, welche senkende Wirkung denn diese zusätzlichen Milliardenausgaben auf die weltweite Erderwärmung konkret haben werden, dann herrscht gähnende Stille. Man hat nämlich keine Ahnung. Es ist auch klar, warum. Zur Erinnerung: Die Schweiz ist für ein Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich.

Fazit: Die Initianten wollen zusätzliche rund 8 Milliarden Franken für den Klimaschutz ausgeben. Sie haben aber keine Ahnung, wer das bezahlen soll, und sie haben keine Ahnung, welche Wirkung die zusätzlichen Ausgaben auf die Erdtemperatur hätten.

Deshalb ist diese Initiative als völlig untauglich zur Ablehnung zu empfehlen.

Wettstein Felix (G, SO): Herr Kollege Guggisberg, Sie haben vorhin behauptet, wir hätten – als Volkswirtschaft auf Rang 20 der Welt, übrigens – ein Promille Einfluss auf den weltweiten CO₂-Ausstoss. Ich wohne in einer Gemeinde mit ziemlich genau 10 000 stimmberechtigten Einwohnerinnen

AB 2025 N 1192 / BO 2025 N 1192

und Einwohnern. Meine Stimmkraft ist also ein Zehntausendstel, ein Zehntelpromille. Würden Sie mir raten, deswegen auf mein Stimmrecht zu verzichten?

Guggisberg Lars (V, BE): Besten Dank, Herr Kollege Wettstein, für diese gute Frage. Schauen Sie, was ich sagen will, ist, dass die Schweiz mit Forschung und Innovation viel mehr beitragen kann, als wenn sie sich hier mit enormen Ausgaben belastet. Am 2. Januar jedes Jahres morgens um 10 Uhr hat China so viel CO₂ in die Luft geblasen wie die Schweiz in einem ganzen Jahr. Deshalb müssen wir uns schon fragen, ob wir nicht besser über Innovation und Forschung etwas machen, um anderen Ländern Instrumente in die Hand zu geben, damit dort Klimaschutz betrieben wird. Was wir hier machen, ist völlig wirkungslos. Wenn wir hier zusätzliche 8 Milliarden Franken ausgeben sollen, dann ist das völlig unsinnig.

Brenzikofer Florence (G, BL): Heute sprechen wir über die drängendste Herausforderung unserer Zeit: über den Schutz des Klimas und der Biodiversität. Denken wir an die letzten Naturereignisse zurück: Massen von Schutt und Eis haben ein ganzes Dorf unter sich begraben; die Unwetter im letzten Sommer haben in der Schweiz zu zahlreichen Überschwemmungen, Erdbeben und Murgängen geführt. Solche Ereignisse sind in der Schweiz nicht einzigartig. Naturgefahren richten grosse Zerstörung an. Weltweit sehen wir immer häufiger Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren und Stürme, die ganze Dörfer verwüsten und Menschenleben for-



dern. Naturkatastrophen wie diese hinterlassen nicht nur grosse Schäden, sondern auch einen eindringlichen Appell an unsere Verantwortung, für den Schutz unseres Klimas und unserer Umwelt einzustehen.

Die Klimafonds-Initiative fordert, dass die Schweiz jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den ökologischen Umbau der Schweiz investiert. Diese Investitionen sind bitter nötig, damit wir die erforderliche Veränderung rechtzeitig vollbringen können. Der Klimafonds soll die Dekarbonisierung des Verkehrs, das Sanieren von Gebäuden, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Stärkung der Biodiversität beschleunigen. Auch für die notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen soll der Klimafonds verwendet werden. Denn es braucht neue Kompetenzen für die ökologische Wende und mehr Fachkräfte für den Klimaschutz und den Umstieg auf die erneuerbaren Energien. Die Initiative zielt dabei auf sozial gerechte Massnahmen ab. Das bedeutet, Lösungen zu finden, die unsere gesamte Gesellschaft mit einbeziehen, insbesondere diejenigen, die am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind und oft am wenigsten Ressourcen haben, um sich anzupassen. So sollen zum Beispiel die Einkommensausfälle während allfälliger Umschulungen ausgeglichen werden. Das Risiko einer mangelnden Existenzsicherung soll beim Entscheid für eine Umschulung oder Weiterbildung keine Hürde darstellen.

Erneuerbare Energien bieten eine Möglichkeit, diese Veränderung zu gestalten. Durch Investitionen in Solar- und Windkraft können wir nicht nur die CO₂-Emissionen senken, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen, die den Übergang zu einer grünen Wirtschaft unterstützen. Dabei werden Weiterbildungen und Umschulungen ermöglicht, insbesondere für Arbeitende in traditionellen Industrien, die vom Strukturwandel am stärksten betroffen sind.

Mit den bislang beschlossenen Klimamassnahmen erreicht die Schweiz das eigene Ziel von netto null Emissionen bis 2050 nicht. Von der Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens, einen gerechten Beitrag ans 1,5-Grad-Ziel zu leisten, ist die Schweiz weit entfernt. Die Klimafonds-Initiative sorgt dafür, dass die benötigten Mittel zum Schutz von Klima und Biodiversität bereitgestellt werden. Das Klima fordert uns zum Handeln auf. Wir haben ein Instrument in der Hand. Wir tragen die Verantwortung. Lassen Sie uns handeln, um unseren Enkeln und Urenkelinnen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Danke, dass Sie die Klimafonds-Initiative unterstützen.

Schnyder Markus (V, GL): Ich beantrage Ihnen, die Klimafonds-Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, und nenne hierfür zwei Hauptgründe.

Der erste ist ein inhaltlicher Grund. Ich glaube, die Initianten verkennen einfach die Realität. Der Klimawandel ist real, das wissen wir, der Einfluss des Menschen ebenfalls. Aber, und das ist wichtig zu erwähnen, das Klima war noch nie stabil und lässt sich deshalb auch nicht stabilisieren. Die Initiative zeugt insofern entweder von Naivität oder von einer gewissen Überheblichkeit. Der Wandel lässt sich nicht stoppen, im besten Fall lässt er sich verlangsamen, aber das ist höchst unwahrscheinlich. Global nimmt nämlich der Ausstoss zu. Alles, was wir verbessern, wird in Schwellenländern kompensiert, und zwar im negativen Sinn, da – es ist leider bittere Realität – niemand verzichten will, auch von Ihnen hier im Saal niemand. Selbst die Grünen wollen das nicht. Was wir hier betreiben, ist also nur Symbolpolitik.

Wir haben es gehört: Die Schweiz verursacht 0,1 Prozent des gesamten CO₂-Ausstosses. Entgegen der landläufigen Meinung rettet guter Wille eben leider nichts. Wer aber dem Unmöglichen hinterherrennt, der verliert einfach das Machbare aus den Augen. Wir müssen hier ehrlich sein. Die Entwicklung lässt sich nicht aufhalten. Wir müssen lernen, damit zu leben, zumal die Anpassungsfähigkeit zum guten Glück eine der grössten Stärken der Menschheit ist. Ich möchte hier noch platzieren, dass ich auch bei dieser Initiative den Verdacht nicht loswerde, dass eine Initiative einen grünen Mantel trägt, aber eigentlich einfach nur den Kapitalismus bekämpfen will.

Der zweite Grund ist übergeordneter Natur. Diese Initiative ist höchst undemokratisch und auch unschweizerisch. Gerade Linke beklagen aktuell einen Verlust der Demokratie, was weltweit auch stimmt, fördern aber diesen Verlust mit der Initiative gleich selbst. Demokratische Wahlen, wie wir sie in der Schweiz kennen, sind das Korrektiv des politischen Kurses. Wenn sich also aus Sicht des Stimmvolkes der politische Kurs in eine falsche Richtung entwickelt, dann kann es wählen, um diesen zu ändern. Mit einem solchen Fonds und dem Festschreiben in der Bundesverfassung kann der Kurs eben nicht mehr geändert werden. Es ist insofern schon etwas widersprüchlich, wenn man zwar immer politische Partizipation will und diese einfordert, aber gleichzeitig die Einflussnahme des Volkes beschneidet.

Zu guter Letzt: Die Schuldenbremse ist ebenfalls ein Verfassungsauftrag. Diese soll aber umgangen werden, was eine sehr gefährliche Entwicklung ist. Die Initianten beweisen damit, dass es ihnen nicht ernst ist. Ansonsten würden sie selbst vorschlagen, wo man das Geld einsparen könnte, wenn es ihnen tatsächlich so wichtig wäre.



Ich komme zum Fazit: Diese Initiative löst kein einziges Problem. Empfehlen Sie sie deshalb zur Ablehnung.

Arslan Sibel (G, BS): Die Natur ist die Grundlage für ein würdevolles Leben. Unser Klima beeinflusst die Natur, die Ökosysteme und die Biodiversität, aber auch soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung, Demokratie und Menschenrechte. Mit der Klimafonds-Initiative soll die Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik in der Bundesverfassung verankert werden. Mit ihr können wir unser Land rascher auf erneuerbare Energien umstellen. Sie ermöglicht uns, genügend Strom für die Zukunft zu sichern und die Biodiversität zu schützen. Die Klimakrise verschärft bestehende Ungleichheiten. Deshalb muss Klimaschutz unbedingt auch sozial gerecht umgesetzt werden. Genau das können wir mit der Klimafonds-Initiative erreichen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll mit Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie der Unterstützung der notwendigen Umschulungen einhergehen. Die Menschen, deren Arbeitsplätze sich verändern werden, aber auch sollen, müssen und können aufgefangen werden. Mit der Initiative investieren wir in mehr nachhaltige und sicherere Arbeitsplätze. Dafür müssen wir auch die benötigten Fachkräfte aus- und weiterbilden. Die Klimafonds-Initiative erlaubt, mit dem Fonds finanzielle Beiträge für den Ausgleich des Einkommensausfalls während der Ausbildungszeit zur Verfügung zu stellen.

AB 2025 N 1193 / BO 2025 N 1193

Umweltkrisen belasten gewisse Teile der Gesellschaft mehr als andere. Der Klimaschutz darf diese Belastung nicht verstärken, sondern muss dagegenhalten. Mit der Klimafonds-Initiative können wir das schaffen. Innovationen und die Schaffung nachhaltiger und sicherer Arbeitsplätze sind notwendig, damit die Schweiz von Erdöl, Erdgas und deren Lieferanten unabhängig werden kann. Je länger wir warten, desto teurer wird es. Erneuerbare Energien sind die Zukunft. Wenn wir unsere Wirtschaft nicht für den Umstieg fit machen, bezahlen wir dafür, und zwar teuer. Und am meisten bezahlen die, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben. Klimaschutz ist keine Option mehr, er ist ein Muss. Wir haben keine Zeit mehr, um zu diskutieren, ob wir unsere Lebensgrundlagen schützen wollen oder nicht. Die Frage, die wir heute diskutieren müssen, ist, wie wir das tun. Die Antwort ist klar. Klimaschutz muss sozial gerecht erfolgen. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss von Massnahmen begleitet werden, die sicherstellen, dass nachhaltige und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden und niemand durch die Maschen fällt. Ich bitte Sie daher, die Klimafonds-Initiative zu unterstützen.

Tschopp Jean (S, VD): La planète brûle et nous regardons ailleurs ; je paraphrase Jacques Chirac pour entamer ce débat sur l'initiative pour un fonds climat. Force est de constater que beaucoup regardent ailleurs en ce moment. En 2024, la Suisse était condamnée par la Cour européenne des droits de l'homme dans l'affaire des Aînés pour le climat pour ne pas se donner les moyens d'atteindre les objectifs de neutralité carbone d'ici 2050 qu'elle s'est elle-même fixés. La réponse du Conseil fédéral, en substance, est que cette condamnation n'implique aucune mesure concrète. En 2024, on a même eu droit ici à une session extraordinaire réclamée par le groupe UDC, demandant de dénoncer la Convention européenne des droits de l'homme qui a protégé notre droit de vivre dans un environnement sain.

C'est pourtant sous nos yeux, et en Suisse en particulier, que nous mesurons les effets tangibles du dérèglement climatique. Dans nos Alpes, celles qu'on peut admirer depuis la terrasse du Palais fédéral, le permafrost se réchauffe à un niveau jamais atteint auparavant. Selon l'Académie suisse des sciences naturelles, en 2024, la fonte des sols perpétuellement gelés de notre pays est parvenue à un niveau record. Cette dégradation pourrait être une des causes de la catastrophe de Blatten survenue par l'effondrement du glacier du Birch le 28 mai dernier. En Suisse, le réchauffement climatique est deux fois plus rapide qu'en moyenne internationale. La température a augmenté de 2,6 degrés Celsius depuis 1864, contre 1,3 au niveau planétaire.

L'initiative populaire qui nous occupe vise la création d'un fonds climat alimenté chaque année jusqu'en 2050 d'un montant situé entre un minimum de 0,5 pour cent et 1 pour cent du produit intérieur brut, soit entre 3,5 et 7 milliards de francs par année selon les valeurs actuelles. Ces investissements doivent soutenir, selon le texte de l'initiative, des mesures "socialement acceptables", à savoir: la décarbonation des transports, responsables de 33 pour cent des gaz à effet de serre, en investissant dans des transports publics performants et bien desservis ; une économie d'énergie avec l'assainissement énergétique des bâtiments responsables de 22 pour cent des émissions de CO₂ et l'installation de pompes à chaleur et de panneaux solaires plutôt que des combustibles fossiles ; les reconversions vers les métiers de la transition écologique ; les puits de carbone ou encore le renforcement de la biodiversité pour combattre les effets du dérèglement climatique.

Ces investissements sont essentiels. Naturellement, les démarches individuelles comptent, mais, pour atteindre les objectifs fixés, nous avons besoin d'investissements publics amples. Les personnes aux revenus



les plus bas émettent 9 tonnes de CO₂, soit 21 fois moins que le 1 pour cent des personnes les plus riches. Pour ne laisser personne au bord du chemin, nous avons besoin d'investissements publics élevés.

Le Conseil fédéral rejette l'initiative sans lui opposer de contre-projet direct ou indirect. La commission n'en veut pas non plus. Le gouvernement évoque les risques de miser uniquement sur les subventions fédérales. L'approche de l'initiative n'est pas exclusive : elle complète la loi fédérale sur les objectifs en matière de protection du climat, sur l'innovation et sur le renforcement de la sécurité énergétique (LCI), les révisions de la loi sur le CO₂ et la loi sur l'énergie (LEne). Mais nous savons aussi que ces révisions, qui, pour beaucoup, reposent sur des incitatifs insuffisants, ne nous permettront pas d'atteindre la neutralité carbone. La protection du climat entraîne des coûts élevés, mais ils le sont bien moins que si l'on devait assumer les conséquences du changement climatique ou si l'on agit trop tard. Dans un contexte géopolitique extrêmement instable, ce fonds climat renforcera notre indépendance face au risque de dépendre d'autocrates gourmands en énergie fossile. Un fonds climat est sans doute le moyen le plus sûr de tenir les engagements sur la durée en évitant les contingences budgétaires des majorités successives.

Regardons la réalité en face et agissons en conséquence : oui au fonds climat !

Wandfluh Ernst (V, BE): Das Klima ändert sich, das ist eine Tatsache. Die Klimaerwärmung verlangsamt sich aber nur, wenn die ganze Welt mitmacht. Wenn wir hier in der Schweiz einen neuen Klimafonds einführen, ist das den Bergen total egal. Es ist sicher gut, wenn wir zur Natur Sorge tragen, aber jeden Bergsturz dem Klimawandel zuzuschreiben, ist falsch. Als Bergler weiss ich, wovon ich spreche. Es gab bei uns auf der Alp, als ich "Statterbueb" war, immer wieder Steinschlag, der die Tiere auch verschüttete, und das lange bevor der Klimawandel ein Thema war. Erst als die losen Gesteinsmassen weggesprengt wurden, hörte es auf, und seither ist es dort ruhig. Aus meiner Sicht braucht es deshalb keinen neuen Klimafonds.

Im Rahmen des CO₂-Gesetzes, des Klima- und Innovationsgesetzes und des Energiegesetzes stellt der Bund bis 2030 für den Klimaschutz jährlich rund 2,5 Milliarden Franken bereit. Zusammen mit den Beiträgen im Biodiversitätsbereich beläuft sich die Unterstützung vom Bund sogar auf 3 Milliarden Franken. Die Schweiz macht schon sehr viel, und wenn nötig, das haben wir hier in der letzten Zeit auch bewiesen, handelt der Bundesrat und handeln auch wir sehr schnell.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass der Klimafonds ausserhalb der Schuldenbremse operiert, womit die bewährte finanzpolitische Disziplin in der Schweiz aufgeweicht würde. Die Initianten fordern Milliardeninvestitionen in die Klimatransformation, ohne jedoch darzulegen, wie diese finanziert werden sollen – dies vor dem Hintergrund eines ohnehin angespannten Bundeshaushaltes. Wir stehen für eine pragmatische Klima- und Umweltpolitik, die auf Eigenverantwortung, wirtschaftlichen Anreizen und Innovation beruht, nicht auf staatlicher Planwirtschaft und Zwangsmassnahmen.

Wenn Sie etwas für das Klima tun wollen, dann verhalten Sie sich regional: Kaufen Sie einheimische Produkte, oder verbringen Sie Ihre Ferien hier in unserem schönen Land. So kann jeder selber etwas für das Klima tun. Ich bitte Sie deshalb, die Initiative abzulehnen.

Gysin Greta (G, TI): Da qualche tempo il cambiamento climatico ha smesso di essere un argomento solo per le conferenze accademiche. Non è più una teoria, è una realtà, e quando si manifesta non bussava, entra direttamente dalla finestra o sfonda la porta con una frana, e poi ci lascia il conto sul tavolo. Blatten, Vallemaggia, Grono, Bondo, La Chaux-de-Fonds – conosciamo i luoghi colpiti. Quello che non sappiamo è se, o forse ormai sarebbe meglio dire quando, anche la nostra località farà parte di questa lista che non fa che allungarsi. Perché le catastrofi naturali e gli eventi meteorologici estremi non fanno distinzioni politiche, linguistiche, geografiche o fra latitudine. Colpiscono chiunque e ovunque, con un dettaglio tutt'altro che irrilevante: le persone e le regioni più vulnerabili, chi ha meno risorse, meno tutele, meno voce, meno salute, queste persone e regioni non solo subiscono i danni e vengono colpite più duramente, ma hanno spesso anche più difficoltà a riprendersi, vengono insomma colpite

AB 2025 N 1194 / BO 2025 N 1194

due volte. In questo contesto è arrivata da destra la proposta di creare un fondo catastrofi per sostenere finanziariamente le regioni colpite. Una misura d'emergenza, certo popolare, certo utile nell'immediato, ma anche una misura tardiva che corrisponde un po' a mettere l'estintore dopo che è scoppiato l'incendio.

Ecco allora l'alternativa migliore, che discutiamo oggi: l'iniziativa popolare "per un fondo per il clima". Un fondo che previene, non solo ripara, che cura le cause, non solo i sintomi, che agisce prima e non sempre solo dopo. Con il fondo per il clima installeremo più pannelli solari, risaneremo edifici, ridurremo le emissioni e le bollette, investiremo nella mobilità sostenibile, proteggeremo la biodiversità, che non è un vizzo, ma la condizione di



vita sul nostro territorio. E tutto questo non è un costo, è prima un investimento, e poi un risparmio. Perché non dimentichiamo che i costi dell'inazione climatica sono enormi. Secondo stime prudenziali, per ogni franco investito oggi nella protezione del clima ne potremo risparmiare 4 o 5 in futuro.

Poi ci sono i costi che non si leggono in un bilancio, e che sono molto difficili da quantificare. La sicurezza delle nostre comunità, la perdita di vite umane, la salute delle persone più fragili, lo stress emotivo. Quanto vale un villaggio evacuato, un'anziana senza più casa, un bambino che cresce tra allerte meteo e aria irrespirabile? L'iniziativa "per il fondo per il clima" non è un capriccio ecologista, è un'assicurazione nazionale e una necessità, con misure concrete a favore della protezione del clima e dell'adattamento ai cambiamenti climatici. Per voi, che siete seguaci della religione dell'equilibrio di bilancio e del freno alle spese, il sostegno all'iniziativa "per il fondo per il clima" dovrebbe essere un atto di fede. La realtà non si negozia. La realtà si influenza con certe politiche responsabili, lungimiranti e basate su metodi scientifici. Agiamo ora prima che sia la realtà ad agire per noi.

Meier Andreas (M-E, AG): Ich lehne die Klimafonds-Initiative ab. Nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber der Klimakrise, im Gegenteil: Aus meiner beruflichen Tätigkeit im Weinbau sehe ich, wie sich das Klima verändert. Frühere Lesetermine, verschobene Wachstumsphasen, zunehmende Extremwetterlagen: Klimaerwärmung ist kein abstraktes Thema, sondern Realität, die unsere Lebensgrundlagen verändert. Deshalb ist Klimapolitik notwendig, aber sie muss wirksam, finanziell verantwortlich und politisch verankert sein.

Die Schweiz hat sich mit dem Übereinkommen von Paris verpflichtet, bis 2050 ihre Treibhausgasemissionen auf netto null zu reduzieren. Dieses Ziel ist unbestritten. Der Weg dorthin muss jedoch sorgfältig gewählt werden. Die Klimafonds-Initiative schlägt einen Mechanismus vor, der aus meiner Sicht ordnungspolitisch bedenklich, fiskalisch riskant und demokratisch fragwürdig ist. Die Initiative verlangt die Schaffung eines Fonds, in den der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes einbezahlt, also aktuell zwischen 4 und 8 Milliarden Franken. Diese Gelder werden vom ordentlichen Bundeshaushalt ausgenommen und nicht der Schuldenbremse unterstellt. Damit würde ein erheblicher Teil der Finanzmittel dauerhaft einer direkten parlamentarischen Kontrolle entzogen. Das schwächt die demokratische Steuerung und gefährdet die Stabilität der öffentlichen Haushalte.

Statt auf gezielte, effektive Leistungsinstrumente setzt die Initiative auf einen zentral gesteuerten Subventionsmechanismus. Das steht im Widerspruch zum Verursacherprinzip, einem der tragenden Grundsätze ökologischer Marktwirtschaft. Wer Emissionen verursacht, soll auch die Kosten tragen. Der vorgeschlagene Fonds begünstigt eine Umverteilung, bei der die Allgemeinheit zahlt, ohne dass klare Verantwortlichkeiten bestehen. Zudem untergräbt die Initiative das Subsidiaritätsprinzip, das zentral für den Schweizer Föderalismus ist. Viele klimarelevante Aufgaben, etwa in der Raumplanung, bei Gebäudesanierungen oder im Bildungsbereich, liegen heute bei Kantonen und Gemeinden. Diese Nähe zur Bevölkerung garantiert angepasste, wirksame Massnahmen. Ein zentraler Fonds hingegen droht lokale Verantwortung zu verdrängen und regionale Dynamik zu lähmen. Dabei verfügt die Schweiz bereits über bewährte Instrumente: das CO₂-Gesetz, das Klima- und Innovationsgesetz, branchenspezifische Programme und gezielte Förderungen. Diese wurden demokratisch legitimiert, lassen sich flexibel anpassen und ermöglichen ein Zusammenspiel zwischen öffentlichem Auftrag und privatem Engagement. Sie stärken Eigenverantwortung, Innovation, technologisch offene Ansätze, statt auf eine pauschale staatliche Steuerung zu setzen.

Die Initiative bringt gut gemeinte Ziele mit sich: Klimaschutz, soziale Abfederung, wirtschaftliche Entwicklung. Doch sie wählt einen Weg, der den Staat strukturell ausweitet, die Finanzverfassung aufweicht und die föderale Ordnung belastet. Sie ersetzt Steuerung durch Subvention, Verantwortung durch Abhängigkeit, Vielfalt durch Zentralisierung.

Ich unterstütze ambitionierten, glaubwürdigen Klimaschutz, aber nicht um jeden Preis und nicht mit den falschen Mitteln. Eine nachhaltige Zukunft braucht nicht nur Ziele, sondern auch gute Wege dorthin.

Deshalb lehne ich die Klimafonds-Initiative im Interesse von Klima, Wirtschaft, Demokratie und Generationengerechtigkeit ab.

Fehr Düsel Nina (V, ZH): Eine weitere linke Initiative: SP und Grüne haben die Klimafonds-Initiative eingereicht. Mit diesem Fonds sollen der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Dekarbonisierung gefördert werden. Die Gelder kommen natürlich wie immer aus dem Bundeshaushalt. Es geht um 5 bis 6 Milliarden Franken pro Jahr, teilweise ist gar von 8 Milliarden Franken die Rede. Bereits heute stellen Bund und Kantone zugunsten von Klima und Biodiversität jährlich über 3 Milliarden Franken zur Verfügung.

Diese Initiative schiesst über das Ziel hinaus, und sie würde den Bundeshaushalt erheblich belasten. Wie soll dies alles finanziert werden? Zudem würde sie private Investitionen verdrängen und das Verursacherprinzip



schwächen. Es gibt bereits eine Reihe von gezielten Fördermassnahmen, dem Netto-null-Ziel hat die Stimmbürgerin bereits zugestimmt – es braucht keinen neuen Fonds, es braucht keine weitere Verschuldung des Bundes, und es braucht keine weitere Umverteilung.

Auch der Bundesrat lehnt die Initiative ab, sogar ohne Gegenvorschlag. Sagen wir Nein zu dieser linken Initiative.

Mahaim Raphaël (G, VD): Notre salle, aujourd'hui, aux trois quarts vide, ne rend pas hommage à l'importance de ce débat.

L'année dernière, le 22 juillet 2024, pour être précis, a été le jour le plus chaud jamais enregistré sur Terre. Et il se trouve que l'année qui précédait, 2023, a été l'année où nous avons consommé, nous, les humains sur Terre, le plus d'énergie fossile de toute l'histoire de l'humanité. N'y voyez-vous pas un problème majeur ? Oui, nous marchons sur la tête. Nous marchons sur la tête, parce que nous connaissons précisément la maladie dont souffre notre planète, nous en connaissons les symptômes, les causes et les remèdes ; et, pourtant, nous ne faisons rien, ou nous faisons si peu, de sorte que la maladie n'est pas traitée et continue à s'aggraver.

La Californie, il y a deux ans de cela, a réussi pour la première fois, pour une durée de quelques minutes, à produire l'intégralité de son électricité grâce à des sources renouvelables. Le Costa Rica, depuis quelque temps déjà, produit quasiment l'intégralité de son électricité grâce aux énergies renouvelables. Le Portugal, de son côté, en est maintenant, sauf erreur de ma part, à deux tiers de production d'énergie électrique d'origine renouvelable. Pourquoi cela a-t-il été possible dans ces pays, et pourquoi sommes-nous en retard ici, en Suisse, comme dans d'autres États dans le monde d'ailleurs ? Parce qu'il n'y a pas eu les investissements qu'il fallait, au bon moment, pour favoriser le développement des énergies renouvelables là où les investisseurs privés n'allaient pas, par peur du risque, par crainte de l'inconnu, ou tout simplement parce que les énergies en question, à l'époque, n'étaient pas encore rentables.

Les lois du marché, le simple marché, ne suffisent pas lorsqu'il s'agit de se lancer dans la grande aventure de la production d'énergie propre. Il faut un coup de pouce qui, ensuite, pourra être parfaitement bien intégré dans le marché, mais, au départ, il faut un coup de pouce. C'est ce que vise

AB 2025 N 1195 / BO 2025 N 1195

cette initiative, à une époque où notre État, la Confédération, et les cantons aussi investissent beaucoup trop peu dans la transition par rapport aux enjeux immenses que cela comporte. On estime que le coût de l'inaction climatique, le coût de toutes les catastrophes naturelles, des mesures d'adaptation que nous allons devoir prendre, s'élève à quelque 10 milliards de francs par année, soit bien plus que ce que l'initiative propose, elle, de mettre de côté pour investir dans la transition.

Oui, il faut des investissements. À l'époque des grands barrages, au milieu du siècle dernier, on parlait de montants de l'ordre de 4 pour cent du PIB. C'était donc bien plus élevé que ce qui est aujourd'hui en discussion avec l'initiative dont nous parlons. Nos aïeux ont eu la vision d'investir massivement dans des infrastructures qui profiteraient non seulement à l'autonomie énergétique de la Suisse, mais aussi bien sûr à la prospérité du pays et précisément à son autonomie par rapport à l'étranger et à la dépendance aux carburants d'origine fossile.

Les opposants dans cette salle ont réellement aujourd'hui procédé avec une mauvaise foi parfois réellement implacable. Je reprends un ou deux des arguments. Je commence par la critique faite par certains – elle m'a étonné –, notamment du groupe vert/libéral, qu'il ne fallait pas faire une politique climatique socialement acceptable en Suisse. Chères et chers collègues, tout le monde n'a pas les moyens de s'acheter une Tesla. C'est de cela qu'on parle aujourd'hui : c'est de faire en sorte que l'écologie ne soit pas une sanction financière pour les plus précaires. Sinon, on se retrouve dans une situation que l'on a connue en France, avec les gilets jaunes, où des mesures, qui avaient, pour certaines, des visées écologiques, se retrouvent contestées par une majorité de la population, notamment par les personnes les plus précaires.

Deuxième argument que j'ai entendu dans le débat : il faut laisser la place à l'initiative privée, au partenariat public-privé et à l'innovation. Évidemment. Évidemment que l'innovation est bienvenue. Évidemment que les partenariats public-privé sont bienvenus. L'initiative ne les interdit nullement, au contraire : les investissements publics favoriseront ces démarches privées, qui sont complémentaires aux investissements publics. Je ne vois pas comment on peut aujourd'hui s'opposer à l'initiative en prétendant qu'elle freinera les investissements privés, l'innovation ou les partenariats public-privé.

Enfin, dernier argument : c'est l'argument de la politique financière. On nous a dit que c'était dangereux du point de vue de l'équilibre des finances de la Confédération. Venant du camp de cet hémicycle qui dépense sans compter pour l'armée, en parlant de milliards de francs comme si on parlait de pièces de 5 centimes à



la boulangerie, cet argument, désolé, n'est pas recevable, surtout lorsqu'aujourd'hui on connaît les coûts de cette inaction climatique – comme je l'ai dit – qui s'élèvent à quelque 10 milliards de francs par année, selon toutes les études faites sur le sujet.

Je vous remercie donc de soutenir cette initiative, par conviction et par choix de raison également, pour l'avenir et l'avenir des générations suivantes.

Masshardt Nadine (S, BE): Das Bundesamt für Umwelt publizierte vor knapp zwei Wochen einen Bericht zu den Risiken des Klimawandels in der Schweiz bis im Jahr 2060. In der dazugehörigen Medienmitteilung stand: "Der Klimawandel birgt immer mehr Risiken für die Menschen und die Natur." Das sind leider keine überraschenden Neuigkeiten, aber wir lesen diese Fakten einmal mehr schwarz auf weiss.

Die Wissenschaft hat uns die Folgen des Klimawandels schon wiederholt und nachdrücklich aufgezeigt, und diese Folgen spüren wir. Leider wird der Klimawandel an immer mehr Orten konkret spürbar. Diese Folgen lassen zudem erahnen, was uns erwartet, wenn wir nichts oder wenn wir zu wenig tun: Die Städte werden heisser, das Wasser knapper, die Böden trockener, und die menschliche Gesundheit und die Biodiversität leiden. Wir haben es bereits gehört, das Alpenland Schweiz erwärmt sich doppelt so stark wie der weltweite Durchschnitt.

Der Wille der Bevölkerung beim Klimaschutz ist klar. Mit der deutlichen Annahme des Klima- und Innovationsgesetzes wurde das Netto-null-Ziel bis 2050 demokratisch beschlossen. Dieses Ziel soll auch mit Investitionen erreicht werden, genau wie es die vorliegende Initiative will. Es ist an unserer Generation, unseren Nachkommen eine lebenswerte Zukunft zu hinterlassen. Denn wenn wir heute nicht in den Klimaschutz investieren, dann werden die Kosten in Zukunft noch viel höher ausfallen.

Die aktuelle weltpolitische Lage führt uns ebenso vor Augen, dass der Klimawandel untrennbar mit der Energieversorgung verbunden ist. 80 Prozent der Emissionen stammen aus fossiler Energie. Wir sind heute noch immer von Öl- und Gaslieferungen von Autokraten abhängig. Spätestens seit dem brutalen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine ist klar, dass wir von fossilen Energien unabhängiger werden müssen. So gaben wir in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 8 Milliarden Franken pro Jahr für Gas und Öl im Ausland aus. Dieses Geld investieren wir doch viel besser hier bei uns und kurbeln hier die lokale Wirtschaft und die Energiewende an.

Die Klimafonds-Initiative verlangt grosse öffentliche Investitionen in klimaschützende Massnahmen. Mitfinanziert werden sollen unter anderem fossilfreie Heizungen, Gebäudesanierungen, ein Aufbau der Infrastruktur für elektrische Autos und Weiterbildungen für nachhaltige und zukunftsfähige Jobs. Diese staatlichen Mittel lösen dann wiederum private Investitionen aus. Der Klimafonds ist also ein Anschlag, und er ist auch sozial gerecht, weil er Menschen mit kleineren Einkommen den Zugang zu klimafreundlicheren Technologien ermöglicht. All diese Investitionen wiederum stärken die Versorgungssicherheit. Zudem bedeutet Klimaschutz immer auch Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels. Auch finanzpolitisch macht das Sinn, denn auch wenn Klimaschutz kostet, sind Massnahmen, die heute ergriffen werden, sehr viel kostengünstiger, als später zu handeln und für die Folgen des Klimawandels aufzukommen. Die Klimafinanzierung ist also vor allem auch eine Zukunftsinvestition.

Vielen Dank fürs Unterstützen der Initiative.

Stettler Thomas (V, JU): Il est de bon ton en ce moment de dire que toute opposition à une initiative dite climatique serait une forme de déni. Je refuse cette caricature. Oui, nous agissons pour le climat, mais nous devons le faire avec rigueur, discernement et dans le respect des institutions qui font la force de notre pays. L'initiative pour un fonds climat prétend accélérer la transition énergétique et écologique. En réalité, elle introduit un mécanisme profondément problématique. Elle propose un financement hors du cadre budgétaire ordinaire, hors du contrôle rigoureux du Parlement et, surtout, un contournement direct du frein à l'endettement.

C'est là que réside le cœur du problème. Le frein à l'endettement n'est pas un détail technique, c'est un pilier de la stabilité financière de la Suisse, une règle constitutionnelle qui a permis à notre pays de résister au choc économique sans plonger dans la spirale de l'endettement chronique, un élément majeur qui hisse la Suisse à la première place du classement mondial en matière de compétitivité. Contourner le frein à l'endettement par un fonds spécial, c'est créer un précédent dangereux. Le calcul est vite fait : la dette de la Confédération doublerait d'ici 2050. Cela signifie plus de charges d'intérêts, moins de marge de manoeuvre pour les investissements futurs et un risque réel d'augmentation d'impôts et de coupes dans les autres tâches essentielles. Je vous rappelle que la France paie aujourd'hui le prix fort d'une politique d'endettement irresponsable. Le service de la dette coûte à nos voisins autant que le budget de toute son armée.

Cette initiative n'est rien d'autre qu'un cadeau empoisonné pour les générations futures, alors que ces mêmes



générations auront à faire face, quoi qu'il arrive, aux conséquences du changement climatique, il ne faut pas se le cacher. Même si la Suisse devenait demain le pays le plus vert du monde, cela n'aurait aucun effet mesurable sur le réchauffement global. Nos émissions représentent moins de 0,1 pour cent des émissions mondiales. Nous devons faire notre part, mais sans prétendre changer seuls le climat mondial. Arrêtons de

AB 2025 N 1196 / BO 2025 N 1196

faire croire à la population que les réunions et sommets climatiques empêchent les gens des pays du tiers monde de pomper jusqu'au dernier litre les gisements de pétrole et de gaz de cette terre. D'ailleurs, de quel droit pourrions-nous les en interdire, nous qui avons construit notre économie avec cette énergie durant le dernier siècle ?

J'évoque un autre fait dérangeant : cette initiative centralise la politique climatique au niveau fédéral. Elle envoie un message clair : La Confédération se charge de tout, les cantons et les communes n'ont qu'à attendre les subventions. C'est une déresponsabilisation grave de ceux qui sont les véritables acteurs de terrain, car ce sont les cantons et les communes qui pilotent aujourd'hui les programmes de rénovation des bâtiments, de mobilité locale, de planification énergétique et de gestion du territoire.

Si l'on veut une politique climatique efficace et ancrée dans la réalité, c'est là que doivent se prendre les décisions, pas dans un fonds centralisé à Berne. De plus, ce fonds serait financé par des ressources fiscales existantes ou par un endettement pur et simple, sans lien avec les véritables incitations à la réduction des émissions. Il créerait une usine à gaz administrative, sans critères précis, sans transparence, avec les risques de clientélisme ou de saupoudrage de subventions inefficaces. Notre rôle n'est pas de voter des symboles, c'est de défendre une politique climatique responsable, mais également une gouvernance saine et une vision à long terme.

Refusons cette initiative, elle est floue, coûteuse et dangereuse. Elle mine notre cadre financier, affaiblit le fédéralisme et crée une dette climatique et budgétaire que nos enfants n'ont pas méritée.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Cher collègue, pensez-vous qu'au XIXe siècle on se soit basé sur les acteurs de terrain, comme vous le dites, pour construire le tunnel du Gothard et toutes les infrastructures qui font aujourd'hui notre prospérité ? Pensez-vous qu'attendre que les acteurs de terrain puissent prendre en charge un défi aussi monstrueux que le dérèglement climatique est une bonne mesure ?

Stettler Thomas (V, JU): Madame Michaud Gigon, j'ai bien dit les acteurs de terrain en matière d'aménagement du territoire et de rénovation des bâtiments. C'est cela que je voulais préciser.

Glättli Balthasar (G, ZH): Viele haben gesagt, die Ziele dieser Initiative seien ja gut oder zumindest gut gemeint, aber die Mittel seien falsch. Was, wenn nicht die Sicherung unserer Lebensgrundlagen, unserer Zukunft ist denn eine öffentliche Aufgabe? Was ist eine öffentliche Aufgabe, wenn nicht die Klimatransformation unserer Wirtschaft? Die Klimatransformation wird so fundamental sein, wie es diejenige Transformation war, die uns ins fossile Zeitalter hineingebracht hat. Diese hat nicht nur die Art der Produktion verändert, sondern Gesellschaften umgepflügt. Das hat ganz viele Errungenschaften der heutigen Zeit überhaupt erst möglich gemacht. Es war eine Transformation, die keinen Stein auf dem anderen gelassen hat. Ist es nicht unsere Aufgabe, nun als Schweizerische Eidgenossenschaft zusammenzustehen, zu schauen, dass die Klimatransformation zum Wohle aller gestaltet wird?

Kulturinstitutionen werden auch aus Steuergeldern finanziert, Gemeindestrassen werden aus Steuergeldern finanziert, Spitäler werden aus Steuergeldern finanziert, die Aufrüstung unserer Armee wird vollständig aus Steuergeldern finanziert – bloss die Klimatransformation soll keinesfalls eine Aufgabe der öffentlichen Hand sein? Das Gegenteil ist doch der Fall!

Die SVP hat ja manchmal recht, dann nämlich, wenn sie linke Parolen übernimmt. Sie hat damals gegen das CO₂-Gesetz mit den Slogans "Fliegen nur noch für Reiche?" und "Autofahren nur noch für Reiche?" gekämpft. Sie hat gesagt, obwohl sie selbst keine entsprechenden politischen Vorschläge gebracht hat, die Klimatransformation müsse auch sozial fair und gerecht erfolgen. Und genau mit dieser Initiative haben Sie nun einen Vorschlag, wie das geschehen kann. Es kann geschehen, indem wir mit der Klimafonds-Initiative eben einen Green New Deal machen, einen Green New Deal, von dem am Schluss nicht nur das Klima, sondern wir alle profitieren.

Die Klimafonds-Initiative braucht es auch, weil wir den Zielen, die wir beschlossen haben, massiv hinterherhinken. Das Pariser Klimaabkommen war nicht eine Erfindung in irgendwelchen Bürokratieräumen der Verwaltung, sondern wir haben hier darüber debattiert. Es war eine referendumsfähige Vorlage, sie wurde nicht bekämpft. Es ist nicht nur der Wille dieses Parlamentes, sondern auch unserer Bevölkerung. Es gab ein kla-



res Ja zum Klima- und Innovationsgesetz. Der Einzige, der es am liebsten hinausschieben würde, ist unser zuständiger Bundesrat. Wir sagten, es brauche das Vorbild der öffentlichen Hand, aber der Bundesrat macht von Jahr zu Jahr nicht nur mit dem Handeln nicht vorwärts, er macht bereits mit den Vorschlägen zum Handeln nicht vorwärts. Die Vernehmlassung zur Umsetzung des Artikels über die Vorbildwirkung ist jetzt neu auf den November verschoben.

Also, mein Gott, wenn gesagt wird, man gehe voran, dann muss ich antworten: Schön wär's! Und was die Ziele anbelangt, die die Schweiz sich mit der Neuauflage des CO₂-Gesetzes gesetzt hat: Die Massnahmen, die das Parlament vorschlägt, reichen nicht, um die Ziele, die wir als politischen Auftrag haben, umzusetzen; wir hinken diesen Zielen massiv hinterher.

Zum Schluss noch dies: Es geht nicht nur ums Klima, es geht auch um unsere Unabhängigkeit. Am 19. April 2025 war der Energieunabhängigkeitstag, seither importieren wir nur noch aus dem Ausland. Grüne Energien sind auch Friedensenergien, das wurde bereits gesagt. Grüne Energien, das sind auch Freiheitsenergien. Schaffen wir diese Transformation, gemeinsam sind wir stark! Sagen Sie Ja zur Klimafonds-Initiative.

Farinelli Alex (RL, TI): Nessuno mette in discussione la crisi climatica, e nessuno, tantomeno i liberali-radicali, intende sottrarsi alla responsabilità di contribuire alla transizione ecologica. Lo abbiamo fatto in passato, per esempio con strumenti di promozione energetica, con obiettivi di emissioni e con aiuti agli investimenti, e lo faremo anche in futuro. Ma è proprio perché il tema è serio che servono risposte serie, e questa iniziativa purtroppo non lo è.

Infatti, l'iniziativa chiede di iscrivere nella Costituzione la creazione di un fondo pubblico gigantesco, alimentato ogni anno con lo 0,5 fino all'1 per cento del PIL. Parliamo di 4 fino a 8 miliardi di franchi all'anno, più di quanto si spende, ad esempio, nel nostro Paese o si investe nel nostro Paese per la ricerca, all'infuori dei canoni e dei dettami del freno all'indebitamento. Nemmeno i promotori, coloro che da questo pulpito ci dicono spesso come bisogna investire i soldi, come bisogna comportarsi, sono stati in grado di dire come vorrebbero usare questi soldi. Lo è stato detto durante i dibattiti in commissione, ed è stato riportato a questo pulpito: non ci sono delle priorità, non ci sono strumenti definiti. C'è un principio: si crea un fondo, e poi si vedrà come utilizzarlo.

È come se oggi ci proponessero di acquistare ogni anno una flotta di autobus, senza sapere se ci sono gli autisti, senza sapere se ci sono delle tratte dove si ha bisogno di questi autobus, o se ci sono dei passeggeri che vogliono utilizzare questi autobus. Insomma, spendere miliardi di franchi pubblici, senza avere un piano concreto, è un lusso che uno Stato responsabile come la Svizzera non può permettersi, soprattutto quando già oggi investiamo comunque delle somme importanti e mirate nella politica climatica. La Confederazione, infatti, mette a disposizione più di 2 miliardi di franchi all'anno in misure per il clima, per l'energia, per la biodiversità. A queste si aggiungono naturalmente i soldi investiti dai Cantoni, dai Comuni, e dai privati.

Il vero nodo qui è che l'iniziativa non rafforza la nostra politica climatica. In realtà la irrigidisce, perché toglie al Parlamento il compito di stabilire in modo trasparente e democratico dove e come impiegare le risorse pubbliche. Pretende di centralizzare tutto in un unico strumento, scollegato dal principio della casualità, che invece è essenziale: chi inquina paga. Chi inquina deve contribuire a risolvere i problemi che crea.

AB 2025 N 1197 / BO 2025 N 1197

Non basta spendere di più, ma bisogna spendere meglio, e bisogna spendere in modo responsabile. E magari evitare di creare continuamente ostacoli alla transizione energetica. Il fatto che il Parlamento federale abbia dovuto emanare regole speciali per dei progetti idroelettrici, quindi energia verde, e che nonostante ciò si avanzi a rilento, penso dovrebbe essere oggetto di una riflessione, soprattutto da parte di coloro che chiedono sempre e solo più mezzi come risposta a qualsiasi problema.

La Svizzera ha già adottato politiche ambiziose, sostenute dal popolo, e strumenti efficaci per promuovere innovazione, efficienza, ed energie rinnovabili. Non si è contrari a un sostegno pubblico, ma si crede che questo sostegno debba essere mirato, flessibile, e anche verificabile. Non un automatismo contabile fuori da ogni controllo.

Questa iniziativa non porta più efficacia, ma più peso sulle finanze pubbliche. Non accelera la transizione, ma ne compromette la flessibilità. Non rafforza lo Stato, ma lo rende meno agile ed efficace. E per tutte queste ragioni vi raccomanda di respingere l'iniziativa.

Knutti Thomas (V, BE): Die vorliegende Klimafonds-Initiative geht meiner Ansicht nach weit über das Menschenmögliche hinaus. Am Ende würde sie dem Klima wenig bis gar nichts nützen, dafür aber die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler massiv belasten. Wieder einmal will man die Welt retten, diesmal mit neuen, nicht gerechtfertigten Abgaben. Es handelt sich um den Versuch, mit noch mehr staatlichem Zwang zu regeln, was



bereits heute in vielen Bereichen geregelt ist. Ich bin überzeugt, diese Initiative wird ihr Ziel nicht erreichen, denn wir haben schon heute eine Vielzahl von Vorschriften und Abgaben, die unsere Bevölkerung erdulden muss.

Aber lassen Sie mich erklären, weshalb eigentlich wir von der SVP-Fraktion in Wahrheit die echten Grünen sind und nicht unbedingt diejenigen, die sich diesen Namen geben. Als Landwirt bewirtschaftete ich unsere Kulturlächen mit grosser Sorgfalt. Wir pflegen Wiesen und Wälder in Eigenverantwortung, ohne dass es dazu immer neue staatliche Vorschriften braucht. Wir achten auf gerechte und nachhaltige Anbaumethoden, sei es beim Erhalt des Grünlandes, beim Schutz der Moorböden oder beim Umgang mit natürlichen Ressourcen. Wir tun das aus Überzeugung und im Rahmen der Verhältnismässigkeit.

Ich möchte aber auch erwähnen, was in der Transportbranche, in der ich ebenfalls tätig bin, in den letzten Jahren passiert ist. Heute fahren wir mit Euro-6-Motoren, die als umweltfreundlich gelten. Diese senken die Partikelemissionen um bis zu 67 Prozent und die Stickstoffemissionen um bis zu 80 Prozent. Auch die Autoindustrie insgesamt leistet ihren Beitrag zum Klimaschutz. Weitere regulatorische Forderungen sind deshalb nicht nur übertrieben, sondern kontraproduktiv.

Kollege Glättli hat vorhin gesagt, wir würden keine Vorschläge machen. Das sind Vorschläge, und das sind auch Massnahmen zur Klimapolitik, die erträglich sind. Die Initiative will, dass die Schweiz eine Vorreiterrolle einnimmt, während viele andere Länder einen weit geringeren Beitrag leisten. Sie fordert noch mehr Solar- und Windkraftprojekte, obwohl viele dieser Projekte von der Bevölkerung abgelehnt werden. Es fehlt an Akzeptanz; auch das muss man ernst nehmen.

Ich stehe für eine Klimapolitik ein, die auf Eigenverantwortung statt auf staatliche Bevormundung setzt, für eine Klimapolitik, die im Einklang mit der Bevölkerung steht, nicht gegen sie.

Darum sage ich klar Nein zu dieser übertriebenen Initiative, und ich bitte auch Sie, diese zur Ablehnung zu empfehlen.

Crottaz Brigitte (S, VD): Alors que nous ouvrons cette session le 2 juin, la secrétaire générale de l'Organisation météorologique mondiale déclarait que l'éboulement de Blatten était un signal d'alarme dramatique, le puissant avertissement d'un monde qui se réchauffe. L'ONU a établi un lien sans équivoque entre cet éboulement et le changement climatique. Malgré des décennies de rapports scientifiques, cet éboulement a été un réveil brutal pour tous ceux qui les remettaient en cause. Plus de la moitié du pergélisol, ce ciment naturel des Alpes, a disparu en 25 ans. Nos glaciers fondent et nos montagnes deviennent instables, comme au-dessus de Blatten. Et cela n'est qu'un début. Il est temps de se réveiller. Le réchauffement climatique n'est plus une menace lointaine. Il est là, il s'intensifie et il est temps d'attaquer le problème à la source. La Suisse se réchauffe deux fois plus vite que la moyenne mondiale et l'été 2023 a été le plus chaud jamais mesuré en Europe. Sécheresse, recul des glaciers, effondrement de la biodiversité : les signes se multiplient et des dizaines d'articles scientifiques convergent pour dire que l'inaction coûtera bien plus cher humainement, mais aussi économiquement, plus cher que les investissements prévus par l'initiative qui prévoit que la Confédération alimente un fonds à hauteur de 0,5 à 1 pour cent du PIB, soit 3,5 à 7 milliards de francs par an, pour financer la transition énergétique, ce qui signifie rénovation des bâtiments, énergies renouvelables, mobilité propre et formation dans les métiers de la transition. Ce sont tous des projets concrets, utiles, créateurs d'emplois et bénéfiques à toutes les régions.

Aujourd'hui, la Suisse dépend encore massivement des énergies fossiles importées, et ceci, pour un coût de 7 milliards de francs par an. Cette initiative vise à renforcer notre indépendance, y compris vis-à-vis des régimes autoritaires exportateurs d'énergie. Dans ce sens, elle n'est pas seulement une réponse environnementale, mais aussi une mesure de sécurité énergétique. Une majorité critique le coût de cette initiative. Pourtant, cela a été dit, le coût de l'inaction sera bien supérieur, et une indépendance aux énergies fossiles nous fera, comme dit précédemment, économiser jusqu'à 7 milliards de francs par an, ces 7 milliards que nous payons chaque année pour acheter du pétrole ou du gaz.

En pleine crise climatique, nous devons renforcer notre résilience face aux événements extrêmes qui touchent désormais aussi l'Europe et la Suisse. Comme pour la santé, où tout le monde est d'accord de dire qu'il vaut mieux prévenir que guérir, dans le cas du climat, il est toujours moins coûteux de prévenir que de réparer. Il s'agit aussi de protéger les générations futures, ne pas leur transmettre une facture insoutenable pour des économies que nous souhaitons faire à court terme. Car plus on attend, plus les mesures seront coûteuses.

L'initiative propose de soutenir des investissements permettant de rendre les énergies propres plus accessibles que les énergies fossiles en misant sur des ressources locales : soleil, eau, vent, dont l'exploitation demande, certes, un investissement initial, mais très peu de frais d'exploitation. Elle prépare ainsi un avenir énergétique durable. Il faut agir maintenant, car chaque tonne supplémentaire de CO2 émise alourdit la facture, chaque



année perdue complique la tâche. Plus nous attendons, plus les coûts augmentent, et ceci pour des effets moindres. En investissant dans les énergies renouvelables locales, nous protégeons notre autonomie, notre sécurité et notre prospérité. La Suisse a les moyens technologiques, financiers et institutionnels d'agir. Ne rien faire au prétexte que nous sommes trop petits revient à dire que personne ne doit agir.

Chaque pays doit faire sa part, et la Suisse peut montrer l'exemple, initier des dynamiques et inspirer d'autres. On nous dit aussi que ce n'est pas le moment, car les finances sont tendues. Pourtant, nous trouvons des milliards pour acheter des avions de combat. Or, la menace la plus immédiate, la plus universelle, celle qui compromet la sécurité humaine à long terme, ce n'est pas une invasion hypothétique, c'est le dérèglement climatique. C'est lui qui détruit les récoltes, épuise les nappes phréatiques, altère la santé de la population, fait donc grimper les coûts des primes, affaiblit l'économie et va forcer des millions de personnes à migrer. Il est temps de revoir nos priorités. Les catastrophes climatiques se multiplient. On a entendu qu'il ne faut pas laisser des dettes aux générations futures, mais ce qu'il faut leur laisser, c'est un monde viable, voire un monde tout court. Et cela devrait suffire à nous convaincre qu'il n'est plus temps d'attendre, pas par bonne conscience, mais tout simplement par bon sens.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à accepter l'initiative pour un fonds climat.

AB 2025 N 1198 / BO 2025 N 1198

Reimann Lukas (V, SG): Die Yale University erstellt jedes Jahr einen Index über "the greenest countries in the world". Anhand von 32 Performance-Indikatoren liegt die Schweiz 2020 – wenig erstaunlich – knapp hinter Dänemark und Luxemburg auf Platz 3, ist also das drittgrünste Land der Welt und hat die drittmweltfreundlichste Ökonomie und Wirtschaft der Welt. Im Bereich Climate Change Leaders, also im Bereich Klimawandel, ist die Schweiz sogar auf Platz 1 der ganzen Welt. Dieses gute Ranking und Milliardeninvestitionen in die Klimalobby schützen uns nicht vor Ereignissen wie in Blatten oder in Gondo, sie schützen uns nicht vor Hochwassern, vor Dürren oder Lawinen. Langsam, aber sicher müssen wir das Wünschbare und das menschlich Machbare unterscheiden.

Der Bund gibt heute bereits Jahr für Jahr 3 Milliarden Franken für Klimaschutz-, Energie- und Biodiversitätsprojekte aus. Die Klimaschutzlobby kassiert, und sie kann nicht genug kriegen. Jetzt soll sogar die Schuldenbremse umgangen werden, und zukünftige Generationen sollen eine überschuldete, marode Schweiz bekommen – mit vielen ausgebeuteten Bürgerinnen und wenigen Klimamillionären. 8 Milliarden Franken, das wären jährlich zusätzliche 900 Franken pro Einwohnerin und Einwohner der Schweiz. Nein, wir brauchen keinen Klimafonds! Im Gegenteil: Wir sollten diese 3 Milliarden Franken streichen, komplett streichen.

Wirtschaftlicher Wohlstand ist eine wesentliche Voraussetzung für den Schutz der Bevölkerung vor Extremwetterereignissen. Ohne materielle Wohlfahrt ist kein Katastrophenschutz denkbar; das zeigen die industriell unterschiedlich entwickelten Länder der Welt. Kostengünstige, nachfragegerechte und zuverlässig bereitgestellte Energie ist folglich – neben moderner Technik, Forschung und effizienten Prozessketten – eine zwingende Voraussetzung für Sicherheit und Bevölkerungsschutz.

Die vom Bundesrat verfolgte Energiewende und die Klimaschutzpolitik haben im Gegensatz dazu in den letzten zwanzig Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber kaum Nutzen gebracht. Auch nach zwanzig Jahren der Förderung kann der sogenannte erneuerbare Strom aus Umgebungsenergien nicht wettbewerbsfähig produziert werden. Eine allgemeine Anpassung an den Klimawandel ist nicht nur erheblich wirksamer, ergo zielführender, sondern auch mit substanziell weniger Aufwand verbunden. Die rein ideologisch motivierte Klimaschutzpolitik ist einzustellen, alle diesbezüglichen Ausgaben und Förderungen sind zu streichen. Stattdessen sollte dieses Geld in Massnahmen zum Bevölkerungsschutz und zur Anpassung an immerwährende regionale Klimaveränderungen investiert werden, in moderne Forschung und Technologie.

Wenn Sie wieder einmal eine dieser zahlreichen Klima-Initiativen lancieren wollen, dann lancieren Sie wenigstens eine Initiative zur Errichtung eines Klimawandelfolgen-Anpassungsfonds – nach dem Motto "Bevölkerungsschutz statt Klimaschutz" –, dann wären wir vielleicht auch dabei. Dann hätten wir für zukünftige Generationen die finanziellen Mittel, um erforderliche Anpassungsmassnahmen an den ohnehin stattfindenden Klimawandel zu bewältigen. Dann stünden ausreichend Mittel für Hochwasserschutz, Lawinenschutz, Bergsturzschutz, Renaturierung von Industriebrachen oder Bewässerung von Dürregebieten zur Verfügung.

Die Schweiz liegt heute auf Platz 1 beim Umweltschutz, sie liegt auf Platz 1 beim Klimawandel, aber sie liegt weit hinten, wenn es um solche Schutzmassnahmen geht. Deshalb bitte ich darum, mehr für den Bevölkerungsschutz zu tun und weniger in die Klimalobby zu investieren.

Lehnen Sie diese Initiative ab, und machen Sie mehr für den Bevölkerungsschutz.



Töngi Michael (G, LU): Ein kleines Vorwort: Ich möchte meinem Vorredner für sein Votum danken, weil wir jetzt doch nochmals gehört haben, wo die SVP-Fraktion bei dieser Frage steht. Es gab mehrere Vorredner der SVP-Fraktion, bei denen man direkt den Eindruck hatte, dass sie die Klimapolitik, die wir machen, unterstützen, obwohl sie gegen praktisch jede Massnahme, die wir hier drin beschliessen, das Referendum ergreifen. Ich finde es sehr gut, wenn es jemand wieder auf den Punkt bringt, herzlichen Dank.

Wenn Sie zum Beispiel gestern die Zeitung gelesen haben, dann konnten Sie dort lesen, dass dieser Juni darauf zusteuert, der zweitwärmste seit Messbeginn zu werden. Vielleicht werden sogar die Werte vom Juni 2003 übertroffen, das wissen wir noch nicht. Die Klimaerhitzung schreitet voran. Sie ist die grösste Herausforderung, die wir haben. Wenn wir sie nicht bekämpfen, werden wir mit sehr massiven negativen Folgen zu rechnen haben und noch viel grössere Ausgaben tätigen müssen.

Aber was machen wir miteinander in diesem Bereich? Im finanziellen Bereich arbeitet unser Land hauptsächlich mit zeitlich begrenzten Hilfen. Ich habe mehrere Lobeshymnen darüber gehört, wie toll das sei, wie gut wir unterwegs seien. Ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass dieser Mix auch zu grossen Problemen führt. Man könnte zum Beispiel das Gebäudeprogramm nennen. Von 2006 bis 2009 gab es das Gebäudeprogramm der Stiftung Klimarappen. Dann brauchten wir wieder ein neues Programm, dieses wurde dann vom Bund gemacht, es trat 2010 in Kraft. Es war auf neun Jahre begrenzt. 2017 wollte man es unbegrenzt weiterführen. Worüber diskutieren wir jetzt wieder? Über die Abschaffung des Gebäudeprogramms. Wenn man sagt, das sei eine sehr gute Kontinuität und man mache das gut, dann muss ich sagen: Das Gegeneinanderausspielen zum Beispiel von Gebäudeprogramm und Innovationsförderung ist sicher nicht dienlich, um in diesem Bereich vorwärtszukommen. Das fördert auch nicht das Vertrauen in die Politik, und es hilft uns auch nicht, die Klimaziele zu erreichen.

Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, so braucht es eine verlässliche, langfristige Politik, wie sie diese Initiative vorschlägt. Verlässlichkeit ist wichtig. Wir könnten auch einige Lehren aus den Abstimmungen der vergangenen Jahre ziehen, wo wir bei jeder Förderung, bei jeder neuen Massnahme auch wieder über eine neue Finanzierung diskutiert haben. Zum Teil ging es um ein paar Rappen Aufschlag beim Benzin oder beim Strom. Ich verstehe, dass das die Menschen verunsichert, dass das zu einer schwierigen Diskussion führt und letztlich auch ein Steilpass für die Gegnerinnen und Gegner dieser Klimapolitik ist, weil man sich im Klein-Klein verliert und dann über 2 oder 3 Rappen Benzinpreiserhöhung statt über die konkrete Massnahme spricht. Ich glaube, es wäre sehr wichtig, die Frage der Finanzierung auch einmal klar zu benennen. Wenn wir ein Ziel bis 2050 haben, müssen wir auch die Finanzierung dazu klären.

Aus meiner Sicht ist es eine gute Lösung, wenn wir die Fördermassnahmen aus einem Fonds speisen und auf eine sozial gerechte Finanzierung achten. Ich möchte hier nochmals auf das Gebäudeprogramm hinweisen, das sehr wichtig ist. Das Gebäudeprogramm gibt einen Anreiz für Sanierungen. Es ist aber auch für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und Mietende wichtig, weil es Erhöhungen sozial abfedert. Wir können die Akzeptanz für Energiemassnahmen erhöhen, wenn wir den Menschen die Sicherheit geben, dass diese Massnahmen bezahlbar bleiben und dass es nicht jedes Jahr wieder zu Änderungen kommt, wie wir sie jetzt gerade diskutieren.

Ich möchte Sie bitten, diese Initiative zugunsten einer langfristigen Klimapolitik zur Annahme zu empfehlen.

Nussbaumer Eric (S, BL): Wie sichern wir Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität nicht nur heute, sondern auch morgen? Die Antwort darauf liegt in einem Schlüsselbegriff, und dieser Schlüsselbegriff heisst Investitionen. Nur Investitionen ermöglichen wirtschaftliche Entwicklungen. Es sind, ganz konkret, bessere Maschinen, leistungsfähigere Stromnetze, energieeffiziente Gebäude, Forschungslabore oder die Ausbildung junger Menschen. Kurz gesagt: Investitionen sind das, was unsere Wirtschaft in Bewegung bringt und unsere Zukunft gestaltet. Wer nicht investiert, der verpasst nicht nur Chancen, sondern riskiert auch Stillstand. Denn wirtschaftliche Entwicklung ist kein Selbstläufer, sie muss politisch aktiv gestaltet werden.

Noch bedeutsamer wird das Thema, wenn wir es mit dem Klimaschutz verbinden. Der Umbau unserer Wirtschaft hin

AB 2025 N 1199 / BO 2025 N 1199

zur Klimaneutralität ist eine der grössten Herausforderungen, aber auch eine der grössten Chancen. Denn eigentlich sind es nur die klimaschonenden Investitionen, welche uns vor zukünftigen unproduktiven Kosten schützen. Sie verhindern die Klimaschäden. Sie verhindern die Gesundheitsrisiken und machen uns unabhängiger von fossilen Energien. Wenn wir heute vorausschauend handeln, sparen wir morgen Milliarden, nicht nur an Reparaturkosten, sondern auch an sozialen Folgekosten.

Darüber hinaus eröffnen klimagerechte Investitionen ganz neue Wachstumsfelder; das reicht von erneuerba-



ren Energien über die Kreislaufwirtschaft bis hin zur emissionsfreien Mobilität. Diese Sektoren sind es, die Innovation schaffen, die Arbeitsplätze schaffen und auch Exportchancen erschliessen. Wer hier vorne dabei ist, der gestaltet den Markt. Wer abwartet, der importiert eines Tages die Lösungen von anderen.

Unserer Politik kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Durch gezielte Förderung, verlässliche Regulierung und langfristige Strategien kann der Staat Investitionen lenken, dorthin lenken, wo sie ökonomisch sinnvoll und klimapolitisch notwendig sind. Denn Märkte alleine lösen das Klimaproblem nicht, aber Märkte mit den richtigen Anreizen schon. Darum ist es unsere politische Aufgabe, klimaschonende Investitionen zu ermöglichen, zu fördern und zu beschleunigen.

Wirtschaftliche Entwicklung fällt nicht vom Himmel, sie ist das Ergebnis bewusster Investitionsentscheidungen, und der Klimaschutz ist keine Bremse, sondern der Innovationsmotor des 21. Jahrhunderts. Indem wir miteinander klimaschonende Investitionen fördern, verbinden wir ökonomische Vernunft mit klimapolitischer Verantwortung. Genau hier und nur hier setzt die Klimafonds-Initiative der SP Schweiz an. Sie fordert ja, dass jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts in Klimaschutz und eine nachhaltige Transformation investiert wird. Das ist nicht nur klimapolitisch geboten, es ist auch volkswirtschaftlich klug. Denn jeder investierte Franken stärkt unsere Wirtschaft, schafft Arbeitsplätze, reduziert unsere Abhängigkeit von fossilen Importen und schützt am Schluss unsere Lebensgrundlagen.

Lassen Sie uns diese Investitionschance nicht verpassen. Unterstützen Sie die Klimafonds-Initiative.

Ryser Franziska (G, SG): Die Klimafonds-Initiative ist ein Schlüssel für die Energiewende, ein Finanzierungsinstrument für die ökologische Transformation. Den Klimawandel und den Verlust an Biodiversität aufzuhalten, sind die Herausforderungen unserer Zeit. Ob es nachhaltige Mobilität, regionaler Konsum, erneuerbare Energie oder eine Wirtschaft in Kreisläufen ist, wir kennen die Lösungen, wir haben die Technologien. Was wir jetzt brauchen, sind Investitionen, um diese Lösungen rechtzeitig einzusetzen. Und dafür ist der Klimafonds da. Mit einer Fondslösung haben wir langfristig die finanziellen Mittel, die es braucht, um diese Herausforderungen anzugehen.

Was kostet uns Klima- und Biodiversitätsschutz eigentlich? Sogar die Schweizerische Bankiervereinigung schätzt den staatlichen Finanzierungsbedarf für die Dekarbonisierung auf mindestens 3 Milliarden Franken pro Jahr. Dazu kommen rund 1,5 Milliarden Franken, um die Biodiversitätsziele, wie die in Bezug auf Schutzgebiete und ökologische Infrastrukturen, zu erreichen. Im Moment investieren wir in die Biodiversität nur gerade die Hälfte dessen, was notwendig wäre. Zudem haben wir je länger, je mehr auch Kosten für die Anpassung an den Klimawandel, wie etwa für den Schutz vor Naturgefahren, für das Wassermanagement und für den Hitzeschutz in Städten. Schätzungen des BAFU zufolge kostet dies noch einmal mindestens 1 bis 1,5 Milliarden Franken pro Jahr. Das heisst, wir müssen mit mindestens 6 Milliarden Franken rechnen, wenn wir ernsthaft in Klimaschutz, Biodiversitätserhalt und Klimaanpassungen investieren wollen. Dazu kommen Investitionen in Innovation und in die Arbeitskräfte der Zukunft. Das klingt nach viel, ist aber nicht einmal 1 Prozent unseres Bruttoinlandprodukts. Zum Vergleich: Allein die Subventionen für fossile Energien in der Schweiz belaufen sich auf über 4 Milliarden Franken pro Jahr.

Dass Investitionsbedarf da ist seitens der Wirtschaft, der Privaten, aber auch des Staates, ist unbestritten. Auch unbestritten ist: Wenn wir diese Investitionen hinauszögern, wird der Bedarf nur grösser. Klimaschäden, Gesundheitsfolgen, Ernteausfälle und Naturverluste – die Kosten des Nichthandelns sind um ein Mehrfaches höher. Gewissen Ländern empfahl der Internationale Währungsfonds (IWF) deshalb sogar, die Schuldenbremse zu lockern, um die notwendigen Investitionen rasch anzugehen. Wir müssen uns also nicht fragen, ob wir uns Klimaschutz leisten können, sondern vielmehr: Können wir es uns leisten, noch länger zuzuwarten?

Wir haben mit dem Klimafonds einen Vorschlag für eine nachhaltige Finanzierung auf dem Tisch. Der Bedarf ist da. Mit 0,5 bis 1 Prozent des BIP können wir so einen überschaubaren, aber notwendigen Beitrag zur Finanzierung der ökologischen Transformation leisten. Mit dem Klimafonds finanzieren wir die Zukunft. Jede Generation hat ihren Beitrag zur Infrastruktur der Schweiz geleistet, vom Schienennetz über Stauseen bis zur Neat. Und wir werden die Schweiz klimaneutral machen. Mit dem Klimafonds setzen wir den Startschuss und machen die Schweiz unabhängig, resilient und zukunftsfähig.

Deshalb: Unterstützen Sie die Klimafonds-Initiative.

Roduit Benjamin (M-E, VS): J'ai siégé dans la commission compétente lorsque l'initiative pour un fonds climat a fait l'objet d'auditions et a été débattue. J'en suis ressorti encore plus convaincu qu'il faut la refuser. Le changement climatique est une réalité de notre époque : les évidences scientifiques sont là et le consensus sur ce constat est large. Le débat se situe donc non sur le fond, mais bien plus sur la forme que doit prendre l'engagement climatique de la Suisse.



Parlons-donc de la forme et remarquons tout d'abord que le texte proposé par les initiants s'attaque à une problématique face à laquelle la Suisse a déjà pris d'importants engagements. En effet, rappelons que la population suisse a déjà voté, en juin 2023, pour la mise en place d'une loi sur le climat et l'innovation qui guide notre pays vers la neutralité énergétique d'ici 2050 et qui prévoit d'ores et déjà près de 3,2 milliards de francs sur 10 ans pour l'efficacité énergétique et la décarbonation de l'industrie. Première constatation de forme : cette initiative est un doublon sur une problématique dont la prise en charge a déjà commencé.

Un autre problème de cette initiative est le fonctionnement qu'elle prétend mettre en place. Dans un contexte international et national tendu, dans lequel les besoins financiers de la Confédération sont majeurs, par exemple dans les domaines de la santé ou de la sécurité, l'initiative pour un fonds climat nous propose de casser la tirelire confédérale, au mépris du mécanisme du frein à l'endettement. Ce point risque de mettre l'avenir financier du pays en danger pour les générations futures, et cela pour installer une politique arrosoir, sans feuille de route ni objectifs concrets. De plus, l'initiative pour un fonds climat aurait des conséquences fiscales dévastatrices pour les générations futures. Ainsi, les observations et enquêtes sur la situation sont claires : sa mise sur pied entraînerait à terme une hausse d'impôts allant jusqu'à 28 pour cent, et une hausse de 2,5 pour cent de la TVA. Le fonds climat serait donc injuste socialement, rajoutant encore un peu plus de pression sur une classe moyenne déjà financièrement à bout de souffle.

Dans un autre ordre d'idée, cette initiative, en faisant fi d'une partie de la réalité du changement climatique, rate sa cible. En orientant la destinée d'un potentiel fonds climat uniquement vers les énergies renouvelables ou la décarbonation des transports, les initiants ont oublié un des pans les plus nécessaires de la politique suisse en matière climatique, celui de la mise en place de mesures pour protéger la population des conséquences du changement environnemental. En effet, même si la Suisse doit montrer l'exemple en matière de décarbonation, elle n'a en réalité que peu d'influence sur le réchauffement global, qui se poursuivra tant que les géants américains, chinois ou indiens ne se mettront pas sérieusement à appliquer une politique climatique plus forte. Dans le même temps, la Suisse, elle, continuera à voir ses glaciers fondre, ses montagnes s'effondrer et ses rivières sortir de leur lit. Cette réalité, aussi terrifiante soit-elle, doit occuper

AB 2025 N 1200 / BO 2025 N 1200

nos esprits. Dans ce contexte, la mise en place d'un fonds climat ignorant le frein à l'endettement risquerait de mettre en péril la capacité financière de notre pays à protéger aujourd'hui sa population, à reconstruire ses villages, comme Blatten, ou à endiguer ses rivières et ses fleuves, comme le Rhône.

Enfin, les initiants se trompent en pensant que la politique climatique peut être gérée avec des investissements à fonds perdu. On le sait : aujourd'hui, les principaux freins à la décarbonation de la société sont essentiellement dus à la bureaucratie ou aux procédures interminables. Ces enjeux ne seront pas réglés par l'endettement de notre pays. Les dettes ne sont pas un développement durable.

En conséquence, on comprend que l'objectif de l'initiative pour un fonds climat n'est pas du tout pragmatique. C'est une coquille vide qui dépense plus pour protéger moins et qui n'est, en conclusion, qu'un porte-étendard politique des initiants. Tout contre-projet ne ferait aucun sens, puisque cette initiative ne porte point de projet. En conclusion, je vous propose donc de rejeter l'initiative, car l'enjeu climatique mérite que l'on s'y consacre bien plus sérieusement.

Klopfenstein Broggin Delphine (G, GE): Quand un glacier s'effondre, c'est tout un village qui disparaît. Quand un village disparaît, c'est la Suisse entière qui vacille. Le 28 mai dernier, Blatten a été ravagé par une avalanche de glace, de boue et de roche. Le glacier du Birch s'est effondré, emportant 90 pour cent du village. Par chance, les 300 habitants avaient été évacués à temps. Ce drame a profondément marqué la population valaisanne et bien au-delà. Il incarne une réalité désormais bien établie : nos montagnes sont en première ligne face au dérèglement climatique. La Suisse se réchauffe deux fois plus vite que la moyenne mondiale. Depuis l'ère préindustrielle, les Alpes ont déjà gagné 2 degrés; ceci continue. Selon le professeur Christian Huggel de l'Université de Zurich, la coulée de Blatten n'a pas de précédent connu depuis au moins un siècle dans les Alpes suisses. Le réchauffement a très probablement joué un rôle déterminant.

Ces événements extrêmes deviennent plus fréquents, on le sait. À Bondo en 2017, une coulée de boue géante avait aussi dévasté une partie du village à la suite de l'écroulement du flanc du Piz Cengalo. Là encore, le dégel avait été identifié comme facteur clé. Les chutes de séracs, les glissements de terrain et les écroulements rocheux deviennent plus probables avec l'élévation des températures. Nos infrastructures, aussi, nos villes et nos villages, ainsi que nos vies sont exposés à des risques toujours plus accrus.

Face à cela, il ne s'agit pas de faire du catastrophisme, mais d'être réaliste, d'anticiper et de prévoir grâce à de l'argent que l'on pourrait investir aujourd'hui ; parce qu'on le sait, l'investissement qu'on pourrait faire



aujourd'hui coûterait toujours moins cher que l'inaction ; parce qu'on le sait, ne pas agir aujourd'hui, payer les répercussions et payer les conséquences, cela représentera un coût bien plus élevé. Face à cela, il ne suffit pas de constater, il faut agir. Grâce à cette initiative pour un fonds climat, on a l'occasion d'agir. C'est l'objet de cette initiative.

Elle propose un outil financier à la hauteur de l'enjeu : un fonds alimenté par 0,5 à 1 pour cent du PIB, soit plusieurs milliards de francs par an, non soumis au frein à l'endettement. Il financerait la transition énergétique : isolation des bâtiments, énergie renouvelable, transport propre, mais également l'adaptation. C'est un terme essentiel aujourd'hui, l'adaptation. Comment prévient-on et comment s'adapte-t-on à tous ces changements ? Par l'adaptation de notre territoire, la prévention des dangers naturels, le soutien à la recherche glaciologique, le renforcement des protections dans les régions vulnérables, etc., en pensant en particulier aux régions de montagne qui sont aujourd'hui en première ligne.

Certaines critiques portent sur le coût, mais même au sein de la commission, plusieurs voix ont rappelé qu'un franc investi aujourd'hui peut éviter des pertes bien plus lourdes demain. Blatten, village de 300 habitantes et habitants, mobiliserait des sommes colossales pour sa reconstruction. Que se passerait-il si une ville entière était frappée ?

Nous avons une responsabilité historique aujourd'hui. C'est un moment clé. On a la possibilité, par le biais de cette initiative, de créer un tournant. Préserver nos montagnes, c'est protéger un bien commun. Le fonds climat n'est pas une mesure partisane, c'est une réponse rationnelle, structurée et urgente à une menace qui, elle, est bien réelle. Il s'agit de garantir la sécurité, l'adaptabilité et la résilience de nos régions, qui sont un bien de la Suisse.

Je vous invite donc à accepter cette initiative pour éviter que Blatten ou Bondo ne deviennent des exemples parmi d'autres, pour renforcer la capacité d'action de la Suisse et pour que la Suisse participe activement à une réponse globale au dérèglement climatique pour mieux se protéger elle-même.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Chère collègue, vous avez évoqué la catastrophe de Blatten et celles qui vont, malheureusement, encore survenir ces prochaines semaines ou ces prochains mois. Ne pensez-vous pas qu'on devrait plutôt créer un fonds pour permettre la protection des populations, la reconstruction des villages, l'endiguement des fleuves et des rivières, ce qui prendrait déjà énormément d'argent et de ressources dans notre budget, avant de prévoir un fonds pour le futur ?

Klopfenstein Broggini Delphine (G, GE): Ce fonds pour le futur est de toute façon indispensable par le biais du fonds climat, mais je vous rejoins sur une chose et vous invite à soutenir une proposition qui serait celle, par exemple, d'utiliser le fonds Forta, en particulier pour les questions d'adaptation. Cela serait très utile, notamment pour toutes les questions de réchauffement climatique, qui impactent directement les régions de montagne de votre canton. Si l'on investissait une partie du fonds Forta pour l'adaptation au réchauffement climatique, on aurait aussi une ressource par ce biais pour protéger des populations, des régions et notre patrimoine.

Friedl Claudia (S, SG): Ich stelle fest: In der aktuellen geopolitischen Lage rückt die Klimakrise für viele in den Hintergrund, und das ist fatal, denn, da sind sich heute alle seriösen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einig, der Klimawandel ist die wohl grösste Gefahr für die Menschheit. Und was tun wir hier im Parlament? Viel zu oft tun wir viel zu wenig viel zu langsam. Dabei wissen wir genau, was droht: Hitzewellen, Überschwemmungen, Hungersnöte, Bergstürze, Energiekrisen, Konflikte um Ressourcen, neue Migrationsbewegungen. Dies alles bedeutet Kosten in Milliardenhöhe. Je länger wir zuwarten, desto gravierender und teurer werden die Folgen. Das ist eine schlichte ökonomische Wahrheit. Je schneller wir handeln, desto weniger hoch ist der Preis, den wir bezahlen müssen. Die Kosten sind unausweichlich. Der ökologische Umbau kostet Geld. Aber es handelt sich um Investitionen – Investitionen in eine lebenswerte, generationengerechte und innovative Zukunft.

Die Klimafonds-Initiative ermöglicht, was jetzt notwendig ist: massive öffentliche Investitionen, jährlich zwischen 3,5 und 7 Milliarden Franken, in Gebäudesanierungen, fossilfreie Heizsysteme, Solaranlagen, öffentlichen Verkehr und die Förderung der Biodiversität. So schaffen wir nicht nur Klimaschutz, sondern auch nachhaltige Arbeitsplätze in allen Regionen der Schweiz, in allen Sektoren. Diese Initiative schafft Perspektiven. Sie fördert Umschulungen und Weiterbildungen, damit niemand zurückgelassen wird und wir die dringend benötigten Fachkräfte für die ökologische Transformation haben. Das ist echte Klimagerechtigkeit. Die Initiative ermöglicht es zudem, dass die Schweiz unabhängig von fossilen Energieimporten wird. Heute ist die Schweiz in einem enormen Ausmass von Öl-, Gas- und Uranlieferungen aus autokratischen Regimen abhängig. Mit erneuerbaren Energien aus der Schweiz sichern wir unsere Energiesouveränität und die eigene Infrastruktur. Die Klimafonds-Initiative ist das Jahrhundertprojekt unserer Generation. So wie frühere Generationen die AHV,



die ETH oder die Neat ermöglicht haben, ist es heute an uns, den

AB 2025 N 1201 / BO 2025 N 1201

ökologischen Umbau sozial gerecht zu gestalten, und zwar mit Weitsicht, Entschlossenheit und Mut. Es geht hier nicht nur um Solarpanels und Wärmepumpen. Es geht um nicht weniger als das gute Leben für alle. Es geht um eine Schweiz, die in der Lage ist, ihre Verantwortung wahrzunehmen, ökologisch, sozial und ökonomisch, eine Schweiz, die nicht spart, wo es Investitionen braucht, eine Schweiz, die ihre Zukunft nicht den Launen der Ölautokraten überlässt. Die Klimawende gelingt nicht durch Appelle an individuelle Verantwortung. Sie gelingt durch eine starke öffentliche Infrastruktur, durch gemeinsames Planen und durch Investitionen, durch entschlossenes Handeln. Genau das ermöglicht diese Initiative. Sagen Sie deshalb Ja zur Klimafonds-Initiative.

Schaffner Barbara (GL, ZH): Die Klimafonds-Initiative sei finanzpolitisch nicht tragbar, sagen viele. Ein Nicht-handeln ist umweltpolitisch nicht tragbar, sage ich. Die bereits eingeleiteten Massnahmen zur Erreichung des Netto-null-Ziels seien ausreichend, sagen einige. Die Massnahmen reichen nicht, sagt die Wissenschaft. Wir befinden uns in der Klimapolitik in einem Spannungsfeld, in dem die Prioritäten ganz unterschiedlich gesetzt werden und je nach Weltanschauung andere Realitäten zu gelten scheinen. Für mich ist zentral, dass wir als eines der wohlhabendsten Länder der Erde einen fairen Beitrag dazu leisten, dass die Erde auch für nachkommende Generationen ein lebenswerter Ort bleibt. Das braucht Anstrengungen, und das braucht Investitionen, keine Blockaden.

Die notwendigen Investitionen können zusammenkommen, indem wir die marktwirtschaftlichen Instrumente richtig setzen, so, wie das die Minderheit Grossen Jürg will. Das wäre auch meine bevorzugte Lösung. Aber in Schönheit sterben nützt nichts. Wir brauchen einen Plan B, und der Plan B heisst Klimafonds. Geld aus diesem Klimafonds soll gezielt in den klimafreundlichen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft fliessen, in die energetische Gebäudesanierung, die Förderung von Solar- und Windenergie, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Dekarbonisierung der Wirtschaft, die Förderung von Start-ups und die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft. Solche Investitionen schaffen Arbeitsplätze, fördern Innovation und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz bei Zukunftstechnologien.

Wir kennen ja schon ganz verschiedene Instrumente, mit denen Geld direkt oder indirekt in Klimamassnahmen fliesst, besonders viel, aber gut versteckt beispielsweise bei steuerlichen Abzügen für Gebäudesanierungen. Hier sprechen wir von schätzungsweise 1,5 Milliarden Franken im Jahr oder fünf- bis zehnmal mehr, als über das Gebäudeprogramm ausgegeben wird. Mit einem Klimafonds könnten wir diese Gelder gebündelt und zielgerichtet einsetzen.

In meinen Augen müssen die Einlagen, von denen wir beim Klimafonds sprechen, nicht nur neue Gelder sein. Man darf vielmehr durchaus auch bestehende Förderinstrumente im Klimafonds zusammenlegen. Das ist ein Mechanismus, den wir auch bei den Plänen des Bundesrates sehen, der Gelder aus dem Gebäudeprogramm umleiten will, um Projekte gemäss Klima- und Innovationsgesetz zu finanzieren; dies trotz klarem Votum des Volkes, das mehr Mittel in den Klimaschutz investieren wollte. Mit der zugegebenermassen hohen Zielgrösse von 0,5 bis 1 Prozent des BIP wird sichergestellt, dass mit dieser Vorlage netto noch immer mehr Investitionen in klimaschutzbezogene Projekte fliessen können und dass sich die Effekte nicht aufheben.

Eine klare Verankerung eines Klimafonds in der Bundesverfassung schafft Verlässlichkeit und Planungssicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft und verhindert, dass wichtige Massnahmen aus kurzfristigen Sparüberlegungen gestrichen oder verzögert werden. Ich spreche hier ganz bewusst von Investitionen und meine damit nicht nur eher abstrakt verstandene Investitionen in eine lebenswerte Zukunft, sondern ganz konkret Investitionen in Geschäftsmodelle, bei denen Gewinne und Rückzahlungen erwartet werden können. Denn der Fonds kann auch Kredite, Garantien und Bürgschaften gewähren. Er kann also als Finanzierungsinstrument für private Initiativen und Entwicklungen dienen, die auf dem normalen Finanzmarkt als zu risikobehaftet, zu kapitalintensiv oder zu langfristig beurteilt werden.

Zuletzt ein Wort an all jene, die sagen, dass die bisher eingeleiteten Massnahmen ausreichend seien: Falls dem so sein sollte, könnten die Einlagen in den Klimafonds gesenkt werden. Das sieht der Initiativtext explizit vor. Wenn Sie also wirklich glauben und sagen, dass wir schon genug tun, dann können Sie die Initiative getrost zur Annahme empfehlen. Dann sinken die Einlagen in den Klimafonds, und die finanzpolitische Tragbarkeit steigt.

Es steht uns gut an, unsere internationale Verantwortung wahrzunehmen und zu zeigen, dass auch ein kleines Land beim Klimaschutz eine grosse Wirkung entfalten kann, mit Innovation, Weitsicht, Solidarität und einem Klimafonds.



Candan Hasan (S, LU): Wir haben es heute Nachmittag nun zimal von der bürgerlichen Ratsseite gehört: Wenn wir der Klimafonds-Initiative zustimmen und in unsere Zukunft investieren, dann werden die Industrie, die Privatwirtschaft, die Landwirtschaft und die Privaten ausgebeutet, und es entsteht ein riesiger Schuldenberg. Ich frage Sie: In welcher Welt leben Sie eigentlich? In welchen Sand stecken Sie Ihren Kopf hinein? Oder wie stellen Sie Ihre Milchbüchleinrechnung auf?

Es wurde heute eine wichtige Frage in diesem Raum gestellt: Wer soll das bezahlen? Dazu werde ich Ihnen gleich eine Antwort geben können. Aber die wichtigste Frage habe ich heute von den Gegnerinnen und Gegnern der Initiative nicht gehört: Wer bezahlt schon heute für den Schaden des fortschreitenden Klimawandels? Ich kann Ihnen die Antwort gerne geben. Es sind sicher nicht die Verursacherinnen und Verursacher der Klimakrise, die eigentlich zur Kasse gebeten werden müssten. Es sind Herr Schweizer und Frau Schweizerin, der Landwirt, die Handwerkerin, die Person, die im Laden hinter der Kasse steht oder vor der Tafel in der Schule, die Personen, die am Krankenbett stehen oder vor dem Laptop sitzen. Es sind die Menschen in diesem Land und sonst wo auf der Welt, aber sicher nicht diejenigen, die den Klimawandel ankurbeln und davon profitieren. Ein Bericht des britischen Thinktanks Influence Map zeigt, dass 80 Prozent der globalen Emissionen allein auf nur 57 Unternehmen zurückgehen.

Die Kosten des Klimawandels trägt aber die Allgemeinheit. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten drei Jahren um 30 Prozent gestiegen. Ein Teil der höheren Lebensmittelpreise ist auf den Klimawandel zurückzuführen. Das Unwetter im Misoix vom letzten Sommer verursachte Schäden im Umfang von 70 Millionen Franken, und das ist nur die materielle Bilanz. Die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner leiden unter viel gravierenderen Verlusten.

Zudem subventionieren wir die Klimakrise. Mehr als die Hälfte unseres Staatshaushalts, über 40 Milliarden Franken, fliessen in Subventionen und Steuererleichterungen, die der Umwelt, der Biodiversität und dem Klima schaden. Das kostet die Steuerzahlenden doppelt, zum einen durch den Schaden, der dadurch verursacht wird, und zum andern durch die Kosten, die für die Reparatur dieser Schäden entstehen. Die Schäden und Kosten werden immer grösser. Wenn wir jetzt nicht handeln, steigen Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts- und Gesundheitskosten 2050 auf 15 bis 20 Prozent des BIP. Das bedeutet, dass wir bis 2050 die ersten zwei Monate im Jahr nur dafür arbeiten, die Kosten für Umweltschäden zu bezahlen. Der Klimawandel ist eine riesige Lohnvernichtungs- und Wohlstandsvernichtungsmaschine. Wir müssen diese Maschine stoppen.

Die Klima- und Biodiversitätskrise ist real und eine der dringendsten Herausforderungen unserer Zeit. Wir stehen in der Verantwortung, wirksame Massnahmen zu beschliessen und den Krisen wirksam entgegenzutreten. Die bürgerliche Klimapolitik schafft es nicht, dem Klimawandel wirksam entgegenzutreten und die Bevölkerung zu schützen. Was bedeutet eigentlich Klimaschutz? Damit schützen wir nicht irgendwelche Moleküle in der Atmosphäre, sondern unsere Lebensgrundlagen und die Menschen in der Schweiz und sonst wo auf der Welt. Zudem schaffen Sie, liebe Bürgerliche, es nicht, eine gerechte Klimapolitik zu machen.

AB 2025 N 1202 / BO 2025 N 1202

Gerne möchte ich nochmals zum Kern unserer Initiative kommen. Es geht darum, in eine gerechte Energie- und Klimapolitik zu investieren – für Wohlstand, Arbeit und Umwelt. In diesem Kontext komme ich auch noch dazu, die Frage zu beantworten, wer das bezahlen soll: Es sollen diejenigen bezahlen, die den Klimawandel verursachen und davon profitieren.

Und nun, zu guter Letzt, noch dies: Ich habe heute viele Male sinngemäss gehört, dass die Schweiz, ach, doch viel zu klein und unbedeutend sei. Ich muss Ihnen auch hier vehement widersprechen. Das stimmt nicht. Wir sind ein starkes und einflussreiches Land, und darauf bin ich auch ein wenig stolz. Sie müssen auch hier Ihren Blick öffnen und nicht nur rein physikalische Berechnungen anstellen. Wir – unsere Unternehmen und Organisationen, die Menschen, aber auch unsere Institutionen, die Politik und die Gesetzgebung – sind stark bei Innovationen. Es ist zwar nicht mein Lieblingsbeispiel, aber ich nenne es trotzdem: Wer hat die Schuldenbremse erfunden, und wo überall wurde sie kopiert? Ich bin überzeugt, dass auch unsere klimapolitischen Entscheide und Instrumente das Potenzial haben, in der Welt Schule zu machen.

Glur Christian (V, AG): Einmal mehr fordert die links-grüne Seite, mit Unsummen von Steuergeldern das Klima in der Schweiz zu retten – wir wissen übrigens alle, dass es ein globales Problem ist. Selbstverständlich ist es wichtig, dass die ganze Problematik rund um das Klima aktiv angegangen wird. Die Schweiz bzw. der Bund, die Kantone und die Gemeinden haben dies aus meiner Sicht bereits erkannt und setzen tagtäglich proaktiv unzählige Massnahmen um. Es gibt einen Mix aus verschiedenen Finanzierungsquellen, basierend auf dem Verursacherprinzip, welches meiner Meinung nach mehr oder weniger das fairste Instrument für die Finanzierung darstellt. Dieses System hat sich schlussendlich etabliert und politisch durchgesetzt.



Wenn wir nun jährlich bis zu 8 Milliarden Franken in einen Fonds stecken, der ausschliesslich durch den Bund finanziert ist, gerät das ganze bewährte System aus den Fugen, und die Bundesfinanzen werden unverhältnismässig belastet. Ein solcher Finanzierungszwang gefährdet das bewährte Erfolgsmodell der Schweiz und belastet den ohnehin stark beanspruchten Mittelstand zusätzlich, da doch vor allem kleine und mittlere Unternehmen mit steigenden Abgaben rechnen müssen. Auch Familien wären mit immer höheren Kosten für Energie konfrontiert. Somit würde diese Initiative auch den sozialen Zusammenhalt in unserem Land gefährden. Zudem wissen wir alle genau, wie angespannt die finanzielle Lage des Bundes zurzeit ist.

Ich halte es für nicht zielführend, Gelder zweckentfremdet einzusetzen. Der Verwendungszweck und der Nutzen sind alles andere als unbestritten. Zudem entstehen viele Doppelspurigkeiten. Das Hauptproblem liegt darin, dass der Klimafonds ausserhalb der Schuldenbremse operieren und somit die bewährte finanzpolitische Disziplin der Schweiz aufweichen würde. Wir hätten also plötzlich Unsummen von Geldern, ohne genau zu wissen, für welchen Zweck sie genau eingesetzt werden sollen. Die Gefahr, dass diese Gelder in einem undurchsichtigen, bürokratischen Klimaapparat verschwinden, ist sehr gross. Mit dem CO₂- sowie dem Klima- und Innovationsgesetz fliessen bereits heute Milliardenbeträge in Umwelt- und Klimaschutzprojekte. Dazu gab es einen Beschluss des Volkes, und es gilt das Verursacherprinzip. Somit ist aus meiner Sicht das Nötigste veranlasst und umgesetzt worden, und es braucht nicht noch zusätzlich ein neues System.

Setzen wir auf eine pragmatische Klima- und Umweltpolitik, die auf Eigenverantwortung, wirtschaftlichen Anreizen und Innovation beruht, die gesellschaftlich und wirtschaftlich tragbar und für das ganze Land realistisch umsetzbar ist. Lehnen wir diesen grössenwahnsinnigen und unfairen Systemwechsel ohne Gegenvorschlag ab. Unser System funktioniert und ist etabliert.

Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Töngi Michael (G, LU): Herr Kollege, habe ich das jetzt richtig verstanden: Haben Sie die verursachergerechte Lösung gelobt? Unterstützen Sie dann z. B. auch Lenkungsabgaben auf Treibstoffen?

Glur Christian (V, AG): Wir zahlen heute schon sehr viele CO₂-Abgaben auf den Treibstoffen. Daher ist das aus meiner Sicht schon umgesetzt.

Gaillard Benoît (S, VD): Aujourd'hui, nous ne discutons pas de n'importe quelle initiative populaire. Voilà ce dont j'aimerais vous convaincre. J'aimerais vous raconter pourquoi nous jouons rien de moins que notre capacité à préparer la Suisse pour les 100 ans à venir. Consacrer 0,5 à 1 pour cent du PIB à une mise à niveau ambitieuse des infrastructures énergétiques et de transports du pays, consacrer ces moyens à une modernisation massive, rapide de nos logements, de nos bureaux, de nos bâtiments publics, ainsi que consacrer au moins un demi pour cent de notre richesse nationale au fait d'orienter l'économie de tout le pays, en assurant des commandes à l'économie, en garantissant une stabilité de la demande et en indiquant finalement un cap clair, c'est tout cela que vise l'initiative. Cela n'a rien de farfelu et de mégalomane. Pour cause : cela a déjà été tenté. Avec quel succès ? Avec le succès qui fait rien de moins que la Suisse est aujourd'hui la Suisse.

Il y a exactement cent ans, dans ce Parlement, on validait les crédits les uns après les autres en faveur de l'électrification du réseau ferroviaire. Vous le lisez dans les livres d'histoire : au cours des années 1920, une fois la Suisse sortie du marasme économique, l'essentiel des investissements, au sens de la formation de capital fixe, a été consacré à l'électrification des lignes de train. Dans les années qui ont suivi jusqu'à la Seconde Guerre mondiale et dans les années qui ont suivi immédiatement la Seconde Guerre mondiale, les années 1950 et 1960, c'est au développement de la production électrique que le pays a consacré une part remarquable de ses ressources.

Laissez-moi vous faire part d'une anecdote qui parle du barrage de la Grande Dixence. Lorsqu'on décide, à la fin des années 1940, seulement quelques années après la guerre qui a secoué l'Europe, de remplacer le vieux barrage à contreforts de la Dixence par un barrage-poids, la dépense est annoncée à 400 millions de francs de l'époque. Que sont 400 millions mesurés par rapport au PIB du pays au moment du démarrage de la construction ? Pas moins de 1,6 pour cent ! Pour un projet, on a consacré 1,6 pour cent du PIB annuel, un projet dont la valeur pour l'avenir allait cependant se révéler bien plus grande encore que ce que les concepteurs avaient pu espérer.

Pour un seul projet, la Suisse a accepté, il y a huitante ans, de consacrer trois fois ce que nous demandons d'injecter chaque année dans un fonds pour l'investissement climatique. Dans quelles conditions tout cela a-t-il été possible, qu'il s'agisse du réseau ferroviaire ou du développement de l'hydroélectricité ? Exactement dans les conditions proposées par notre initiative, à savoir un investissement public, oui, mais pas seulement. Des garanties pour les investisseurs privés, comme le propose l'initiative, comme à l'époque les cantons en ont données aux constructeurs des barrages, et par une prévisibilité de la demande qui permet à l'industrie de



prendre le risque de l'innovation, de renforcer ses capacités, de se donner des chaînes de montage et des usines en suffisance. ABB, Sulzer et Sika ne sont que quelques-uns des fleurons dont la grandeur actuelle repose sur l'ambition passée du pays.

La Grande Dixence est encore aujourd'hui le plus haut barrage-poids du monde. C'est le plus haut barrage d'Europe. Avec notre initiative, la Suisse se donnerait les moyens de devenir, en matière de décarbonation, en matière d'énergie renouvelable, en matière d'innovation au service de la protection de l'environnement, l'un des meilleurs pays au monde !

Montrons-nous à la hauteur des ancêtres qui nous regardent depuis le haut du barrage ! Osons renouer avec l'esprit des pionniers ! Recommandons au peuple et aux cantons de dire

AB 2025 N 1203 / BO 2025 N 1203

oui à cette initiative pour l'avenir de la Suisse, pour l'avenir de ses habitants et pour l'avenir de son environnement !

Seiler Graf Priska (S, ZH): Bei der Klimafonds-Initiative geht es auch um Sicherheit. Es ist richtig und wichtig, dass wir uns Gedanken über diejenigen Bedrohungen machen, deren Eintretenswahrscheinlichkeiten am höchsten sind. Überschwemmungen, Bergstürze, Murgänge und Waldbrände gehören dazu. Diese zerstörerischen Ereignisse nehmen wegen des fortschreitenden Klimawandels in ihrer Häufigkeit zu. Wir müssen uns darauf einstellen. Auf der einen Seite braucht es Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung, auf der anderen Seite muss aber auch zwingend mehr in einen wirksamen Klimaschutz investiert werden. Dem Klima ist es egal, dass wir zurzeit wegen des Ukraine-Krieges oder des Nahostkonflikts vor allem über die militärischen Gefahren diskutieren und nur diese wahrnehmen. Der Klimawandel schreitet trotzdem munter voran und ist schneller, als die wissenschaftlichen Modelle es prognostiziert haben. Die Gefahr von häufigeren und schwerwiegenden Naturkatastrophen ist leider real.

Aber wir investieren in der momentanen Lage mehr in die Landesverteidigung als in den Klimaschutz. Das kann es doch nicht sein. Wir müssen alle möglichen Bedrohungen auf dem Radar haben und die Prioritäten richtig setzen. Die Eintretenswahrscheinlichkeit für Bedrohungen, die aufgrund des Klimawandels von Naturgefahren ausgehen, ist – es tut mir leid, das sagen zu müssen – höher einzustufen als jene, dass die Russen am Rhein stehen. Ich bin durchaus der Meinung, dass man beide Bedrohungsarten sehr ernst nehmen muss. Die Erhöhung auf 1 Prozent des BIP für die Armeeaussgaben braucht es wohl – leider. Über die Schwerpunktsetzung könnte man ja dann noch diskutieren. Aber es braucht eben auch diese 0,5 bis 1 Prozent des BIP für den Klimaschutz, wie es die Klimafonds-Initiative vorschlägt.

Diese Initiative stellt die finanziellen Mittel bereit, um gezielt in den ökologischen Umbau zu investieren, in erneuerbare Energien, in klimafreundliche Gebäude, in den öffentlichen Verkehr und in eine nachhaltige Landwirtschaft. Diese Investitionen sind auch volkswirtschaftlich sehr interessant. Die Initiative hat noch einen grossen Vorteil: Sie sorgt dafür, dass der Umbau sozial gerecht erfolgt, denn Klimaschutz ist kein Luxus. Die Massnahmen müssen für alle tragbar sein. Und genau dafür steht die Initiative auch ein.

Klimapolitik ist auch Sicherheitspolitik. Solange wir von fossiler Energie abhängig sind, bleiben wir anfällig für Preisschocks, für geopolitische Spannungen, für die Folgen von Kriegen wie jenem in der Ukraine. Energieunabhängigkeit heisst auch immer mehr Stabilität, mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung, für unsere Wirtschaft, für unsere Zukunft. Und vergessen wir nicht: Die Klimakrise ist weltweit ein Brandbeschleuniger für Konflikte. Sie verschärft Armut, zwingt Menschen zur Flucht, führt zu Ressourcenkriegen. Wer heute in Klimaschutz investiert, handelt auch für den Frieden weltweit und hier bei uns.

Deshalb ist diese Initiative mehr als nur eine Investition in den ökologischen Umbau; sie ist eine Investition in unsere Zukunft, in soziale Gerechtigkeit, in Energiesicherheit, in Unabhängigkeit und in den Schutz kommender Generationen.

Ich bitte Sie daher, die Klimafonds-Initiative zu unterstützen.

Quadri Lorenzo (V, TI): L'iniziativa "per un fondo per il clima" propone la creazione di un nuovo fondo federale destinato al finanziamento della transizione energetica e della decarbonizzazione. Secondo i promotori, come abbiamo sentito, questo fondo dovrebbe essere alimentato annualmente con una quota compresa tra lo 0,5 per cento e l'1 per cento del PIL svizzero, ossia tra i 3,9 e i 7,7 miliardi di franchi. Una somma colossale che, come se non bastasse, non sarebbe nemmeno sottoposta al freno all'indebitamento. In altre parole, la Confederazione dovrebbe aumentare annualmente il proprio debito pubblico per finanziare questo nuovo meccanismo, un debito che inevitabilmente ricadrebbe sulle spalle dei contribuenti. Tutto ciò viene giustificato



invocando l'obiettivo delle zero emissioni nette di CO₂ entro il 2050, un traguardo che, è bene dirlo chiaramente, non è realistico su scala globale, e non deve nemmeno essere vincolante.

Attualmente, Confederazione e Cantoni investono già circa 2 miliardi di franchi all'anno nella riduzione delle emissioni di CO₂. A questi si aggiungono 600 milioni per la tutela della biodiversità. Si tratta di impegni finanziari rilevanti che testimoniano di come la Svizzera stia già facendo la propria parte. Ma è anche giusto ricordare che il nostro Paese è responsabile di appena lo 0,1 per cento delle emissioni globali di CO₂. Al contrario, la Cina produce il 30 per cento, gli Stati Uniti circa il 13 per cento, e l'India, dove l'uso del carbone come fonte energetica è in costante crescita, oltre il 7 per cento. In questo contesto è evidente che la Svizzera da sola non può salvare il pianeta. Non è una questione di negare l'esistenza di una sfida climatica, ma di riconoscere i limiti oggettivi della nostra azione.

Nel contesto europeo si sta facendo strada una nuova consapevolezza, ossia che perseguire contemporaneamente la neutralità climatica, il potenziamento della sicurezza energetica, e il rafforzamento delle capacità militari impone delle scelte, e spesso queste scelte passano attraverso dei tagli allo Stato sociale. Ma la Svizzera non deve sacrificare il benessere dei propri abitanti o quel che resta di questo benessere in nome del clima. Il meccanismo proposto si trasformerebbe inoltre in un fondo ad innaffiatoio che distribuirebbe risorse in modo non mirato, con il risultato concreto di scoraggiare gli investimenti privati. Se lo Stato interviene ovunque, perché investire con capitali propri?

È incredibile come il fronte rosso-verde continui a pretendere di moltiplicare la spesa pubblica ad ogni occasione. A causa di politiche di centro-sinistra si spendono miliardi di franchi per l'asilo, altri miliardi per l'Ucraina, altri ancora per aiuti all'estero, e la tredicesima mensilità AVS verrà fatta pagare integralmente ai consumatori, ai lavoratori, e ai datori di lavoro. Adesso, sempre il medesimo fronte vorrebbe spendere ulteriori 7,7 miliardi di franchi all'anno per il clima. Qui qualcuno ha davvero perso il senso della misura.

La popolazione è stanca di essere trattata come un banco, e diciamo quindi no alla creazione di fondi ad innaffiatoio, i cui primi beneficiari sarebbero poi i lobbisti dell'economia "green", ben rappresentati in questo Parlamento. La Svizzera ha già una politica climatica responsabile. Oggi le priorità sono la sicurezza del Paese, l'approvvigionamento energetico, i costi della salute, l'occupazione e il controllo dell'immigrazione. Invito quindi a respingere questa iniziativa.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): L'inaction environnementale a un coût, un coût massif, bien documenté par de nombreuses études et récemment confirmé par le Conseil fédéral. Malheureusement, ces coûts deviennent de plus en plus visibles dans notre réalité quotidienne. L'exemple de Blatten est évidemment frappant. Selon les autorités cantonales, les travaux urgents de remise en état coûteront près de 142 millions de francs ; à cela s'ajoutent encore 76 millions pour des travaux ordinaires. Et ce n'est pas un cas isolé. Citons les événements de l'été passé dans le Val Maggia ou, plus récemment, dans le Val de Bagnes ou encore à La Chaux-de-Fonds. Les personnes concernées n'ont pas bénéficié de fonds fédéraux en urgence comme Blatten, mais elles ont aussi dû faire face à des dégâts matériels qui coûtent cher. D'autres régions ont déjà été touchées, d'autres le seront, hélas, encore, parce que l'humanité – la Suisse en fait partie – n'agit pas assez vite et consciemment devant l'ampleur du défi du dérèglement climatique qui modifie drastiquement les bases mêmes de notre vie sur Terre.

Ces événements climatiques extrêmes vont devenir plus fréquents, plus intenses. La question n'est donc pas de savoir si nous devons agir, mais comment; comment financer ces coûts et, comme les Verts le répètent incessamment, comment investir en amont pour réduire nos impacts et renforcer notre résilience ? Avec cette initiative, nous proposons ici une solution et nous attendons depuis des lustres que d'autres, à l'UDC, au Parti libéral-radical ou au Centre, le fassent également. Nous serions trop contents si vous preniez aussi cette responsabilité pour le pays.

AB 2025 N 1204 / BO 2025 N 1204

La Suisse s'est engagée pour un objectif de zéro émission nette d'ici à 2050. Atteindre cet objectif demande des investissements publics majeurs pour développer des infrastructures durables, accélérer la transition énergétique et circulaire et soutenir des entreprises dans cette transformation. Prosaïquement, dans la mise en oeuvre de l'économie circulaire, qui vise à économiser des ressources et à diminuer les émissions, le Conseil fédéral répond depuis quelques mois qu'il n'a pas prévu d'argent ou de mesures incitatives économiques et d'investissements, par exemple dans les filières de la réutilisation.

Nous aurions donc les outils légaux, mais pas le financement pour les mettre en oeuvre. De nombreuses entreprises suisses ont conscience des défis du XXI^e siècle. Elles comprennent qu'il n'y a pas que le capital financier qui compte pour l'économie et elles se montrent proactives quant à leurs responsabilités envers la



planète. Elles y voient aussi des débouchés économiques possibles. Des PME suisses sont prêtes à s'engager, mais elles manquent souvent des moyens pour franchir le cap initial. Un fonds climat leur permettrait de surmonter ces obstacles, de créer des emplois durables, de renforcer les circuits locaux et de rendre notre économie plus robuste. Par ailleurs, je partage l'avis entendu que nous avons des PME innovantes, mais nous ne pouvons simplement l'énoncer et espérer que cela suffise. Si elles s'engagent, ce n'est pas que par conviction, c'est aussi parce qu'elles attendent un cadre incitatif et stable. Elles ne s'attendent certainement pas à voir ce que certains font ici, à savoir revenir sur les engagements pris ou ne pas permettre une mise en œuvre des lois votées.

L'initiative pour un fonds climat prévoit une base légale claire et juste, elle garantit un soutien national et prévisible, coordonné entre la Confédération, les cantons et les communes. En excluant ce fonds du plafond des dépenses, on évite que des logiques d'économies à court terme compromettent les investissements dont notre société a vraiment besoin sur le long terme. Il y a 100 ans, la Suisse a su investir dans de grandes infrastructures ferroviaires, puis dans des barrages hydrauliques. À votre avis, où en serions-nous aujourd'hui si le Parlement, à l'époque, n'avait pas adopté de telles mesures ? Soutenir ce fonds, c'est donc s'équiper et choisir la responsabilité, c'est respecter les objectifs climatiques que notre population a déjà approuvés, bref, c'est agir.

Je vous invite à recommander d'accepter cette initiative essentielle pour notre climat, pour notre économie et pour notre pays.

Schläfli Nina (S, TG): Die Welt brennt derzeit an allen Ecken und Enden. Die grösste Herausforderung unserer Zeit, der Klimawandel, von Krisen und Kriegen in den Hintergrund gedrängt, schreitet ungeachtet dieser Tatsache mit weitreichenden und für uns alle spürbaren Folgen voran. Im Sommer ist es spürbar heisser, in den Städten sogar noch einmal um einige Grad mehr als im ländlichen Umland. Die sogenannten Hitzeinseln entstehen, weil versiegelte Flächen Sonnenstrahlen absorbieren und so die Umgebung zusätzlich aufheizen. Wenn wir über den Klimawandel diskutieren, sollten wir nicht nur an Massnahmen gegen den Klimawandel denken, also beispielsweise die Dekarbonisierung oder den Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern auch die Massnahmen zur Milderung der Auswirkungen der bereits erfolgten klimatischen Veränderungen und der noch anstehenden Veränderungen im Kopf behalten.

Wir brauchen in unseren Städten und Dörfern deutlich mehr Freiflächen und Grün auf Dächern oder im Strassenraum. Wir brauchen andere Baustoffe, mehr Bäume, Schatten, Frischluftzufuhr und kühlende Gewässer, weniger versiegelte Fläche und eine deutliche Stärkung der Biodiversität. Das sind die Voraussetzungen, dass wir im Sommer noch in unseren Siedlungsräumen leben können, aber auch, dass wir besser vor Naturkatastrophen und Starkwetterereignissen geschützt sind. Auch diese Massnahmen sind nicht kostenlos und binden weitere finanzielle Ressourcen. Besonders spüren werden das die Gemeinden in der ganzen Schweiz. Auch hier gilt: Investieren wir heute nicht in die Klimafolgenanpassung, wird es später um ein Mehrfaches teurer. Solche Massnahmen sind in der Klimafonds-Initiative zwar nicht explizit genannt, könnten aber aufgrund der Formulierung ebenfalls mitfinanziert werden und dafür sorgen, dass unsere Siedlungsräume grüner und kühler werden.

Auch aus diesem Grund unterstütze ich die Schaffung eines Klimafonds und bitte Sie, der Initiative zuzustimmen.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 19.00 Uhr
La séance est levée à 19 h 00

AB 2025 N 1205 / BO 2025 N 1205



25.022

**Für eine gerechte Energie- und
Klimapolitik: Investieren
für Wohlstand, Arbeit und Umwelt
(Klimafonds-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une politique énergétique
et climatique équitable : investir
pour la prospérité, le travail
et l'environnement
(initiative pour un fonds climat).
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.09.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir fahren mit der allgemeinen Aussprache über die Volksinitiative fort.

Sormanni Daniel (V, GE): Nous partageons tous un constat clair : le dérèglement climatique est un défi majeur de ce XXI^e siècle. Il interpelle nos sociétés, nos économies et nos modèles de développement. Il exige des réponses fortes, durables et crédibles, mais la gravité d'un problème ne justifie pas que l'on adopte n'importe quelle solution. C'est précisément là que résident nos réserves profondes et argumentées à l'égard de l'initiative en question ainsi qu'à son éventuel contre-projet fiscal, tel que cela a été discuté en commission. Ce fonds climatique est opaque et peu contrôlable. L'initiative vise donc la création de ce fonds destiné à financer des projets en faveur de la transition écologique. Si l'objectif est louable, les moyens le sont beaucoup moins. Ce fonds serait massif, financé par l'argent public, mais sans garantie suffisante en matière de gouvernance, de transparence, ou de contrôle démocratique. Comment seraient sélectionnés les projets ? Selon quels critères ? Avec quelles exigences de résultats ? Le risque est évident : une usine à subventions alimentée par les impôts des contribuables, mais incapable de démontrer une efficacité réelle. Le climat mérite mieux qu'un mécanisme mal défini et potentiellement capté par des intérêts sectoriels ou régionaux. Il est vrai qu'exécuter des travaux en Suisse est compliqué. On l'a vu et on le voit tous les jours, avec les délais nécessaires pour créer ne fût-ce que des éoliennes ou des centrales solaires ; cela prend des années. Ce fonds alimenté accélérerait-il les choses ? On en doute très sérieusement. Il n'y a qu'à voir cette troisième voie ferroviaire réclamée depuis longtemps entre Genève et Berne. L'horizon dont on parle aujourd'hui est 2060, d'après les CFF. On est donc loin de faire avancer les choses.

Un contre-projet éventuel a été discuté en commission. Indirect, fiscal et socialement injuste, ce contre-projet à l'initiative propose le levier classique : la taxation. Taxer les citoyennes et les citoyens encore une fois ? Encourager une baisse des émissions en taxant ? Non, c'est injuste, notamment d'un point de vue social, mais pas seulement. Ce seraient toujours les mêmes qui paieraient : les classes moyennes, les habitants des régions périphériques, les petites entreprises et les ménages aux revenus modestes qui n'ont pas les moyens de changer de véhicule ni de rénover leur logement, par exemple. Une fiscalité climatique mal calibrée devient vite purement punitive et nous ne voulons pas cela. Elle nourrit l'exaspération, le scepticisme, vis-à-vis





du principe même d'action écologique, et c'est la crédibilité de notre politique environnementale sur le plan national qui en pâtit. La Suisse fait déjà beaucoup : entre 2 et 3 milliards de francs par année servent à la transition écologique, et tout ce fonds se rajouterait sans garantie de pouvoir réaliser les travaux. Pas d'efficacité ni d'équilibre économique : ni l'initiative ni son contre-projet indirect éventuel ne répondent à l'exigence fondamentale qui doit guider toute politique publique, à savoir l'efficacité mesurable. Le risque est évident : celui d'une usine à subventions. Taxer n'est pas synonyme de changement. Subventionner sans stratégie n'est pas synonyme de progrès, de même que centraliser à outrance sans contrôle parlementaire. Rigueur n'est pas synonyme de cohérence. Pire encore, en augmentant la pression fiscale sur les entreprises, en particulier les plus fragiles, nous risquons de provoquer une fuite d'activité vers des pays moins exigeants, sans gains écologiques à l'échelle globale.

Une autre voie est possible. Nous ne devons pas tomber dans le piège d'une écologie punitive ou d'un étatisme climatique inefficace. Il existe d'autres voies plus justes, plus intelligentes et plus durables. Ce que notre pays doit construire, c'est une transition fondée sur l'innovation technologique, sur l'accompagnement des ménages, sur le soutien ciblé aux entreprises qui investissent dans des solutions propres et sur une fiscalité proportionnée, prévisible et socialement équilibrée. L'action climatique sur le plan national doit s'inscrire dans une logique de responsabilité partagée et non dans une logique d'opposition entre citoyens et État, entre économie et écologie. Nous ne remettons pas en question l'objectif : nous remettons en question les moyens proposés. Cette initiative, tout comme son contre-projet, n'est pas du tout à la hauteur des exigences économiques, sociales et démocratiques que commande une véritable politique climatique nationale.

C'est pourquoi je vous invite à rejeter à la fois l'initiative et un éventuel contre-projet indirect. Agissons pour le climat, oui, mais agissons avec sérieux, avec équité et avec une réelle efficacité. C'est à cette condition que nous gagnerons la confiance des citoyens et une adhésion durable à la clause climatique.

Suter Gabriela (S, AG): Darüber, dass die Klimaerwärmung eine der grössten Herausforderungen unserer Generation ist, sind wir uns, glaube ich, fast alle einig. Darüber hingegen, wie die Klimaerwärmung eingedämmt werden soll, welche Massnahmen wir ergreifen sollen, gehen die Meinungen in unserem Rat auseinander. Die einen sind zufrieden mit dem Erreichten und wollen weitermachen wie bisher, die anderen möchten weniger machen und alles dem Markt überlassen. Und die dritte Gruppe, zu dieser gehöre ich, sieht, dass unsere bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen, und unterstützt deshalb die Klimafonds-Initiative.

Die Initiative hat zum Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu stärken und so Wohlstand für alle zu schaffen und zu erhalten. Die Klimafonds-Initiative ist eine Investitionsinitiative. Das zentrale Instrument der Initiative ist die Schaffung eines Klimafonds, zu dem wir gestern schon viel gehört haben. Viele haben gesagt, es sei verantwortungslos, den kommenden Generationen einen Schuldenberg zu hinterlassen. Ich frage Sie: Ist es denn verantwortungsvoll, unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln die Lebensgrundlagen zu entziehen? Ist es verantwortungsvoll, ihnen die Folgen und Kosten der nicht bekämpften Klimaerwärmung zu hinterlassen? Ich finde: nein. Wir stehen in der Verantwortung, hier und jetzt Gegensteuer zu geben und wirksame Massnahmen zu ergreifen.

AB 2025 N 1206 / BO 2025 N 1206

Wieso sollten auch Befürworterinnen und Befürworter der Schuldenbremse für die Einrichtung eines Klimafonds sein? Ich gebe Ihnen gerne die Antwort, die anlässlich der Anhörungen in der UREK-N gegeben worden ist, notabene von einem starken Befürworter der Schuldenbremse und liberalen Ökonomen. Seine Argumentation war die folgende: Die Schuldenbremse dient dazu, zukünftige Generationen zu schützen und sicherzustellen, dass wir ihnen nicht eine unverhältnismässig hohe finanzielle Belastung aufbürden für Vorteile, die uns heute zustehen. Der Klimafonds hat genau den gleichen Zweck. Die Absichten und Ziele der Schuldenbremse und des Klimafonds stimmen vollkommen überein. Es sind die zukünftigen Generationen, die den Preis für unsere Untätigkeit zahlen werden.

Deshalb, sagt dieser Ökonom, können unter bestimmten Bedingungen Aufgaben von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Die Bedingungen sind:

1. Es handelt sich um Investitionen, die wir auf jeden Fall tätigen müssen.
2. Je später wir sie tätigen, desto höher sind die Kosten.
3. Diese Investitionen sind notwendig, wenn wir zukünftige Generationen schützen wollen, insbesondere wenn wir ihnen ein Wirtschafts- und Umweltkapital hinterlassen wollen, das es ihnen ermöglicht, genauso gut zu leben wie wir.

Einige von Ihnen haben gesagt, wir könnten das alles dem Markt überlassen, die Wirtschaft werde schon genügend tun. Aber damit die Marktwirtschaft funktioniert, muss es einen Markt geben. Wenn es keinen oder



nur einen ungenügenden Markt gibt, ist es Aufgabe der Gemeinschaft, des Staates, einzugreifen. Die Realität ist, dass es leider keinen Markt dafür gibt, die Rechte der künftigen Generationen zu schützen und ihr Recht sicherzustellen, ein ähnliches Wohlstandsniveau wie wir zu erreichen. Unter diesen Bedingungen kann die Privatwirtschaft nicht funktionieren. Sie hat keinen Mechanismus, um dieses Recht durchzusetzen. Es ist Aufgabe des Staates einzugreifen, um die Interessen künftiger Generationen zu wahren. Das sind die Aussagen dieses Ökonomen.

Einige von Ihnen haben behauptet, dass wir bereits genügend machen würden. Diese Aussage ist erwiesenermassen falsch, wir sind leider nicht auf Kurs. Unsere Emissionen gehen zwar zurück, aber viel zu langsam. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die jüngsten Massnahmen, die wir im revidierten CO₂-Gesetz beschlossen haben, diese Entwicklung beschleunigen würden. Im Gegenteil: Schauen Sie sich doch mal die Kurven an, beispielsweise im Bereich Verkehr.

Einige von Ihnen haben gesagt, dass es keine Wirkung habe, wenn die kleine Schweiz ihre Treibhausgasemissionen auf null bringe. Es ist aber nicht nur die kleine Schweiz, die sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet hat. Nein, fast alle Staaten der Erde anerkennen das Pariser Abkommen. Nun ist jede Vertragspartei verpflichtet, die Treibhausgasemissionen im Inland so zu reduzieren, dass wir möglichst das 1,5-Grad-Ziel einhalten können. Wir sind also nicht allein.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Klimafonds-Initiative zu unterstützen.

Imark Christian (V, SO): Frau Kollegin, es ist nicht so, dass es mich persönlich stört. Aber ist Ihnen bewusst, dass uns Ihre Seite jeweils zusammenstaucht, wenn wir aus dem Kommissionsprotokoll zitieren?

Suter Gabriela (S, AG): Nein, das war mir nicht bewusst.

Jost Marc (M-E, BE): Werter Herr Bundesrat Röstli, stellen Sie sich einmal Folgendes vor: Auf dem Pult Ihrer Kollegin, der Finanzministerin, liegt eine Rechnung über 38 Milliarden Schweizerfranken. Es ist die Rechnung für unsere Untätigkeit im Klimaschutz. Sie schreiben dazu ein PS: Liebe Karin, ich hatte es dir angekündigt. Gruss, Albert.

Diese Milliarden, die Sie in Ihrem Departement berechnet haben, fliessen nicht in die Innovation, in unsere Infrastruktur oder in die Bildung unserer Kinder. Sie fliessen in die Behebung von Schäden durch immer häufigere Extremwetterereignisse, in Massnahmen zur Anpassung an Hitzewellen oder in den Schutz vor abrutschenden Berghängen.

Wir können uns den Status quo schlicht nicht mehr leisten. Wir müssen jetzt handeln. Die Schweiz hat sich verpflichtet, bis 2050 netto null Treibhausgasemissionen zu erreichen. Das ist ein zentrales Versprechen nicht nur gegenüber unserer eigenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft, um die globale Erwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die Notwendigkeit ist angesichts der Extremwetterereignisse, der schmelzenden Gletscher und der steigenden Gesundheitskosten unbestritten.

Heute investieren Bund und Kantone jährlich rund 2 Milliarden Franken in Klimaschutz- und Energiemassnahmen. Diese Mittel sind unzureichend. Das sagt auch der Bundesrat selbst. Er sagt, für dieses Netto-null-Ziel seien mehr Investitionen nötig. Er legt aber den Fokus auf private Gelder.

Ich finde, wir müssen ehrlich sein. Ohne weitere Massnahmen werden wir dieses Minimalziel bis 2050 nicht erreichen. Wir steuern einfach an unserem Versprechen vorbei. Jetzt muss gehandelt werden, sonst ist es zu spät. Genau hier setzt die Klimafonds-Initiative an, und deshalb unterstützen die EVP-Vertreter sie.

Die Klimafonds-Initiative würde die bestehenden Mittel des Bundes mindestens verdoppeln und damit eine glaubwürdige Finanzierungsperspektive und Planungssicherheit schaffen, nicht nur für Kantone und Gemeinden, sondern auch für Unternehmen und Menschen, die Teil dieses Wandels sein wollen, aber oft aufgrund der Unsicherheit oder der fehlenden Finanzen scheitern. Studien zeigen, dass jeder in den Klimaschutz investierte Franken – und das ist der Unterschied zu der Rechnung, die ich am Anfang erwähnt habe – ein Mehrfaches an Wertschöpfung generiert und neue Arbeitsplätze schafft. Eine proaktive Klimapolitik ist somit auch eine Standortpolitik.

Ja, es stimmt, der Fonds wird ausschliesslich aus Bundesmitteln gespiesen. Der Bundesrat sagt, das widerspreche dem Verursacherprinzip. Aber ich frage zurück: Wer sind denn die Verursacher? Sind es nur die Konzerne oder ist es ein ganzes gesellschaftliches System, das wir gemeinsam verändern müssen? Zudem verhindert die Initiative in keiner Art und Weise eine verursachergerechte CO₂-Bepreisung. Aus meiner Sicht ergänzt sie diese, und zwar mit einer ganz wichtigen Botschaft: Wir stehen in dieser massiven Herausforderung zusammen.

Auch das Argument, dass öffentliche Gelder private Investitionen verdrängen könnten, greift aus meiner Sicht zu kurz. Denn heute investieren viele gar nicht, weil ihnen die Mittel fehlen oder die Planungssicherheit fehlt.



Die Klimafonds-Initiative ermöglicht, statt zu verdrängen. Sie schafft Vertrauen, Verlässlichkeit und insbesondere Tempo, und das sind genau die Bedingungen, die auch private Investitionen fördern.

Die Initiative sieht vor, die Mittel für den Klimafonds ausserhalb der Schuldenbremse zu sprechen; meine Vorrednerin ist schon darauf eingegangen. Hier hätte sich die EVP-Vertretung eine andere Herangehensweise gewünscht. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Minderheit Grossen Jürg, der eine verursachergerechte, periodisch steigende Abgabe ins Spiel bringt. Gleichzeitig ist für uns klar: So wichtig die Schuldenbremse ist, noch teurer, noch folgenschwerer wäre es, die Klimaziele zu verfehlen.

Aus all diesen Gründen sagt die EVP-Vertretung Ja zur Klimafonds-Initiative. Geben wir der Schweiz die notwendigen Mittel in die Hand, um unsere Klimaziele zu erreichen und eine nachhaltige Zukunft für uns alle zu sichern.

Widmer Céline (S, ZH): Die Lebensbedingungen der Menschen im globalen Norden haben sich in den letzten Jahrzehnten massiv verbessert. Doch das geschah nicht ohne Nebeneffekte. Unsere Umwelt, die Artenvielfalt und das Klima leiden extrem. Die Auswirkungen werden immer gravierender, immer extremer und auch immer sichtbarer – durch Hitzewellen, Überschwemmungen, Ernteausfälle und den Verlust ganzer Ökosysteme. Wir spüren das auch in der Schweiz ganz konkret. Da sind die schrecklichen Bergstürze, deren Zahl wegen des Klimawandels zunimmt, aber wir spüren es auch in den Städten, wo es in den Sommermonaten

AB 2025 N 1207 / BO 2025 N 1207

so heiss wird, dass Arbeiten und Erholung schwierig wird. In den Sommermonaten ist die Hitze gerade für ältere Personen immer mehr sogar lebensbedrohlich.

Es ist an der Zeit, dass wir für diese Entwicklungen Verantwortung übernehmen und sie nicht länger verdrängen. Der Klimawandel ist kein abstraktes Zukunftsproblem, sondern es ist die grösste Bedrohung unserer Lebensgrundlagen, auch hier in der Schweiz. Und je länger wir mit wirksamen Massnahmen zuwarten, desto teurer wird es ökologisch, wirtschaftlich und sozial. Wir müssen jetzt handeln, und zwar nicht mit halbherzigen Kompromissen, sondern mit echten Investitionen in unsere Zukunft. Genau dafür brauchen wir die Klimafonds-Initiative. Sie schafft die dringend nötigen finanziellen Grundlagen, um den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft entschlossen und gerecht voranzubringen, sei es mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit Gebäudesanierungen, mit dem Schutz der Biodiversität oder mit der Förderung erneuerbarer Energien.

So schützen wir nicht nur unser Klima, sondern fördern auch unsere Wirtschaft. Die Aufwertung der Infrastruktur kann dem regionalen Gewerbe das grösste Auftragsvolumen der letzten Jahrzehnte einbringen. So entstehen gute Arbeitsplätze in der ganzen Schweiz, und die lokale Wirtschaft wird gestärkt. Dabei geht es nicht nur um die globale Verantwortung, sondern ganz konkret auch um Verbesserungen vor Ort, zum Beispiel in Städten wie Zürich, wo die Hitzebelastung steigt, der Verkehrsraum umverteilt werden muss und sozial gerechte Klimamassnahmen besonders wichtig sind.

Wir stehen an einem Wendepunkt, und die Klimafonds-Initiative ist ein Instrument, das Weitsicht mit Gerechtigkeit verbindet. Bitte unterstützen Sie sie.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Blatten hat es dramatisch gezeigt. Vorher zeigte es sich in Gondo, im Tessin, in Brienz – ich könnte noch weitere Beispiele aufzählen. Der Klimawandel ist in der Schweiz angekommen. Andere Länder sind noch weit drastischer davon betroffen. Die Sahara hat sich massiv ausgeweitet, kein Leben ist dort für Menschen möglich. In Holland ist wegen der Erhöhung des Meeresspiegels schon viel Land weg. Sie kennen vielleicht den holländischen Humor, sie sagen bereits: Besuchen Sie Holland, solange es Holland noch gibt. In Indonesien sind Inseln weg bzw. unter Wasser. Naturkatastrophen werden sich leider häufen. Können wir das verantworten? Oder müssten wir nicht das tun, von dem wir wissen, dass wir es tun müssten, nämlich couragierte Massnahmen gegen eine weitere Klimaerwärmung, gegen den Verlust der Biodiversität ergreifen?

Es sind wir, wir Menschen, die leiden. Die Natur kann sagen: Mir ist es doch egal. Sie überlebt irgendwie. Das zeigt sich auch in Blatten: Es entsteht einfach eine neue Landschaft, vielleicht mit einem See. Dem Menschen aber wird die Lebensgrundlage entzogen, vielleicht stirbt er sogar.

Mit der Klimafonds-Initiative hätten wir eine gute Möglichkeit, um Mittel in Projekte zu investieren, beispielsweise in erneuerbare Energien oder in verbesserte Technologien, um Energie schon gar nicht zu verbrauchen bzw. weniger zu verschleudern, oder in den öffentlichen Verkehr, auch in den Regionen. Der Fonds wäre auch dafür da, den Umbau sozial verträglich zu gestalten, damit die Menschen vor diesem Umbau keine Angst haben müssen. Für die Arbeitnehmenden muss klar sein, dass ihre Existenzsicherung garantiert ist, wenn Jobs aus nicht gesundheitsverträglichen Arbeitsfeldern nicht mehr da sind, dass eine Weiterbildung ermöglicht wird,



wenn ihr Job neu ausgestaltet wird oder wegfällt, dass eine Existenzsicherung da sein wird, dass die Lebenshaltungskosten weiterhin tragbar sind. Es ist ja eigentlich absurd, dass biologisches Essen heute teurer ist als konventionelles Essen, dass es sich also nicht alle leisten können, nachhaltig gut zu leben – das muss doch für alle möglich sein. Hier müssen wir etwas ändern. Es muss billiger sein, nachhaltig zu leben, nachhaltig einzukaufen.

Wir müssen die Zeichen der Zeit erkennen und alles Mögliche tun, um weitere Katastrophen zu verhindern, um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen, alle Gletscher einfach schmelzen zu lassen und zu sagen: Ja, das hat es schon immer gegeben. Wir kennen nun die Folgen. Die Wissenschaft hat es deutlich bestätigt: Die Klimaerwärmung lässt beispielsweise die Gletscher schneller schmelzen, der Grund wackelt, und der Berg kommt runter. Und je wärmer es wird, desto mehr Bergstürze wird es geben; das ist beängstigend.

Aber das Erfreuliche ist, dass wir die Lösungen hätten – auch das ist wissenschaftlich bestätigt. Wir müssen nur endlich handeln. Deshalb Ja zu dieser Klimafonds-Initiative, damit unsere Kinder eine Zukunft haben und auch in den Bergen gesund und sicher sein können.

Golay Roger (V, GE): Une fois n'est pas coutume : l'argumentation résumée du Conseil fédéral, par rapport à cette initiative, me paraît claire et fondée. J'y souscris. En voici, pour mémoire, la teneur simplifiée.

Il est indéniable que des investissements supplémentaires sont nécessaires pour atteindre la neutralité climatique et développer les énergies renouvelables indigènes. L'approche adoptée actuellement, qui consiste en une combinaison de mesures d'encouragement ciblées, de prescriptions et d'instruments économiques, incite suffisamment à réduire les émissions de gaz à effet de serre. A contrario, le fonds climat tel qu'il est proposé présenterait plusieurs risques. Étant donné que le fonds visé par l'initiative serait alimenté uniquement par des contributions fédérales, il pourrait contrevenir au principe du pollueur-payeur inscrit dans le droit de l'environnement. De plus, recourir aux fonds publics dans les proportions demandées pourrait conduire à une utilisation inefficace, voire à un gaspillage des ressources financières, ou même faire concurrence aux investissements privés.

S'ajoutent deux raisons fondamentales pour rejeter cette initiative : premièrement, ses auteurs demandent que les dépenses en lien avec le climat ne soient pas soumises au frein à l'endettement. Ceci n'est tout simplement pas acceptable pour moi, car la plupart des mesures qui seraient pertinentes parmi celles visées par les auteurs de l'initiative doivent trouver leur financement dans le cadre ordinaire des dépenses de la Confédération, faire partie du train de vie des ménages et donc s'intégrer dans la vie ordinaire de ces ménages. Secondement, la Suisse est un État fédéral et il faut donc laisser aux cantons la haute main sur de très nombreuses mesures, ainsi que sur leur financement.

Que la Confédération ait un plan stratégique qui réunisse la Suisse et permette des discussions internationales, je le comprends. Que la Confédération se substitue aux cantons, qui ont des gouvernements, des parlements et des électeurs parfaitement avertis des enjeux climatiques, je ne l'accepte pas. Par ailleurs, actuellement, nous avons la lourde charge de trouver le financement de la 13e rente AVS et celui destiné à augmenter la capacité de défense de notre pays. Ne chargeons donc pas davantage la barque des finances publiques en créant un nouveau fonds pour le climat.

Pour les motifs évoqués, je vous invite à recommander le rejet de cette initiative.

Rosenwasser Anna (S, ZH): Wenn die Forderungen einer Bewegung zu unbequem sind, dann streitet man sich stattdessen lieber über die Protestform. Beim Klima passiert das andauernd. Wir diskutieren seit Jahren über Klimakleberinnen und Klimakleber – beim Smalltalk, in Parlamenten, sogar am Gericht und an jedem erdenklichen Familienfest. Wenn wir über die Protestformen statt über das Problem diskutieren, profitiert der Status quo. Es ist Zeit, dass wir wieder über die Forderungen und Lösungen reden.

Im Fall des Klimas sind es milliarden schwere Ölkonzerne, die davon profitieren, dass wir möglichst langsam vorgehen. Alle anderen verlieren – übrigens auch wir hier drin, die wir zu den privilegiertesten Menschen in diesem Land und auf dieser Welt gehören. Die Klimakrise trifft uns alle, wenn auch unterschiedlich früh und unterschiedlich schwer. Die verletzlichsten Personengruppen sind am frühesten und stärksten betroffen. Auch deshalb ist es wichtig, nicht nur das Minimum gegen die Klimakrise zu unternehmen, sondern das Maximum. Die Klimafonds-Initiative bietet eine sinnvolle Lösung für ein wahnsinnig komplexes Problem. Sie ist sehr viel

AB 2025 N 1208 / BO 2025 N 1208

unaufgeregter und unemotionaler als das, worüber wir die vergangenen Jahre am Familientisch streiten mussten. Die Klimafonds-Initiative ist in meinen Augen so vernünftig, dass sie fast etwas langweilig ist. Sie fordert, dass wir einen Klimafonds anlegen, um öffentliche Investitionen zu ermöglichen. Es ist Geld, mit dem wir



Gebäude isolieren, fossilfreie Heizungen einbauen, eine Solaroffensive starten könnten, also dort investieren könnten, wo es nachweislich langfristig am sinnvollsten ist. Diese Investitionen kosten Geld, eine Menge an Geld, die wirkt, als wäre es viel, bis wir uns klarmachen, was es uns kostet, wenn wir nichts unternehmen. Der Bericht zur langfristigen Klimastrategie der Schweiz sagt: Die Konsequenzen einer ungebremsen globalen Erwärmung kosten die Schweiz bis 2050 ungefähr 4 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts. Das heisst, wenn wir nichts tun, kostet uns das jährlich 38 Milliarden Franken.

Die Klimafonds-Initiative ist das Gegenteil von Nichtstun. Sie anerkennt, dass nur hohe öffentliche Investitionen das Schlimmste abwenden können. Wenn wir nicht konsequent gegen die Klimakrise vorgehen, sind unsere Finanzen, unsere Landwirtschaft, unser Hab und Gut mit höchster, gut belegter Wahrscheinlichkeit gefährdet. Selbst wenn Sie Ihr Heu auf einer anderen Bühne haben als ich meines, unser Heu brennt. Wir müssen massive öffentliche Investitionen für den Klimaschutz sprechen, egal ob uns das Wohlergehen von allen oder nur das Wohlergehen von wenigen am Herzen liegt. Ich garantiere Ihnen, die Klimafonds-Initiative ist auch in Ihrem Interesse.

Ich bitte Sie deshalb, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Wettstein Felix (G, SO): Vorweg meine Interessenbindung: Ich bin Mitglied des Initiativkomitees.

Ich beginne mit der Frage, was der Fokus dieser Initiative ist und was sie von Initiativen und Gesetzesvorhaben unterscheidet, die wir in den letzten Jahren diskutiert haben oder zum Teil noch debattieren. Es handelt sich in erster Linie um eine finanzpolitische Vorlage. So gesehen, Herr Bundesrat Röstli, müsste eigentlich Ihre Kollegin Karin Keller-Sutter hier sitzen.

Die Initiative gibt Antwort auf eine doppelte Frage. Erstens: Wie viele Finanzmittel benötigen wir zur Erreichung der Klimaziele, die wir bereits beschlossen haben, mehrfach, auch mit Volksabstimmungen? Zweitens: Was ist dafür das geeignete finanzpolitische Instrument? Das Entscheidende ist der Begriff "Fonds". Ein Fonds ist das beste und das geeignetste finanzpolitische Instrument zur Realisierung der grossen Investitionen, die unser Land tätigen muss, um die bereits beschlossenen Ziele zu erreichen: einerseits den Ersatz der fossilen Energien – Ziel netto null –, andererseits die Bewältigung der Folgen der unabwendbaren Klimaerwärmung, wozu auch die Verbesserung der Biodiversität gehört. Ohne zusätzliche Finanzmittel werden wir die gesetzten Ziele verfehlen.

Warum ist ein Fonds das richtige Instrument? Weil es sich in erster Linie um Geldbedarf für Investitionen handelt, teilweise für aufwendige Investitionen. Sie zu realisieren, erstreckt sich oft über mehrere Jahre. Darum stösst die übliche Steuerung über Jahresbudget und Jahresrechnungen an ihre Grenzen. Die Regelmässigkeit und strategische Planbarkeit erreichen wir mit Einlagen in den Fonds. Über diese Einlagen wird das Parlament Jahr für Jahr im Rahmen des Voranschlags entscheiden können, und das ist richtig so. Wir kennen das von den beiden bestehenden grossen Infrastrukturfonds, dem BIF und dem NAF: Seit die Schweiz diese Instrumente hat, ist die mittelfristige Planung und Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen viel klarer und stetiger. Das schaffen wir auch bei den Klimamassnahmen, wenn wir wollen.

Zurzeit betragen die Klimaschadenskosten, welche der Schweizer Konsum verursacht, über 40 Milliarden Franken pro Jahr. Diese Zahl leitet sich aus dem Ansatz von 430 Franken pro Tonne CO₂ ab, den das Bundesamt für Raumentwicklung als Mindestschädigung errechnet hat. Ein bedeutender Teil dieser Kosten fällt nicht in unserem Land, sondern in den Produktionsländern von importierten Produkten an. Erst recht müssen wir handeln, um das Netto-null-Ziel zu erreichen. Eine Einlage von 4 bis 8 Milliarden Franken pro Jahr ist also keineswegs extrem. Sie rechnet sich volkswirtschaftlich, da wir ein Mehrfaches an Bewältigungskosten vermeiden.

Zur Speisung des Klimafonds müssen wir nicht nur an allgemeine Steuermittel denken, ganz im Gegenteil. Die Schweiz ist immer noch weit davon entfernt, alle Treibhausgase zu bepreisen, und zwar genügend hoch, in der Höhe der Klimaschadenskosten, die sie verursachen. Ich erinnere daran, dass wir auf Treibstoffen, im Unterschied zu den Brennstoffen, immer noch keine CO₂-Abgabe haben, auch nicht auf dem Kerosin für den steil wachsenden Flugverkehr. Das sind weitere Quellen für die Speisung des Fonds.

Ein Wort noch zum Thema Schuldenbremse: Die Einlagen in den Klimafonds sollen nicht der Schuldenbremse unterstellt sein, was jetzt verschiedentlich kritisiert wurde. Diese Ausnahme ist jedoch folgerichtig. Die Mittel aus dem Klimafonds dienen Investitionen, von denen wir über Jahre oder Jahrzehnte profitieren. Sie verhindern, wie erwähnt, ein Mehrfaches an Folgekosten. Das ist auch der Unterschied zu den Verkehrsinfrastrukturfonds: Dort bewirken die sinnvollen und erwünschten Investitionen und Ausbauten immer auch zusätzliche laufende Kosten. Ausserdem ist der Klimafonds begrenzt: Wenn wir die nationalen und internationalen Klimaziele erreicht haben, können wir die Einlagen reduzieren, auch das steht in den Übergangsbestimmungen. Beides zusammen rechtfertigt die Ausnahme von der Schuldenbremsenregel, denn zurück bleibt keine Schuld, sondern ein Vielfaches an Gewinn für die Umwelt, die Biodiversität, die Gesundheit, die Lebensqualität.



Bühler Manfred (V, BE): Geschätzter Herr Kollege, Sie bemängeln, dass in der Schweiz noch keine CO₂-Abgabe auf Treibstoffe erhoben wird. Mögen Sie sich daran erinnern, dass die Schweizer Bevölkerung am 13. Juni 2021, vor kaum vier Jahren, mit dem CO₂-Gesetz eine solche Abgabe deutlich verworfen hat? Wo bleibt Ihr Demokratieverständnis?

Wettstein Felix (G, SO): Ich wünschte mir, dass Ihre Partei jedes Mal das Demokratieverständnis bemühen würde, wenn sie mit einer Aufgabe nicht einverstanden ist. Das ist das eine. Das andere ist, Sie sprechen eine Gesetzesrevision an, jene des CO₂-Gesetzes, die tatsächlich sehr viele Massnahmen enthielt, unter anderem diese. Der Widerstand entzündete sich damals an anderen Themen. Die Niederlage in der Volksabstimmung mit etwa 51 Prozent Nein-Stimmen war vor allem dem Mix der Abstimmungen an diesem Tag geschuldet, der es einfach machte, fünfmal Nein zu sagen, ohne darüber nachzudenken, wogegen man mit Nein stimmt.

Vietze Kris (RL, TG): Ich möchte zuerst ein paar Zahlen einordnen. Die Schweiz ist verantwortlich für 0,1 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses. Mit unseren 33 Megatonnen liegen wir eine Megatonne unter Trinidad und Tobago und gleichauf mit Tunesien. Rumänien stösst doppelt so viel CO₂ aus wie wir, und ja, China liegt bei 12 000 Megatonnen – ein Faktor von 363 im Vergleich zur Schweiz.

Die Schweiz wird mit grosser Wahrscheinlichkeit den Klimawandel nicht im Alleingang stoppen. Schon heute engagieren wir uns enorm, um unser selbst gesetztes Ziel von netto null bis 2050 zu erreichen. Bereits heute stellen Bund und Kantone zugunsten von Klima und Biodiversität Gelder im Umfang von jährlich über 3 Milliarden Franken zur Verfügung. Unsere Gesellschaft und Wirtschaft investieren noch viel mehr, und zwar nicht nur, was finanzielle Mittel anbelangt, sondern auch, was das Verhalten betrifft. Wir sind vorbildlich, müsste man meinen, und man müsste meinen, dass das reicht – und eigentlich tut es das auch. Deswegen frage ich mich: Wozu diese Initiative?

Ich glaube, die Initiative verfolgt unabhängig vom Klima zwei andere Ziele.

Erstens, und hier zeigt sich die politische Heimat der Initianten, soll die Verantwortung von den Menschen und den Firmen auf den Staat verschoben werden. Dieser soll dann, ausgestattet mit Unsummen, fördern, dass sich die Balken biegen. Zu Recht weist der Bundesrat in seinem Bericht

AB 2025 N 1209 / BO 2025 N 1209

darauf hin, dass das zu beträchtlichen Mitnahmeeffekten und unwirksamen und unwirtschaftlichen Investitionen führen würde. Aber wahrscheinlich ist genau das das Ziel. Dann kann endlich sauber plangewirtschaftet werden – ein wahres sozialistisches Klimafondsparadies, jährlich mit Milliarden ausgestattet.

Zweitens ist das Ziel auch das Aushebeln der Schuldenbremse. Auch hier zeigt sich die politische Heimat der Initianten. Das sozialistische Klimafondsparadies soll entweder über Schulden oder über höhere Steuern und Abgaben finanziert werden. Wir können also zwischen Pest und Cholera wählen. Immerhin geht es um 4 bis 8 Milliarden Franken jährlich. Würde die Schuldenbremse ausgehebelt, so wäre ein Präzedenzfall geschaffen, der ganz im Sinne der Initianten wäre.

Sie sehen: Hier sollen wieder einmal unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes ideologische Ziele erreicht werden. Es geht weniger darum, eine sozial gerechte Klima- und Energiepolitik zu machen, als eine sozialistische. Aus guten Gründen sollten wir diesem Vorhaben einen Riegel schieben.

Chollet Clarence (G, NE): Nous débattons aujourd'hui d'une initiative essentielle pour l'avenir de notre pays, pour notre jeunesse et pour la planète. L'initiative "pour un fonds climat" vise à doter la Suisse des moyens nécessaires pour enfin respecter ses engagements en matière de politique climatique et s'adapter aux nouvelles réalités climatiques. Le dérèglement climatique n'est plus une menace abstraite. Il est là, visible, mesurable et parfois violent. Il frappe nos forêts avec des sécheresses extrêmes, accélère la fonte de nos glaciers, il provoque des épisodes météorologiques extrêmes et accélère le rythme des catastrophes naturelles. Il met déjà en péril notre biodiversité, notre agriculture, notre santé et nos infrastructures. Une chose est certaine : si nous continuons de refuser d'agir, le coût de l'inaction sera bien plus important que celui de l'action.

Le Conseil fédéral lui-même annonce dans son rapport "Stratégie climatique à long terme de la Suisse" que les coûts liés aux dommages climatiques pourraient atteindre 4 pour cent du PIB du pays par an d'ici 2050. Cela représente des dizaines de milliards de francs, année après année, si nous n'agissons pas. À l'inverse, le coût estimé des mesures nécessaires pour respecter l'accord de Paris est largement inférieur à celui des dégâts évités. Agir, ce n'est pas une dépense : c'est un investissement. Concrètement, l'initiative "pour un fonds climat" vise à allouer entre 0,5 et 1 pour cent du PIB pour agir dans de nombreux domaines.

J'aimerais m'arrêter sur celui de l'énergie ; domaine où la Suisse est particulièrement en retard. En 2022, seuls 8 pour cent de notre consommation finale d'énergie provenait des nouvelles énergies renouvelables, alors que



la moyenne de l'Union européenne dépasse les 20 pour cent. Le fonds climat permettrait de renverser cette tendance peu flatteuse en soutenant deux axes majeurs de la transition. D'abord, l'efficacité énergétique : cela signifie mieux isoler nos bâtiments et réduire le gaspillage d'énergie, soit réduire notre consommation sans perdre en qualité. Le potentiel est énorme, avec 30 pour cent de réduction de notre consommation d'énergie selon la stratégie énergétique 2050. L'énergie qui n'est pas consommée ne coûte rien, mais la Confédération doit investir pour informer la population sur cette thématique, subventionner les projets et soutenir le déploiement des nouvelles technologies dites intelligentes.

Ensuite, le développement des énergies renouvelables : il s'agit de produire localement, proprement, grâce au solaire, à l'éolien, à la géothermie et à la biomasse. Toutes ces énergies peinent à atteindre leur potentiel maximum, ou même à émerger. On a installé 8 gigawatts de solaire, mais il en faudrait 50, et on a largement le potentiel d'y arriver. L'éolien, lui, représente à peine 0,3 pour cent de notre production électrique, alors que la Confédération vise 7 pour cent du mix électrique d'ici 2050. C'est une occasion de créer de l'emploi dans toute la Suisse, de renforcer notre autonomie énergétique et de sortir progressivement de notre dépendance aux énergies fossiles. Ce n'est pas un luxe, c'est une nécessité.

Pour atteindre nos objectifs, il nous manque aujourd'hui les moyens, les impulsions fortes, les financements à la hauteur de l'urgence. Le fonds climat vient combler cette lacune. Il offre aussi une chance économique, celle de soutenir l'innovation, de renforcer les PME suisses dans les domaines clés de l'énergie et de la construction, de créer des emplois durables. Et c'est une mesure de justice sociale et générationnelle : nous devons garantir aux jeunes, d'aujourd'hui et de demain, le droit fondamental à un climat sain.

Ce que coûte l'action est clair, mais ce que coûte l'inaction l'est plus encore. Ne rien faire ou continuer à agir au compte-gouttes, c'est accepter des catastrophes plus fréquentes, des coûts humains et matériels plus lourds et un avenir plus incertain. Aujourd'hui, nous avons la possibilité de changer cela. Ne ratons pas cette opportunité ! Soutenons cette initiative, donnons à la Suisse les moyens d'agir et assumons enfin nos responsabilités.

Storni Bruno (S, TI): Il recente disastroso scoscendimento della montagna al quale abbiamo potuto assistere praticamente in tempo reale, e che ha spinto a valle anche il ghiacciaio, seppellendo il villaggio di Blatten sotto i detriti della montagna, causando una vittima e danni per oltre 300 milioni di franchi, è stato classificato qui in Aula come ricorrente ogni 300 anni. Ma è capitato solo un anno dopo un evento simile, per volume di materiale, che ha visto staccarsi una frana dal Piz Scerscen in Val Roseg, Engadina, in una zona non abitata, ed è stato presto dimenticato.

Secondo il glaciologo Wilfried Haeberli, in alta montagna, crolli da milioni di metri cubi, tra il 1900 e il 1980 ne sono stati contati quattro, quindi uno ogni vent'anni. Tra il 1980 e il 2000 se ne sono contati altri quattro, cioè uno ogni cinque anni. Dal 2000 ce ne sono già stati otto, quindi in media uno ogni tre anni. Negli ultimi due anni uno nel Lötschental e un altro in Val Roseg, sono uno all'anno. Il calcolo è semplice, la frequenza è cresciuta di dieci volte nell'arco di cinquant'anni.

Cinquant'anni è l'età media di chi siede in questo Parlamento, un lasso di tempo che ha visto accelerare fortemente i tracolli delle nostre montagne, in parallelo alle sempre più frequenti condizioni meteo anomale, con piogge estreme, come quella di 250 millimetri in sei ore caduta la sera del 29 giugno 2024 in Alta Vallemaggia, che ha fatto ben otto vittime. Cinquant'anni è un lasso di tempo molto breve a confronto delle ere geologiche che sono state necessarie alla formazione delle Alpi, iniziata 130 milioni di anni fa.

Dal termine dell'ultima glaciazione, 12 000 anni fa, sicuramente qualche scoscendimento è avvenuto. La frequenza è quella che conosciamo, ma adesso, nello spazio di cinquant'anni, o due generazioni, abbiamo un'accelerazione che segue l'aumento della CO₂ nell'atmosfera e l'aumento della temperatura media globale; e negli ultimi venticinque anni abbiamo assistito al dimezzamento del permafrost, il cemento che da centinaia di migliaia di anni consolida le nostre montagne. Siamo nel pieno di un'enorme accelerazione dei cambiamenti climatici e conseguenti eventi estremi che potrebbero farsi ancor più estremi. Sappiamo che più sale la temperatura, più il ciclo dell'acqua si fa violento.

L'evoluzione nei prossimi decenni è destinata al rialzo. Di quanto, è difficile a dirsi. Dall'inizio dell'era industriale, in particolare dalla metà del secolo scorso, abbiamo immesso nell'atmosfera 2600 miliardi di tonnellate di CO₂. Sebbene dalla Conferenza di Rio nel 1992 la comunità mondiale si sia accordata per ridurre le emissioni ogni anno, abbiamo comunque prodotto altri 30 miliardi di tonnellate di CO₂. Abbiamo raggiunto il valore più alto di CO₂ nell'atmosfera da 14 milioni di anni; un danno enorme, una pesante ipoteca che altererà le condizioni di vita per diverse generazioni, sempre ammesso che non si superi il punto di non ritorno. Un immenso debito che lasciamo alle prossime generazioni. Un disastro che dobbiamo cercare di ridurre, defossilizzando il più presto e velocemente possibile. E questo, lo facciamo investendo massicciamente nell'energia rinnovabile, nel risanamento termico degli edifici e dell'industria, nella mobilità sostenibile, e nella biodiversità.



Concretamente, l'iniziativa propone la creazione di un fondo di investimento che garantisca un finanziamento e

AB 2025 N 1210 / BO 2025 N 1210

un'attuazione socialmente equi delle misure di protezione del clima e di sicurezza dell'approvvigionamento. Quanto fatto finora non basta. I mezzi finanziari messi in campo sono insufficienti, e non hanno garanzia di continuità. Lo dimostrano le misure di alleggerimento che il Consiglio federale propone e che prevedono tagli alla politica ambientale, relativi in particolare all'abbandono del finanziamento del programma Edifici.

I fondi infrastrutturali per le ferrovie, il traffico d'agglomerato e le strade nazionali hanno dimostrato che la pianificazione e la realizzazione delle infrastrutture si protraggono su diversi anni, e che un finanziamento nell'ambito dei bilanci annuali non è opportuno. Vi chiedo quindi di sostenere l'iniziativa "per una politica energetica e climatica equa".

Vontobel Erich (V, ZH): Wir Schweizerinnen und Schweizer sind zu Recht stolz auf einen Staatshaushalt, der mit Augenmass geführt wird. Die Klimafonds-Initiative verlangt nun, dass der Bund jedes Jahr 0,5 bis 1 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes, also all dessen, was wir gemeinsam in einem Jahr erwirtschaften, in einen neuen Sondertopf einzahlt. Das entspricht heute 4 bis 8 Milliarden Franken pro Jahr, 2030 bereits bis zu 9,5 Milliarden Franken. Das Geld soll ausserhalb der Schuldenbremse fliessen, so, als würde man bei einem Lastwagen talwärts die Bremsen aushängen.

Der Bundesrat zeigt klar auf: Der Fonds bläht das Bundesbudget um 5 bis 10 Prozent auf. Langfristig ist das nur mit höheren Steuern oder neuen Schulden zu bezahlen. Jeder fünfte Steuerfranken wäre dann fix für einen einzigen Topf reserviert. Andere Aufgaben wie AHV, Landesverteidigung oder Bildung müssten kürzertreten. Bereits heute investieren wir über 2 Milliarden Franken pro Jahr in Klima-, Energie- und Biodiversitätsprogramme. Dazu kommen marktnahe Instrumente wie die CO₂-Abgabe und der Handel mit Verschmutzungsrechten, auch Emissionshandel genannt; dort zahlt der Verursacher direkt für seinen Ausstoss. Die Initiative kehrt dieses Prinzip um. Am Ende müssen wir alle mit unseren Steuergeldern geradestehen.

Auch unsere Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie empfiehlt die Initiative mit 15 zu 8 Stimmen klar zur Ablehnung. Sie warnt davor, dass wir uns verschulden und dass Firmen staatliches Geld abholen würden, obwohl sie viele dieser Investitionen ohnehin geplant hatten. Das hat zur Folge, dass Unternehmen ihr eigenes Geld zurückhalten und stattdessen unsere Steuergelder einsetzen. Analysen sprechen von einem Umverteilungsprojekt. Besonders Menschen mit normalen Einkommen zahlen drauf, denn bevor der Staat Zuschüsse verteilen kann, muss er ihnen das Geld zuerst über Steuern abnehmen. Wo Milliarden locken, wachsen Bürokratien und Lobbynetzwerke, nicht die Effizienz.

Die Vorlage ist auch demokratiepolitisch heikel. Später genügt eine Verordnung, um den Fonds aufzustocken oder umzuschichten. Das Parlament gäbe einen Teil seiner Budgethoheit aus der Hand. Damit würde ein Parallelbudget geschaffen, das kaum kontrolliert werden kann.

Ein Wort zu den Kindern und Enkeln, die man uns gern als moralischen Hebel präsentiert: Genau diese Generation, wie sie heute auch auf der Tribüne vertreten ist, müsste die Schulden von morgen zurückbezahlen. Das sogenannte Emissionsvolumen, also die Summe frisch ausgegebener Bundesanleihen, würde sprunghaft steigen und höhere Zinskosten fressen – Mittel, die wir besser in die Forschung oder Pflege stecken.

Klimaschutz braucht kluge Regeln und Anreize, keine Giesskanne. Wer eine Wärmepumpe oder Solarzellen installiert, soll von tieferen Betriebskosten profitieren, nicht von Subventionen, die die eigenen Steuern erhöhen. Unser bewährter Mix aus Lenkungsabgaben, gezielter Förderung und Innovation wirkt. Lassen wir ihn arbeiten, statt alles mit einem Schuldenmonster zu überfrachten.

Darum bitte ich Sie im Namen eines haushälterischen, freiheitlichen und zukunftsorientierten Landes: Sagen wir Nein zur Klimafonds-Initiative.

Tuosto Brenda (S, VD): Nous débattons aujourd'hui d'un sujet brûlant, le réchauffement climatique. En Suisse, les glaciers fondent deux fois plus vite que dans le reste du monde, le pergélisol se délite, les montagnes se dérobent, et les événements s'enchaînent comme dans un mauvais film catastrophe, avec des éboulements rocheux, des glissements de terrain, des avalanches, des crues éclair, des chutes majeures d'arbres, parfois d'arbres centenaires même, la multiplication des îlots de chaleur dans nos villes et des dégâts pour le tourisme hivernal et pour l'économie alpine – sans parler des écosystèmes fragilisés et, plus loin, de l'élévation du niveau de la mer. À ce rythme, Venise finira sous l'eau pendant que nous continuerons à débattre de prudence budgétaire.

Face à l'urgence, face à l'ampleur de ces défis, le statu quo n'est plus une option. Nous devons accélérer nos politiques climatiques, car l'urgence ne nous attend pas. Ne faisons pas comme la cigale de la fable qui



chantait tout l'été, sans se préoccuper de l'importance de travailler avec rigueur tout l'hiver, ou comme dans la chanson de Mina et Alberto Lupo, "Parole parole". L'heure est à l'action. Ce que montre la longue liste de catastrophes naturelles à laquelle sont confrontées les communes, ce n'est plus une exception, cela devient la norme. Ne cédon pas aux discours que l'on entend parfois – "le climat a toujours varié, la Suisse est trop petite pour qu'on puisse vraiment changer les choses" ou encore "avec les températures de l'Italie, on s'y fera bien". Disons-le clairement, ce sont des excuses pour ne rien faire. Oui, le climat a varié, mais il change très rapidement et l'intensité des événements n'a jamais causé autant de dégâts. Depuis 2021, ma commune a, par exemple, dû absorber dans son budget plus de 1,6 million de francs pour gérer des événements climatiques extrêmes. En 2021, nous avons été frappés par des inondations fortes liées à la fonte des neiges dans le Jura et les Alpes bernoises. En 2023, la bise noire a ravagé le parc arboricole, causant des dégâts énormes. En 2024, un glissement de terrain consécutif à de fortes pluies a coûté près de 400 000 francs à la commune. Et en 2025, Neuchâtel et Yverdon ont été frappées par de forts vents.

Évidemment, ce fonds climat ne va pas arrêter à lui seul la fonte des glaciers – le phénomène est amorcé depuis l'ère industrielle –, mais ce n'est pas une raison pour ne rien faire. Ce fonds a pour but de limiter l'ampleur des dégâts, de prévenir les effets les plus graves, de préparer notre société à s'adapter, d'avoir une responsabilité internationale sur cette thématique. La Suisse est un pays riche et a des moyens technologiques qu'elle doit mettre en avant. Or, ce que nous propose le Conseil fédéral – le rejet pur et simple de cette initiative sans même un contre-projet ou une proposition –, ce refus de débattre, est incompréhensible.

Certes, cela préoccupe peut-être moins ou peu la majorité des élus de ce Parlement, dont l'espérance de vie restante est sans doute déjà plus courte que la moitié de la mienne, mais, moi, cela m'importe et cela importe aussi aux générations suivantes. Certes, la Confédération consacre presque 2 milliards de francs par année à ces besoins, mais, selon une étude de l'ARE, les coûts externes du trafic routier s'élèvent à plus de 19 milliards de francs par année. Cela n'est pas du tout intégré. Comment alors répondre aux objectifs de neutralité carbone d'ici à 2050 ? Les chiffres sont clairs : selon une étude, il faudrait presque 13 milliards de francs par année. Le fonds climat prévoit de verser entre 0,5 et 1 pour cent du PIB, soit entre 3,9 et 7,8 milliards de francs par année ; un effort nécessaire.

Un fonds climat alimenté durablement est un levier puissant pour accélérer cette transition. C'est le signal clair qu'attendent les cantons, les communes, les entreprises, les citoyennes et les citoyens. Ce fonds ne remplace pas le principe du pollueur-payeur : il donne juste les moyens d'agir et la légitimité de le faire. Face à l'urgence climatique, nous avons le devoir de faire preuve de courage politique. Recommander le rejet de cette initiative sans débat et sans alternative serait tourner le dos à nos responsabilités. Je me permets donc de conclure avec une réplique d'un film bien connu : "Tout ce que nous avons à décider, c'est ce que nous allons faire du temps qui nous est imparti." Ce temps pour le climat, c'est maintenant.

Je vous invite à soutenir cette initiative.

AB 2025 N 1211 / BO 2025 N 1211

Bühler Manfred (V, BE): Chère collègue, comme votre collègue neuchâteloise hier, vous avez introduit l'événement orageux survenu sur les trois lacs dimanche dernier dans votre narratif climatiste. Or, Météo Suisse a dit très clairement qu'il s'agissait d'un orage qui n'était pas du tout hors norme ou particulier. Pourquoi induisez-vous le public en erreur de telle manière ?

Tuosto Brenda (S, VD): Il existe quand même, cher collègue – et merci pour la question –, la preuve d'une corrélation directe entre l'intensité des événements climatiques extrêmes de ces dernières années et le réchauffement climatique qui, avec la fonte des glaciers ou des neiges sur le Jura ou les Alpes bernoises, a un impact direct sur nos communes. Ce sont des événements liés au réchauffement climatique, ou au dérèglement climatique, et que nous devons prendre en considération. S'il existe bien un cycle naturel d'augmentation des températures, il y a toutefois une intensité que nous devons prendre en considération aujourd'hui. Ces forts vents, les fortes crues ou encore les glissements de terrain sont liés au dérèglement climatique, qui est une conséquence directe de notre activité humaine.

Kälin Irène (G, AG): Wer in den letzten fünf Stunden dieser Debatte mitgezählt hat, hat das Wort Schuldenbremse wohl ebenso oft gehört wie das Wort Klimafonds. Wer die Schuldenbremse nicht als heilige Kuh oder die Seele unserer Finanzpolitik betrachtet, wird in diesem Saal in regelmässigen Abständen daran erinnert, dass es doch nicht gehe, dass wir unseren Kindern einen Schuldenberg hinterlassen. Damit haben die Verfechter und Verfechterinnen der Schuldenbremse durchaus nicht unrecht. Aber für den heutigen Kontext dieser Debatte um einen Klimafonds viel wichtiger ist, dass wir die Generationengerechtigkeit ernst nehmen



und politisch die Weichenstellungen vornehmen, die unseren Kindern eine möglichst gute Zukunft sichern. Denn unsere Kinder sind unsere Zukunft. Wer einfach immer Nein sagt, sei es wegen des Fonds, sei es wegen der Schuldenbremse oder aus noch faktenfreieren Gründen wie dem, dass wir bereits genügend täten, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, der erkennt diese Bedeutung dieser Zukunft und stellt sich ihr in den Weg. Im Sinne unserer Kinder ist es richtig, dass wir Mechanismen haben, die uns keine übermässigen Schuldenberge anhäufen lassen. Aber in ihrem Sinne ist es ebenso wichtig, dass wir die grössten Gefahren und Herausforderungen unserer Zeit ernst nehmen und sie weder auf die lange Bank – das wäre dann die Bank unserer Kinder – schieben noch durch unser Nichthandeln Folgeschäden in Kauf nehmen, die dann unsere Kinder teuer bezahlen müssen.

Ich bin vor vielen Jahren in die Politik gegangen, weil ich Ungerechtigkeiten nicht einfach hinnehmen wollte und will. Der Klimawandel ist das Resultat und gleichzeitig auch die Ursache von grossen Ungerechtigkeiten. Und wenn wir ihm nicht Einhalt gebieten, dann wird er zur grössten Ungerechtigkeit unserer Zeit, weil er jene Regionen der Erde schon heute mehr betrifft, die weniger dazu beitragen, und weil er den Menschen wortwörtlich das Wasser unter den Füßen abgräbt und sie hungern lässt oder in die Flucht zwingt. Er bringt Gletscher zum Schmelzen und Berge zum Bröckeln und beraubt damit Menschen ihrer Heimat, und er lässt unsere bunte und vielfältige Natur immer eintöniger und dürre werden. Er bringt den einen Flut und Regen in Strömen, den anderen Dürre, Hitze und Waldbrände. Er ist damit die Bedrohung an sich – für das Leben unserer Kinder und Enkelkinder.

Das alles adressiert die vorliegende Initiative. Sie will mit einem Fonds dazu beitragen, die gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Damit ist sie eines von vielen Instrumenten, um der grössten Krise unserer Zeit entgegenzutreten und die negativen Folgen und deren Folgekosten zu dämpfen. Deshalb: Ja, es ist richtig, darauf zu achten, dass wir unseren Kindern keinen übermässigen Schuldenberg hinterlassen, wovon wir in der Schweiz zum Glück weit entfernt sind. Noch viel wichtiger im Sinne der Generationengerechtigkeit und für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen ist es aber, den Krisen unserer Zeit mit den geeigneten Mitteln entgegenzutreten und die entstehenden Probleme zu lösen. Denn von wenig Schulden alleine können unsere Kinder nicht leben, zumal die Folgekosten der Klimakrise um ein Vielfaches grösser sein werden als die Investitionen, die wir heute tätigen.

Die Klimafonds-Initiative sieht vor, dass wir jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts in den ökologischen Umbau der Schweiz investieren. Das sind zwischen 3,5 und 7 Milliarden Franken jährlich. Ja, das ist viel Geld. Aber das ist bitter nötig, damit wir schnell die nötigen Veränderungen erzielen, um den Klimawandel und seine Folgen zu bewältigen. Damit nehmen wir nicht nur den Klimawandel und seine Folgen für uns Menschen und unseren Planeten finanzpolitisch ernst, sondern schaffen ein Stück Generationengerechtigkeit.

Nehmen wir heute unsere Verantwortung wahr, sagen wir Ja zum Klimafonds und sagen wir Ja zur Zukunft unserer Kinder.

Rösti Albert, Bundesrat: Die Klimafonds-Initiative wurde am 22. Februar 2024 eingereicht. Der Bundesrat empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Ich werde Ihnen gerne die Gründe dazu erläutern.

Ich danke für die spannende Debatte über den Klimaschutz. Ich glaube, es wurde von niemandem bestritten, dass sich das Klima verändert und wir uns entsprechend darauf ausrichten müssen, einerseits mit Schutz- oder Bekämpfungsmassnahmen, andererseits mit Anpassungsmassnahmen.

Die Initiative fordert, dass der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts in einen Klimafonds einzahlt. Das wären derzeit zwischen 3,9 und 7,7 Milliarden Franken. Diese Mittel sollen unter anderem für die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft, für den Ausbau erneuerbarer Energien, für den effizienten Energieverbrauch sowie für die Stärkung der Biodiversität eingesetzt werden. Wie der Fonds und die bestehenden Massnahmen zusammenspielen würden, lässt der Initiativtext offen. Die Formulierung der gesetzlichen Grundlagen wird dem Bundesrat und den Räten überlassen. Somit könnte der Bund allenfalls bestehende Ausgaben oder zweckgebundene Erlöse in den Fonds umleiten. Doch selbst in diesem Szenario würde die Umsetzung der Initiative erfordern, dass Bundesmittel in hohem Umfang in den Fonds fliessen müssten. Dies wurde auch von keiner Seite bestritten.

Massnahmen im Klimaschutz und Energiebereich werden bereits stark finanziell unterstützt. Die Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 zu halbieren und bis 2050 netto null zu erreichen. Und ja, das ist eine sehr grosse Herausforderung. Mit dem Klima- und Innovationsgesetz, dem revidierten CO₂-Gesetz und weiteren Massnahmen haben Bundesrat und Parlament bereits ein umfassendes und breit abgestütztes Klimapaket auf den Weg gebracht. Dieses Paket setzt klare Ziele und sieht umfangreiche finanzielle Mittel vor, insbesondere zur Stärkung der Anreize für die Dekarbonisierung und



für verschiedene Förderinstrumente im Klima- und Energiebereich.

Wir vergessen vielleicht manchmal, dass wir in diesem Bereich sehr aktiv sind. Allein in diesem Jahr wurden vier von Ihnen, vom Parlament, formulierte Gesetze in Kraft und umgesetzt. Es sind Gesetze mit Verordnungen aus meinem Departement: Das Klima- und Innovationsgesetz enthält wichtige Massnahmen zur Innovationsförderung. Wir hoffen, dass wir Schweizer Innovationen auch exportieren können und so die Wirkung letztlich weit grösser ist, als dass sie nur auf die Schweiz begrenzt ist. Dann gibt es das revidierte CO₂-Gesetz für die Periode 2025–2030. Es wurde rechtzeitig in Kraft gesetzt, damit die Ziele möglichst erfüllt werden können.

Einige haben gesagt, wir seien nicht auf Kurs. Im Rahmen der Gesetzgebung haben wir festgelegt, dass wir einen Drittel im Ausland kompensieren werden. Unser Departement hat die entsprechenden Verträge abgeschlossen und die nötige Basis geschaffen, damit beispielsweise keine Doppelzählung stattfindet. Ich erachte das als sinnvoll, denn Stand heute sind diese Massnahmen im Ausland günstiger zu haben. Die CO₂-Wirkung ist dieselbe. Später müssen wir mehr bei uns

AB 2025 N 1212 / BO 2025 N 1212

kompensieren, nämlich dann, wenn die Preise zur Kompensation in der Schweiz gesunken sind. Das ist ein ganz wichtiger Schritt.

Weiter haben wir das Stromversorgungsgesetz in Kraft gesetzt. Auch das war ein wichtiger Schritt. Die Bevölkerung hat es klar angenommen. Einen Teil der Verordnung haben wir per 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt. Letztlich folgt die Klimapolitik der Energiepolitik. Wir können nur dekarbonisieren, wenn wir genügend Strom haben. Deshalb ist auch das ein ganz wichtiger Bereich.

Schliesslich haben Sie die Gesetzesänderungen zur Stärkung der Schweizer Kreislaufwirtschaft bzw. die Revision des Umweltschutzgesetzes in Kraft gesetzt, die uns eine bessere Ressourcennutzung ermöglichen.

Ich bin schon etwas erstaunt, wenn Herr Nationalrat Glättli – er ist gerade nicht hier – sagt, dass mein Departement nurbremse und nichts tun würde. Ich werde immer unter Druck gesetzt, nicht zu viel zu regulieren – ich bin ja auch dieser Meinung –, aber hier haben wir sehr stark im Interesse des Klimas reguliert. Sie haben das entschieden, und dann ist es meine Pflicht, es auch umzusetzen. Aber so zu tun, als hätten wir nichts getan oder den Klimaschutz in irgendeiner Art verzögert, ist einfach falsch, denn die Massnahmen sind umgesetzt.

Der Bund investiert dank diesen Massnahmen aktuell jährlich 2,4 Milliarden Franken direkt in der Schweiz, das sind 600 Millionen Förderfranken aufgrund des in Kraft getretenen CO₂-Gesetzes – jawohl, da ist auch das Gebäudeprogramm dabei. Dann haben wir 400 Millionen Franken Investitionen im Rahmen des neuen Klima- und Innovationsgesetzes eingesetzt: 200 Millionen Franken, Sie kennen das, für die Innovationsförderung und 200 Millionen Franken für den Heizungsersatz in Mehrparteiengebäuden. Das macht zusammen 1 Milliarde Franken. Wir haben zudem 100 Millionen Franken für verschiedene Massnahmen aus dem Emissionshandelsystem und 1,3 Milliarden Franken aus dem Netzzuschlagsfonds eingesetzt. Das ergibt alles zusammen 2,4 Milliarden Franken. Wenn wir das Sanierungspaket umsetzen – Herr Nationalrat Wettstein sagte vorhin, eigentlich müsste auch die Vorsteherin des EFD hier sein, da die Finanzen eine grosse Rolle spielen –, zahlen wir jährlich immer noch unverändert 2 Milliarden Franken, das ist nicht zu vernachlässigen. Zu diesen 2 Milliarden Franken kommt über 1 Milliarde Franken für den Schutz der Biodiversität einerseits und für die internationale Klima- und Umweltfinanzierung andererseits. Das heisst, wir sind heute summa summarum bei jährlich 3 Milliarden Franken.

Deshalb bitte ich Sie, hier vorne nicht einfach so zu tun, als würde die Schweiz nichts machen. Die Schweiz ist in diesem Bereich sehr aktiv, ich unterstütze das voll und ganz; wir ziehen das durch, wir brauchen diese Massnahmen, das ist, glaube ich, unbestritten.

Worum ich Sie einfach bitte, auch wenn die Veränderungen im Klimabereich unbestritten sind: Seien Sie vorsichtig mit den Kausalitäten. Es ist so, dass Stand heute die Zunahme von Klimaereignissen im Rückblick statistisch nicht erhärtet ist. Es ist wissenschaftlich unbestritten, dass das Auftauen des Permafrostes zu einer Zunahme von Klimaereignissen führt, und das ist auch logisch. Aber im Rückblick hat nur die Zahl kleinerer Ereignisse zugenommen. Der Eindruck, dass mehr Leute betroffen sind, ist auch richtig, weil mehr Leute in diesen Regionen leben, weil die Bevölkerungszahl zugenommen hat – das einfach zu den Fakten. Dann zur Kausalität: Es ist nicht richtig, bei jedem Bergsturz mit erhobenem Zeigefinger zu sagen: Seht, das ist eben der fehlende Klimaschutz. Das ist gegenüber der Bevölkerung nicht empathisch und in einigen Fällen auch nicht richtig.

Blatten wurde jetzt oft erwähnt. Über die Tragik haben wir gesprochen, ich danke nochmals dem Parlament, dass man hier sehr schnell helfen konnte. Die Wissenschaft sagt heute, wir müssten zuerst genau analysieren, was da passiert ist. Ich glaube auch, dass Permafrost ein Faktor ist; aber man sagt, es seien mehrere Faktoren. Es gibt andere Bergstürze, die nicht auf den Klimawandel zurückzuführen sind.



Dann noch ein letztes Argument: Wenn man sagt, das Ereignis sei auf den Klimawandel zurückzuführen, dann tut man so – auch wenn es in einigen Fällen, bei denen ich das nicht bestreite, stimmt –, als wäre es nicht passiert, wenn man mehr gemacht hätte. Das ist wiederum völlig falsch. Das Klima ändert sich dann, wenn die ganze Welt Massnahmen trifft und dieses 1,5-Grad-Ziel auch wirklich verfolgt. Da sind wir leider nicht auf Kurs. Natürlich müssen wir ein gutes Beispiel sein und vorangehen. Solange aber nicht alle etwas tun, ändern wir mit unseren Massnahmen das Klima nicht, und auch diese neuen Massnahmen ändern es nicht.

Man soll bitte aus Respekt gegenüber der betroffenen Bevölkerung nicht sagen, hätten wir dies und jenes getan, wäre dieser Bergsturz nicht passiert. Das stimmt einfach nicht. Das ist einfach eine falsche Kausalität. Und nochmals: Damit sage ich nicht, dass wir nichts tun müssen, sonst würde ich mit dem Bundesamt für Umwelt nicht all diese Massnahmen auch aus Überzeugung umsetzen. Diese Überzeugung können Sie mir wirklich abkaufen. Aber es ist wichtig, dass wir mehr Strom produzieren, um weniger CO₂ auszustossen. Aber mehr Strom ist nicht eine Frage von noch mehr Förderung. Mehr Strom ist eine Frage der Akzeptanz der Technologien, seien es die Erneuerbaren, die vielerorts blockiert sind, seien es neue Technologien – wir kommen ja mit einem Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative. Wenn wir diese Botschaft diskutieren, müssen Sie sich an all die Worte erinnern, die Sie hier gesagt haben. Ich hoffe, dass für Sie das Klima wirklich an erster Stelle steht.

Wenn wir das mit den Erneuerbaren machen können, umso besser. Aber dieser Beweis liegt nicht vor. Tagtäglich erlebe ich heute das Gegenteil. Dort habe ich die grössten Sorgen. Da können wir noch so viele Förderbeiträge zur Dekarbonisierung sprechen – wir brauchen eine alternative Energieversorgung, und das ist Strom. Wenn es bei jeder Anlage eine Gegnerschaft gibt, egal, um welche Technologie es geht, dann werden wir es nicht schaffen. Dann schaffen wir das auch nicht mit diesem Fonds. Deshalb bin ich der Meinung, dass das nicht die vordringlichste Massnahme ist, ohne hier die Zielsetzung infrage stellen zu wollen.

Natürlich birgt der Fonds auch finanzpolitische Risiken. Die vorgeschlagenen Klimaausgaben sollen nicht zu den ordentlichen Gesamtausgaben nach Artikel 126 Absatz 2 der Bundesverfassung zählen, die durch die konjunkturbereinigten Einnahmen plafoniert werden. Das bedeutet, dass sich der Bund vorübergehend verschulden könnte. Falls der Klimafonds ausschliesslich über neue Mittel finanziert wird, könnte dies zu einer Neuverschuldung von bis zu 6 Prozent führen. In der aktuellen finanzpolitischen Lage ist das nicht opportun und scheint dem Bundesrat nicht tragbar zu sein.

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass sich die Klimapolitik mit diesem Fonds fast ausschliesslich auf Bundesmittel abstützen würde. Ich meine, da haben wir mit dem heutigen Massnahmenmix ein zielführenderes Instrumentarium, das wir konsequent – Sie alle haben es formuliert – weiterführen sollten.

Die Initiative verlangt, die Verantwortung weitgehend auf den Bund zu übertragen. Dadurch könnte das Verursacherprinzip geschwächt werden, da insbesondere Unternehmen, die heute im Emissionshandelssystem sind, weniger Anreize hätten, eigenverantwortlich in klimafreundliche Massnahmen zu investieren.

Wenn ich sage, wir sollten uns auf die bestehenden Massnahmen stützen, dann kann ich Ihnen auch versprechen, dass das CO₂-Gesetz für 2030 bis 2040 bei uns aktuell in der Entwicklung ist. Wir werden dem Bundesrat demnächst die Eckwerte vorlegen. Bis Juni 2026 werden Sie ein CO₂-Gesetz für 2030 bis 2040, wie es das Klima- und Innovationsgesetz fordert, in der Vernehmlassung haben. Auch hier soll es keine Verzögerung geben. Dann können Sie 2027, in Kenntnis darüber, wo wir stehen, das Gesetz für 2030 bis 2040 aufgrund der Botschaft in aller Offenheit diskutieren und sagen, ob es zusätzliche Massnahmen braucht.

Wir werden gleichzeitig ein Rahmengesetz, gestützt auf eine Motion, die Sie verabschiedet haben, vorlegen. Es geht um die Speicherung in den restlichen, nicht vermeidbaren CO₂-Bereichen; es betrifft den Flugbereich, die

AB 2025 N 1213 / BO 2025 N 1213

Zementindustrie, die Landwirtschaft. Hier gibt es das sogenannte Carbon Capture and Storage, die Einlagerung von CO₂. Auch hier werden wir rechtzeitig bereit sein, im Bewusstsein, dass wir das vielleicht erst in zehn, fünfzehn Jahren wirklich brauchen. Aber bis eine Pipeline steht, bis wir die nötigen Kapazitäten haben, braucht es einen Vorlauf. Das war der Grund, weshalb ich diese Woche in Norwegen ein Abkommen unterschrieben habe: Wir möchten rechtzeitig die nötigen Kapazitäten haben. Es braucht dazu noch viele Schritte, das ist noch weit weg. Aber wir wollen dabei sein, wenn es darum geht, auch Kapazitäten für die Einlagerung sicherzustellen. Das geschieht aber erst am Schluss. Man muss heute anfangen, damit wir dahin kommen.

Heute geht es um die weitere Dekarbonisierung im Bereich Verkehr, im Bereich Gebäude und im Bereich Industrie. Da meine ich, dass wir die notwendigen Massnahmen haben. Ich sage aber nicht, dass wir überall auf Kurs seien. Die Herausforderung ist riesig.

Wir haben festgestellt – oder Sie haben festgestellt, das räume ich ein –, dass wir bei den Massnahmen



der Initiative "Vorbild Energie und Klima" des Bundes Verzögerungen haben, denn der Bundesrat will hierzu das Preisschild kennen, bevor er bereit ist, Massnahmen vorzuschlagen. Die ganze Geschichte kostet, und wir können das nicht losgelöst von den finanzpolitischen Gegebenheiten, von den anderen Bedürfnissen im Bereich der Armee, im Bereich der AHV, die einen ebenso hohen Stellenwert haben, diskutieren. Deshalb bitte ich um Verständnis dafür.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen aufzeigen, dass sehr viele Massnahmen laufen und wir uns jetzt auf diese Massnahmen stützen sollten. Die Massnahmen sind so konzipiert, dass die Bevölkerung mitkommt, dass wir sie mitnehmen können; die Bereitschaft, hier mitzumachen, ist da, sonst hätte es letztes Mal beim CO₂-Gesetz ein Referendum gegeben. Wir wollen keine Blockade.

Mit dieser Initiative aber, scheint mir, werden wir es schwer haben. Deshalb schlägt der Bundesrat die Fortführung der jetzt geschilderten Klimapolitik in der Schweiz vor und bittet Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und ihr auch keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir stellen einfach fest, dass Lenkungsabgaben ökonomisch und von der Wirkung her zwar durchaus Sinn machen; das hat auch Herr Gaillard in seinem Expertenbericht zur Sanierung der Bundesfinanzen vorgeschlagen. Doch wir haben in verschiedenen Fällen festgestellt, dass Lenkungsabgaben bezüglich der Wirkung so hoch angesetzt werden müssen, dass sie politisch nicht akzeptiert werden – dann haben wir wieder ein Gesetz, das abgelehnt wird, und das bringt uns, glaube ich, nicht weiter.

Deshalb bitte ich Sie, hier nicht zurück auf diesen Pfad zu gehen, der nicht erfolgreich war, also keinen Gegenvorschlag zu beschliessen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Schlatter Marionna (G, ZH): Sehr geehrter Herr Bundesrat Rösti, Sie haben jetzt aufgezählt, wie viel wir für das Klima machen. Nun ist aber klar, und das sagt die Wissenschaft, dass wir mit den heutigen Massnahmen weder unsere Klimaziele erreichen noch unsere internationalen Verpflichtungen einhalten können. Sie haben gesagt, 3 Milliarden Franken würden reichen. Wir geben aber bald jedes Jahr 10 Milliarden oder mehr für die Armee aus. Meine Frage ist: Halten Sie, als unser Klimaminister, das Verhältnis zwischen diesen beiden Töpfen für angemessen?

Rösti Albert, Bundesrat: Als Klimaminister müsste ich wahrscheinlich für diesen Bereich mehr Geld fordern, da gebe ich Ihnen recht. Aber ich bin auch Bundesrat, und als Bundesrat vertrete ich hier die Meinung des Gesamtbundesrates und bin auch dafür zuständig, dass wir für die anderen, ebenso wichtigen Sicherheitsbereiche letztlich genügend Mittel haben. Als Umweltminister muss ich in diesem Bereich mehr Geld fordern, als Verkehrsminister muss ich gleichzeitig mehr für den öffentlichen Verkehr fordern, und als Energieminister muss ich mehr Geld für die Förderungsmassnahmen fordern. Da haben Sie völlig recht. Aber als Bundesrat, der das alles unter einen Hut bringen muss, sage ich Ihnen, dass jährliche Investitionen von über 3 Milliarden Franken in den Bereichen Klima und Biodiversität im Vergleich zu anderen Massnahmen ein sehr hoher Beitrag sind.

Sie haben gesagt, die Wissenschaft sage, dass wir im internationalen Vergleich zu wenig tun würden. Wir zahlen aber mehr als den sogenannten fairen Anteil, der berechnet wurde. Wir sind über diesem Anteil. Von daher kann ich als Umweltminister – ich sitze nicht am grünen Tisch – sagen: Ich bin der Auffassung, dass wir im Rahmen unserer Gesamtbedürfnisse eine intensive Gangart an den Tag legen.

Sie wissen auch um die Opposition und die Bremswirkung von verschiedenen Seiten. Wir müssen die Leute mitnehmen. Wir können nicht einfach alles mit Fördergeldern zudecken. Am Schluss ist die Frage, was die Leute machen. Sind sie bereit, auch selbst in Solaranlagen zu investieren? Es braucht Eigenverantwortung, die letztlich diese Mittel auch erhöht.

Candan Hasan (S, LU): Geschätzter Herr Bundesrat, wir haben gestern und heute von dieser Seite sinngemäss vor allem gehört: Wir sind zu klein, wir sind zu unbedeutend. Sind Sie mit mir einig, dass das nicht stimmt, und bestätigen Sie, dass wir ein starkes und einflussreiches Land sind und unsere Massnahmen sehr wohl etwas bringen, um der Klimakrise entgegenzutreten?

Rösti Albert, Bundesrat: Wir sind ein starkes und wirtschaftlich einflussreiches Land, das sagen Sie richtig. Ich glaube, die Schweiz befindet sich, wenn ich richtig orientiert bin, bezüglich des Bruttoinlandprodukts etwa auf Rang 20. Aufgrund der kleinen Fläche sind wir hier also sehr stark, das ist absolut richtig.

Was aber auch richtig ist: Wir können unsere CO₂-Massnahmen im Inland sehr rasch auf null reduzieren, und das Klima ändert sich dadurch trotzdem nicht, in keiner Weise; ich glaube, das meinte diese Seite. Die Schweiz kann zwei Sachen machen: Sie kann Vorbild sein, das ist wichtig für die anderen, und motivierend wirken – "da macht ein Staat etwas". Sie kann, da bin ich überzeugt, mit dem Innovationsfonds von 200 Millionen Franken, über diesen Betrag kann man in Zukunft noch diskutieren, Technologien entwickeln, die



dank unserer Exportindustrie international zu einer stärkeren Reduktion führen. Dort haben wir Einfluss. Ich gehöre ja auch zu dieser Seite, deshalb glaube ich zu wissen, was diese meinte. Ich habe in meinem Votum auch zum Ausdruck gebracht, dass es falsch ist, bezüglich eines Ereignisses in der Schweiz den Leuten vorzugaukeln, dass so etwas nicht passiert wäre, wenn wir in der Schweiz mehr CO₂ reduziert hätten. Ich glaube, das meinen Sie auch nicht. Das ist falsch. Wenn man diesen Eindruck vermittelt, ist das gegenüber der betroffenen Bevölkerung nicht korrekt. Aber durch Innovationen kann Einfluss ausgeübt werden.

Egger Mike (V, SG), für die Kommission: Wir haben in den letzten fünf Stunden und zwanzig Minuten eine sehr lebhaftete Debatte über die Klimafonds-Initiative erlebt. Dabei kamen wir, glaube ich, alle zum Schluss, dass eine intakte Umwelt in der Schweiz für die Gesellschaft, für die Lebensmittelproduktion und für ein gutes Zusammenleben enorm wichtig ist.

Eine Mehrheit hat auch festgestellt, dass die Politik in den letzten Jahren etwas getan hat. Diverse Gesetze sind verabschiedet worden, sei es das Klima- und Innovationsgesetz, sei es das revidierte CO₂-Gesetz, sei es das revidierte Energiegesetz oder seien es Gesetzesänderungen zur Stärkung der Schweizer Kreislaufwirtschaft, die von Bundesrat Rösli ebenfalls erwähnt worden sind.

Die Schweiz hat pro Jahr Investitionen im Umfang von 3 Milliarden Schweizerfranken in eine vernünftige Umwelt- und Klimapolitik getätigt. Das ergibt kumuliert auf zehn Jahre doch 30 Milliarden Franken, und das ist nicht einfach nichts. Man kann auch nachweisen, dass die Schweiz entsprechende Fortschritte macht. Von 1990 bis 2023 wurden die Treibhausgasemissionen pro Kopf um 44 Prozent reduziert. Das zeigt, dass die Mehrheit in diesem Saal eine Politik macht, die auf die Zukunft ausgerichtet ist.

AB 2025 N 1214 / BO 2025 N 1214

Von verschiedenen Votanten wurde auch festgehalten, dass die Innovationen nicht unbedingt direkt vom Staat kommen, sondern durch die Wirtschaft angekurbelt werden sollen. Es wurde auch festgestellt, dass diese Initiative, so wie sie jetzt im Raum steht, nicht finanzierbar ist. Muss man 0,5 bis 1 Prozent des BIP investieren, bedeutet das 3,9 bis 7,7 Milliarden Schweizerfranken pro Jahr. Die Mehrheit der Finanzkommission hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das auch für zukünftige Generationen Konsequenzen hätte. Deshalb ist diese Initiative gemäss einer Mehrheit auch nicht nachhaltig. Steuererhöhungen wären die Konsequenz, in den Kommissionen war von Erhöhungen bis zu 28 Prozent oder sogar einer erweiterten oder erneuten Mehrwertsteuererhöhung von 2,5 Prozent die Rede – das ginge dann zulasten kommender Generationen, aber auch zulasten der sozial Schwächsten. Deshalb kommt eine Mehrheit zum Schluss, dass diese Initiative auch sozial nicht verträglich ist.

Die Mehrheit der UREK-N bittet Sie deshalb – der Entscheid fiel mit 15 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung –, diese Initiative entsprechend zur Ablehnung zu empfehlen. Auch die Rückweisung respektive der Gegenvorschlag wurde von der Kommission abgelehnt, nämlich mit 21 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Bulliard-Marbach Christine (M-E, FR), pour la commission: Pour conclure, j'aimerais encore aborder quelques éléments. Plusieurs collègues ont insisté sur l'importance de la sécurité de la planification. Les partisans et partisans de l'initiative ont souligné que le fonds climat l'améliorerait. Du point de vue de la majorité de la commission, la création d'un tel fonds constituerait toutefois une rupture radicale avec les instruments actuels de la politique climatique. Cela ne favoriserait pas la sécurité de la planification.

Le peuple et les cantons ont confirmé à plusieurs reprises, par le biais de votations, le cap politique actuel ainsi que les instruments qui y sont associés, conférant ainsi un mandat démocratique. La palette des instruments de la politique climatique peut certes être encore développée aujourd'hui. Elle est déjà actuellement largement diversifiée et offre une flexibilité importante. Le collègue Paganini l'a bien résumé : une politique climatique décentralisée répond aux besoins du terrain et favorise la diversité ainsi que l'innovation. Le fonds climat mettrait en danger cet acquis.

Un autre argument que nous avons entendu concerne les retombées économiques du fonds. Comme ce fonds ne serait pas soumis au frein à l'endettement, les générations futures devraient assurer cette charge financière massive par le biais d'impôts plus élevés ou d'un endettement supplémentaire de la Confédération.

Pour ces raisons et bien d'autres, la majorité de la commission de votre conseil vous recommande de suivre le Conseil fédéral et de rejeter l'initiative pour un fonds climat, et ce, par 15 voix contre 8.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag der Minderheit Grossen Jürg ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.022/30877)

Für den Antrag der Minderheit ... 11 Stimmen

Dagegen ... 175 Stimmen

(1 Enthaltung)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une politique énergétique et climatique équitable : investir pour la prospérité, le travail et l'environnement (initiative pour un fonds climat)"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schlatter, Candan Hasan, Clivaz Christophe, Docourt, Masshardt, Pult, Suter, Trede)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schlatter, Candan Hasan, Clivaz Christophe, Docourt, Masshardt, Pult, Suter, Trede)

... aux cantons d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.022/30878)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 64 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft geht an den Ständerat.



25.022

**Für eine gerechte Energie- und
Klimapolitik: Investieren
für Wohlstand, Arbeit und Umwelt
(Klimafonds-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une politique énergétique
et climatique équitable : investir
pour la prospérité, le travail
et l'environnement
(initiative pour un fonds climat).
Initiative populaire**

Zweirat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.09.25 (ZWEIRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Rieder Beat (M-E, VS), für die Kommission: Es gibt zwei Unterschiede zur vorherigen Diskussion über die Initiative "200 Franken sind genug!". Erstens brauchen wir hoffentlich weniger als zwei Stunden, und zweitens werden Sie einmal über einen Minderheitsantrag abstimmen müssen und nicht untätig sein können.

Die Klimafonds-Initiative wurde am 22. Februar 2024 eingereicht. Sie verlangt, dass mehr öffentliche Gelder für den Schutz von Klima und Biodiversität bereitgestellt werden. Dafür soll ein staatlicher Investitionsfonds geschaffen werden, in den jährlich 0,5 bis 1 Prozent des BIP fließen soll. Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung in seiner Botschaft vom 29. Januar 2025, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Auf einen Gegenentwurf hat er verzichtet.

Das Initiativkomitee sowie Vertreter der Wissenschaft, von Economiesuisse, Swissscleantech und so weiter wurden in der UREK-N angehört. Der Nationalrat hat die Volksinitiative am 18. und 19. Juni 2025 beraten und mit 120 zu 64 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen, sie zur Ablehnung zu empfehlen. Der Antrag der Minderheit Grossen Jürg auf Rückweisung und Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlages mit Elementen der parlamentarischen Initiative Pfister Gerhard 22.451, "Ein neues schlankes und wirksames CO2-Gesetz", wurde mit 175 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Das heisst, der Nationalrat hat keinen Gegenvorschlag ausarbeiten wollen.

Die UREK-S hat die Initiative am 3. Juli 2025 beraten. Die Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen die Initiative zur Ablehnung. Der Entscheid fiel mit 8 zu 3 Stimmen. Die Minderheit wird von Frau Kollegin Crevoisier Crelier angeführt.

Was fordern die Initianten? Sie fordern, dass der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des BIP in einen Klimafonds einzahlt. Das wären gegenwärtig zwischen 3,9 und 7,7 Milliarden Franken jährlich. Diese Mittel sollen unter anderem für die Dekarbonisierung des Verkehrs, der Gebäude und der Wirtschaft, für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz sowie für die Stärkung der Biodiversität eingesetzt werden. Wie der Fonds und die bestehenden Massnahmen zusammenspielen würden, lässt der Initiativtext offen. Der Bund könnte allenfalls bestehende Ausgaben oder zweckgebundene Erlöse in den Fonds umleiten. Doch selbst in diesem Szenario würde die Umsetzung der Initiative erfordern, dass zusätzliche Bundesmittel in grossem Umfang, Milliardenbeträge, in den Fonds fließen müssen.





In den letzten Jahren wurden vom Parlament wichtige Gesetzesvorlagen verabschiedet, um finanzielle Anreize und Fördermassnahmen im Energie- und Klimabereich zu stärken.

AB 2025 S 972 / BO 2025 E 972

Ich erinnere Sie an das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG), das revidierte CO₂-Gesetz und das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Diese Beratungen haben wir übrigens mit dem Beschleunigungserlass fortgesetzt, der am Freitag dieser Woche, dem 26. September 2025, zur Schlussabstimmung kommen dürfte. Ebenfalls können die Gesetzesänderungen zur Stärkung der Schweizer Kreislaufwirtschaft angeführt werden, die auch zur Dekarbonisierung beitragen, indem man Rohstoffe mehrfach nutzt. Es wurden allein im Jahr 2025 vier neue Gesetze und einige Verordnungen umgesetzt. Es wird also im Klimaschutz bereits einiges getan. Bund und Kantone stellen heute bereits 2,4 Milliarden Franken pro Jahr für das Klima und den Umbau des Energiesystems bereit. Zum Beispiel werden durch das revidierte CO₂-Gesetz knapp 600 Millionen Franken pro Jahr für die Förderung eingesetzt, mit dem KIG werden rund 400 Millionen Franken pro Jahr eingesetzt.

Die Kommission kommt zum Schluss, dass die Initiative enorme Risiken in sich birgt:

1. Sie birgt finanzpolitische Risiken. Die vorgeschlagenen Klimaausgaben sollen nicht zu den ordentlichen Gesamtausgaben nach Artikel 126 Absatz 2 der Bundesverfassung zählen, die durch die konjunkturbereinigten Einnahmen plafoniert werden. Das bedeutet, der Bund soll sich vorübergehend verschulden können. Falls der Klimafonds ausschliesslich über neue Mittel finanziert wird, würde dies eine jährliche Neuverschuldung von 3 bis 6 Prozent bedeuten, die die ohnehin angespannte Finanzlage zusätzlich belasten würde und zu erneuten Sparanstrengungen vonseiten des Parlamentes führen müsste. Alternativ wären Steuererhöhungen erforderlich, um die Ausgaben langfristig zu decken. Sie können die Mehrheitsfähigkeit einer solchen Massnahme selbst einschätzen, weil Sie im Herbst dieses Jahres über das Entlastungspaket 2027 abstimmen und beim Budget 2026 ebenfalls über neue Sparmassnahmen diskutieren werden. Wenn Sie darauf noch weitere Sparmassnahmen aufpfeifen, dann wird das Ganze wahrscheinlich ein Ding der Unmöglichkeit.

2. Bei Fördermitteln im von der Initiative verlangten Umfang können Effizienzverluste entstehen. Bei jeder Subvention hat man definitionsgemäss volkswirtschaftliche Verluste, allein schon durch die Administration und die Gefahr von Mitnahmeeffekten sind diese entsprechend gross.

3. Abgesehen von den finanzpolitischen Überlegungen, die sehr negativ sind, lehnt die Mehrheit Ihrer Kommission die Initiative ab, weil wir im KIG klare Rahmenbedingungen für die Klimapolitik geschaffen haben. Mit dem Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verfügt die Schweiz über den notwendigen Rahmen für den Ausbau von inländischer Stromproduktion; hier führen wir die Diskussion über den Beschleunigungserlass, wie bereits gesagt, intensiv fort. Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, damit mehr Strom produziert wird und damit auch mit erneuerbarer Energie entsprechende positive Effekte für das Klima erreicht werden können. Die Bereitschaft, in diesem Bereich mehr zu tun, mehr zuzulassen und nicht alles zu bremsen und nicht jedes Projekt mit Einsparungen und Beschwerden zu belegen, würde weit mehr bringen, als einfach zusätzliche Fördermittel bereitzustellen und diese dann flächendeckend in der Schweiz auszuschütten.

Aus diesen Gründen beantragt Ihnen die Mehrheit Ihrer Kommission, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Crevoisier Crelrier Mathilde (S, JU): Comme l'a très bien décrit le rapporteur de la commission, l'initiative pour un fonds climat vise à inscrire dans la Constitution le principe d'un fonds d'investissement qui permette de mobiliser les moyens financiers nécessaires pour permettre à la Suisse d'atteindre son objectif de décarbonisation à l'horizon 2050 – c'est la stratégie énergétique que l'on connaît bien. Actuellement, on sait que les émissions de gaz à effet de serre de notre pays entraînent des coûts et des dommages climatiques à hauteur d'environ 40 milliards de francs par année. Si l'on consacre à ce fonds entre 1,5 et 1 pour cent de notre PIB, comme le vise l'initiative, ce qui se traduirait en termes financiers par un montant de 3,9 à 7,7 milliards de francs par an, cela permettrait d'assurer l'atteinte de cet objectif climatique, mais ce serait également judicieux d'un point de vue économique.

La semaine passée, on a eu un débat passionné dans le cadre du message sur l'armée au sujet de l'augmentation d'un milliard de francs pour des munitions, afin d'assurer la défense de notre pays. Dans ce débat, il y a quelque chose que j'ai trouvé très juste et qui changeait un peu des débats habituels où les impératifs financiers sont toujours placés au-dessus de tout : le besoin en matière de défense devait l'emporter sur les impératifs de politique financière. Dans la discussion sur l'armée, évidemment, les avis divergeaient sur l'ampleur de la menace, et c'est pour cela que la proposition de la minorité a été rejetée. Mais sur le climat, le constat du dérèglement est unanime. Bien sûr, certains sont sceptiques concernant l'influence anthropique,



mais enfin, les effets du réchauffement, on les constate chaque jour, et tout le monde s'accorde à dire qu'il y a un problème. Dès lors, la clause du besoin étant établie, il est de notre responsabilité d'agir en conséquence. Alors, examinons la question. Est-ce qu'on en fait suffisamment en la matière ? Le chef du département, Monsieur le conseiller fédéral, dira que la Confédération en fait déjà beaucoup ; de l'ordre de 3 milliards de francs par année. Eh bien, c'est tant mieux, puisqu'une grande partie des montants qui sont déjà alloués à ce but pourra être affectée au fonds d'investissement prévu dans l'initiative et réduire ainsi la part de financement supplémentaire nécessaire.

Mais, plutôt que ce qui est fait, permettez-moi de rappeler ce qui est en train d'être défait. La politique énergétique et environnementale du Conseil fédéral est l'une des principales victimes du programme d'allègement du Conseil fédéral, puisque, par exemple, les seules coupes dans les subventions à la politique climatique s'élèvent déjà à 400 millions de francs par an. La suppression du programme Bâtiment – c'est bien sûr la pièce de résistance de ces coupes – ce sont justement ces 400 millions de francs provenant de la taxe sur le CO₂. Alloués annuellement aux cantons pour améliorer l'efficacité énergétique des bâtiments, ces 400 millions passent à la trappe.

Avant le programme d'allègement, tout laissait déjà penser que nous ne serions pas "auf Kurs" par rapport à la stratégie énergétique 2050. Je rappelle qu'en vertu de la loi sur le CO₂ et de l'Accord de Paris, d'ici 2030 nous devons avoir réduit nos émissions totales de gaz à effet de serre de 50 pour cent par rapport à 1990. Avec ses émissions internes, la Suisse en est très loin, puisqu'elle n'est jamais encore passée en dessous de la barre des 40 millions de tonnes équivalents CO₂ par rapport à 55 millions environ en 1990. Seules les compensations à l'étranger, avec tous les problèmes et les questionnements qu'elles soulèvent, nous permettent de suivre plus ou moins cette trajectoire.

Il est certain qu'avec le programme d'allègement et le ralentissement dans la rénovation et l'assainissement des bâtiments qu'il induira – car évidemment, tous les cantons n'auront pas les moyens de prendre les mesures à leur charge –, nous allons nous écarter de plus en plus de cette trajectoire. Et cela, sans même parler du résultat des votations fédérales de ce dimanche qui, si la suppression de la valeur locative venait à être entérinée par le peuple, ralentirait encore davantage les incitations à rénover les bâtiments.

Chères et chers collègues, un fonds d'investissement, ce ne sont pas des dépenses à fonds perdu, justement. C'est aussi une chance pour l'économie et pour l'innovation. Alors que les montants du domaine FRI vont aussi se contracter ces prochaines années, sans même parler du ralentissement économique induit par les effets directs et indirects de la crise des taxes douanières avec les États-Unis, il est particulièrement important de renforcer le soutien à l'innovation suisse dans les domaines clés de l'énergie et de la construction. C'est aussi une mesure de justice sociale et générationnelle. Investir aujourd'hui dans un fonds, c'est éviter de créer la dette des générations futures.

Plutôt que de conclure sur un poncif du genre "gouverner, c'est prévoir" et de vous appeler à vos responsabilités, je vais rendre un hommage aux citoyennes et aux citoyens, mais

AB 2025 S 973 / BO 2025 E 973

aussi aux milieux scientifiques, aux mouvements qui s'engagent pour la cause climatique et qui tentent de pallier l'inaction de plus en plus coupable du politique, en leur empruntant un slogan : "Il n'y a pas de planète B."

Je vous invite donc à soutenir ma proposition de minorité, et à recommander l'acceptation de l'initiative.

Graf Maya (G, BL): Kollegin Crevoisier Crelier hat es gesagt: Regieren heisst vorausschauen, und auch als Parlament, als oberste Behörde im Land, haben wir die Verantwortung, vorzusorgen. Heute zu investieren, heisst, morgen weniger zu bezahlen. Heute zu investieren, heisst, nicht den kommenden Generationen die gesamten Folgen der Klimakrise aufzubürden. Denn die Klimakrise ist da, wir spüren das jeden Tag und jedes Jahr.

2024 war das wärmste Jahr seit Messbeginn. 2025, dieses Jahr, ist auf Kurs für Platz zwei oder drei. Der "Emissions Gap Report" des UN Environment Programme geht von einem Temperaturanstieg von 2,6 bis 3,1 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrtausends aus, wenn der Kurs nicht drastisch verändert wird. Weltweit steigen die Ozeantemperaturen von Jahr zu Jahr drastisch an. Acht Jahre in Folge gab es neue Rekorde. Im August 2025, also in diesem Jahr, waren die Wassertemperaturen im Nordatlantik und Nordpazifik so hoch wie noch nie.

Sie denken jetzt: Was hat das mit der Schweiz zu tun? Ja, auch steigende Ozeantemperaturen befeuern Extremwetter wie intensive Niederschläge oder deutlich längere Hitzewellen, die wir bereits kennen. Die Konsequenzen der Extremwetterereignisse spüren wir auch hier in Europa und in der Schweiz. Diesen Sommer



gab es verheerende Waldbrände im Mittelmeerraum. Solche Brände sind aufgrund der Klimaerhitzung bis zu zehnmal wahrscheinlicher. In der Schweiz führt die Klimakrise weiterhin zum Schmelzen von Gletschern und Permafrost. Ereignisse wie der Bergsturz von Blatten werden dadurch immer wahrscheinlicher. Schmelzendes Eis und Permafrost führen auch zu mehr instabilen Hängen, zu mehr Steinschlag, zu mehr Gletscherabbrüchen und bei Starkregenereignissen zu mehr Überschwemmungen im Mittelland.

Unsere Sommer werden auch immer extremer. Städte und Agglomerationen werden zu Hitzefallen. Darunter leiden besonders ältere Menschen und Kleinkinder. Chronisch Kranke und Menschen, die draussen arbeiten müssen, sind ebenfalls betroffen. Ende Juni 2025 sind in zwölf europäischen Grossstädten in zehn Tagen über 2300 Menschen an den Folgen von extremer Hitze gestorben. Nehmen wir das in Zukunft hin?

Es ist klar, wir müssen handeln, und zwar dringend. Wichtig ist, dass wir schon viel in den Klimaschutz und auch in die Bewältigung der Folgen der Klimakrise investieren. Doch wir wissen eigentlich alle genau, dass es nicht reicht und dass es nicht reichen wird. Es ist Zeit für eine ernsthafte, wirksame Klimapolitik, und den Auftrag dafür haben wir: Wir haben einerseits ein internationales Abkommen unterschrieben, das Pariser Klimaabkommen – eine Verpflichtung also –, und wir müssen es umsetzen und Massnahmen ergreifen. Andererseits hat die Schweizer Bevölkerung die Klimaziele in der Verfassung verankert und an der Urne immer wieder bestätigt, dass sie eine Umsetzung will, und zwar hier in der Schweiz. Doch können wir Massnahmen umsetzen, ohne dass wir Investitionen tätigen?

Meine Kollegin hat es gesagt, wir investieren in die Schweizer Armee. Wir müssen aber auch in den Klimaschutz investieren, und wir müssen auch investieren, um Notlagen und Naturkatastrophen finanziell absichern zu können. Ich bedauere es sehr, dass wir nicht einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet haben, denn es wurde bereits letzten Herbst mit der parlamentarischen Initiative Regazzi 24.446 die Einrichtung eines nationalen Fonds für Naturkatastrophen gefordert. Kollege Regazzi hat in seinem Kanton direkt erlebt, wie es ist, wenn Menschen von heute auf morgen alles verlieren, sogar ihre Heimat, wie wir das jetzt in Blatten erleben müssen, weil die verantwortlichen Gemeinden und die Kantone je nachdem, ob es Versicherungen gibt, damit überfordert sind, die Schäden und vor allem auch die Folgeschäden zu bezahlen. Hier braucht es wirksame Entschädigungen für die betroffenen Gemeinwesen und die betroffenen Menschen.

Dies alles ist mit der Klimafonds-Initiative möglich. Sie stellt sicher, dass der Bund jedes Jahr genügend Mittel hat, um die Energiewende umzusetzen, unsere Natur und die Biodiversität zu schützen, die Dörfer sicherer zu machen und unsere Städte bewohnbar zu halten. Sie gibt Bund und Kantonen die finanziellen Mittel, um Projekte rasch umzusetzen. Das geht von der Gebäudesanierung bis zum Ausbau der Solarenergie, von den Programmen zum Schutz der Artenvielfalt bis zu Schutzmassnahmen in Bergdörfern oder Hitzeschutzmassnahmen in Städten und natürlich der Unterstützung der Unternehmen für die Transformation. Ja, das alles, das hat auch der Kommissionssprecher gesagt, braucht Investitionen. Doch, wie gesagt, heute zu investieren, heisst, morgen nicht doppelt, dreifach oder zehnfach dafür zu bezahlen oder – noch schlimmer – die nächsten Generationen dafür bezahlen zu lassen.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Klimafonds-Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Regazzi Fabio (M-E, TI): Ich lehne die Klimafonds-Initiative ab, weil sie der falsche Ansatz ist. Ich möchte nicht nochmals alle bekannten Argumente wiederholen, sondern insbesondere die Folgen für unsere Wirtschaft hervorheben. Die Initiative setzt einseitig auf massive Bundessubventionen. Genau das ist problematisch. Diese Subventionen würden nicht nur das im Umweltrecht verankerte Verursacherprinzip aushöhlen, sie bergen auch das Risiko, private Investitionen zu verdrängen. Gerade für unsere KMU würde das Unsicherheit bedeuten. Sie wären mit steigenden Abgaben, zusätzlicher Bürokratie und einem Markt, in dem staatliche Gelder die private Dynamik blockieren, konfrontiert. Anstatt die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken, würde ein solcher Fonds eine Abhängigkeit von Bundesgeldern schaffen und damit auch Ineffizienz fördern.

Il est en outre particulièrement préoccupant que, selon l'initiative, les dépenses en lien avec le climat ne soient pas soumises au frein à l'endettement. Cela conduit directement à un endettement accru et affaiblit la stabilité financière de notre pays. En fin de compte, ce serait à nouveau les contribuables, et avec eux l'économie, qui devraient supporter ces charges.

Was wir hingegen brauchen, sind gezielte und pragmatische Instrumente, die dort ansetzen, wo konkrete Risiken und Schäden entstehen, etwa im Bereich von Naturgefahren wie Überschwemmungen, Murgängen oder Erdbeben.

Erlauben Sie mir in eigener Sache den Hinweis auf meine parlamentarische Initiative 24.446 zur Einrichtung eines nationalen Fonds für Naturkatastrophen, sie wurde schon von Kollegin Graf erwähnt. Dieser Ansatz geht genau in die richtige Richtung: zielgerichtet auf reale Bedrohungen fokussiert und offen für unterschiedliche Finanzierungsinstrumente. Es geht darum, Vorsorge zu treffen und dort zu investieren, wo Schäden tatsächlich



entstehen, und nicht darum, Milliarden in einen Fonds zu lenken, dessen Wirkung unklar bleibt und der am Ende zu einer zusätzlichen Belastung der Wirtschaft führt. Meine parlamentarische Initiative wird demnächst in der UREK-S beraten, ich bin auf das Ergebnis gespannt.

Klimapolitik braucht Augenmass, Effizienz und die Einbindung der Wirtschaft. Die Klimafonds-Initiative verfehlt all diese Kriterien.

Deshalb bitte ich Sie, der Mehrheit und dem Bundesrat zu folgen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Fivaz Fabien (G, NE): J'aimerais répondre rapidement à mon préopinant, M. Regazzi. J'ai justement l'impression que, dans le domaine de la politique climatique, il faudrait agir maintenant. En fait, on se rend quand même compte que le coût de l'inaction climatique est immense et que, si nous ne faisons rien aujourd'hui, dans cinq ans, dans dix ans, dans quinze ans – parce que la situation ira de mal en pis –, cela nous coûtera encore et encore plus cher.

Je prends l'exemple d'une étude publiée il y a quelques jours, qui montre que la sécheresse cette année dans l'Union européenne, en juillet et au mois d'août en particulier, a coûté à

AB 2025 S 974 / BO 2025 E 974

l'économie plus de 43 milliards de francs. Ce sont des coûts qui s'accumuleront année après année et cela ira de mal en pis. La commission traitera, par exemple, votre proposition de fonds pour les régions qui sont touchées en particulier – on parle du Tessin l'année passée, de La Chaux-de-Fonds en 2023, de Blatten cette année. Ces régions devront utiliser l'argent d'un fonds pour se reconstruire, pour s'adapter au réchauffement climatique et, malheureusement ou heureusement, la proposition qui vient aujourd'hui, qui pourrait être acceptée par la population, vise précisément cela. Elle indique que le coût de l'inaction est tel que nous devons investir 0,5 à 1 pour cent du PIB chaque année pour réussir à faire cette transition.

J'aimerais quand même encore dire que les plans du Conseil fédéral pour l'après 2030 sont insuffisants, à mon avis, en particulier parce que nous ne prenons pas en compte un des problèmes, à savoir celui des importations de CO₂. Aujourd'hui, la Suisse importe près de la moitié de son bilan carbone de l'étranger – c'est-à-dire lorsque nous faisons des achats, lorsque nous achetons chinois plutôt que suisse, etc. C'est une immense source d'émissions de CO₂ qui aujourd'hui n'est malheureusement pas prise en compte. Pour reprendre l'exemple des PME suisses, je trouverais intéressant que l'on se rende compte à quel point elles doivent affronter des défis en matière de recherche et de développement, pour savoir comment s'adapter et comment adapter leurs outils de production au réchauffement climatique. Ce fonds le permettrait, en particulier pour les plus petites entreprises pour lesquelles, aujourd'hui, la recherche et le développement et l'innovation sont de plus en plus difficiles.

Merci de recommander l'acceptation de cette initiative populaire.

Rieder Beat (M-E, VS), für die Kommission: Ich reagiere auf einzelne Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner. Es ist nicht so, dass die Mehrheit der UREK-S die Warnsignale im Bereich des Klimawandels auf die leichte Schulter nimmt. Die Schweiz macht nicht nichts. Sie investiert bereits jährlich etwa 2,4 Milliarden Franken in den Klimabereich. Aber es ist so, dass wir uns für diesen Bereich einmal überlegen müssen – und das werden wir im Zusammenhang mit der Behandlung der parlamentarischen Initiative Regazzi 24.446 tun –, ob wir zur Überwachung, zur Prävention und zum Schutz vor solchen Folgen des Klimawandels in der Schweiz noch zusätzliche Mittel brauchen oder Mittel umschichten müssen.

Dort besteht wahrscheinlich Nachholbedarf, auch wenn ich sagen muss, dass der Bundesrat in der Vergangenheit mehrere Programme aufgeschaltet hat; ich erwähne namentlich Owarna 1 und Owarna 2. Dort hat er die Zeichen der Zeit bereits erkannt und zusammen mit Meteo Schweiz Programme aufgebaut. Es besteht aber durchaus noch Nachholbedarf, und dieser Nachholbedarf könnte sich in sämtlichen Bereichen der Schweiz auszahlen, nicht nur im Gebirge, sondern auch im Flachland. Ich glaube, dass die Folgen eines verstärkten Klimawandels nicht nur die Berggebiete, sondern auch andere Regionen der Schweiz stärker betreffen werden. Wir werden daher die Diskussionen über die parlamentarische Initiative Regazzi sehr aufmerksam verfolgen, und wir werden die Initiative allenfalls auch nutzen, um weitere Mittel freizuschaukeln – für eine bessere Überwachung, eine bessere Prävention und einen besseren Schutz der Schweizer Bevölkerung.

Rösti Albert, Bundesrat: Die Klimafonds-Initiative wurde am 22. Februar 2024 mit 102 354 gültigen Unterschriften eingereicht. Der Bundesrat empfiehlt Ihnen, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Ich erläutere Ihnen gerne die wichtigsten Gründe dafür.

Die Initiative fordert, dass der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in einen Klimafonds einzahlt; das wären derzeit zwischen 3,9 und 7,7 Milliarden Franken. Diese Mittel sollen für die Dekarboni-



sierung des Verkehrs, der Gebäude und der Wirtschaft, für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz sowie für die Stärkung der Biodiversität eingesetzt werden. Auch aufgrund der klaren Zielsetzung der Initiative – es geht um die Mitigation, die Vermeidung des CO₂-Ausstosses – erachte ich, dass es nicht zielführend gewesen wäre, ihr die parlamentarische Initiative Regazzi 24.446 gegenüberzustellen, weil diese letztlich etwas anderes will; womit ich nicht sage, dass es sie nicht braucht. Deshalb unterstützt der Bundesrat die Haltung, dass man hier keinen Gegenvorschlag macht.

Wie der Fonds und die bestehenden Massnahmen zusammenspielen würden, lässt der Initiativtext offen. Es wurde bereits verschiedentlich gesagt, ich möchte es wiederholen: Selbstverständlich ist es dem Bundesrat wichtig, das Klima- und Innovationsgesetz umzusetzen. Dieses sagt klar, dass wir bis 2050 netto aus den fossilen Energien aussteigen. Sie haben hierzu diverse Gesetzgebungen verabschiedet. Der Bundesrat hat all diese Gesetze, ohne zu zögern, auf Anfang dieses Jahres umgesetzt. Ich möchte das schon klar sagen: Es kam beim Bundesrat bei diesen Gesetzen zu keinerlei Verzögerungen. Er hat die Änderung des CO₂-Gesetzes per 1. Januar 2025 umgesetzt; er hat zur Stärkung der erneuerbaren Energien das Stromversorgungsgesetz per 1. Januar dieses Jahres umgesetzt; er hat das Klima- und Innovationsgesetz umgesetzt. Die Fördertatbestände laufen, und die Stärkung der Kreislaufwirtschaft ist auch in der Umsetzung. Auch das dient letztlich dem Klimaschutz.

Zudem hat er jetzt Eckwerte bekannt gegeben, wie er sich den Klimaschutz zwischen 2030 und 2040 vorstellt. Und da, wenn Sie mir diese Bemerkung gestatten, staune ich schon über die harte, um nicht zu sagen vernichtende Kritik der Befürworter dieser Initiative. Dass man das als ungenügend betrachtet, okay, aber dass man sich aus einigen Kreisen so vernichtend äussert und auf die Eckwerte des Bundesrates so despektierlich reagiert, begreife ich nicht. Denn die Eckwerte, die ein Emissionshandelssystem für Verkehr und Gebäude vorsehen, werden uns deutlich mehr Mittel generieren, mehr Mittel, die dann wieder für Innovationen und für den Klimaschutz eingesetzt werden können. Es sind etwa dreimal mehr, als wir heute über das bestehende CO₂-Gesetz generieren können, weil im Rahmen des Verkaufs von Zertifikaten keine Rückverteilung mehr stattfindet und wir uns relativ nahe an die Entwicklung in der EU bringen können.

Ich bitte Sie einfach – das ist mein Appell ohne Bezug zu dieser Initiative –, das nicht zu zerreden, bevor wir überhaupt in die Vernehmlassung gestartet sind. Klar, kann man dann darüber sprechen, ob man das etwas abschwächen soll, aber der Bundesrat war relativ mutig und hat gesagt: Wir wollen, dass genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Es wurde gesagt, auch bei der Umsetzung des Entlastungspakets werden 2 Milliarden Franken für Klima- und Innovationsschutz eingesetzt. Letztlich ist der Bundesrat der Auffassung, dass es keinen Sinn machen würde, den ganzen Klimaschutz, der aus einem geschickten Mix aus Anreizen, Fördertatbeständen und Regulierungen besteht – ich denke auch an das Emissionshandelssystem für die grosse Industrie –, einfach über den Haufen zu werfen und nur noch über Förderungen zu sprechen. Denn damit würde man sehr teure Förderungen generieren, die mit enormen Mitnahmeeffekten verbunden wären. Man würde den Markt verzerren. Wir haben das Problem der Mitnahmeeffekte ja schon heute, insbesondere beim Gebäudeprogramm. Wenn wir nur noch fördern, wird diese Problematik grösser, und es wird massive Ineffizienzen geben.

Deshalb empfiehlt der Bundesrat die Initiative klar zur Ablehnung: aufgrund dieser faktischen Situation, aufgrund der bereits hohen Investitionen, die er jährlich tätigt, aufgrund Ihrer Beschlüsse, aber letztlich natürlich auch aufgrund der finanzpolitischen Risiken. Klar, ist das auch ein wichtiger Hintergrund, denn die vorgeschlagenen Klimaausgaben sollen nicht zu den ordentlichen Ausgaben zählen, die durch die konjunkturbedingten Schwankungen der Einnahmen plafoniert werden. Das würde eine vorübergehende Neuverschuldung von jährlich 3 bis 6 Prozent bedeuten, und ich glaube, das wäre in der aktuellen Phase nicht sinnvoll. Die einseitige Fokussierung auf die Bundessubventionen habe ich erwähnt.

Ich bitte einfach darum, keine Kausalität zwischen einem Fall Blatten oder einem Fall La Chaux-de-Fonds – so tragisch diese Ereignisse sind – und den Massnahmen, die wir hier beschliessen, herzustellen, das ist einfach nicht korrekt. Wir

AB 2025 S 975 / BO 2025 E 975

können noch so grosse Massnahmen beschliessen, wenn nicht die ganze Welt mitmacht, werden solche Ereignisse trotzdem passieren. Ich bin der Ansicht, dass wir einen eindeutigen und klaren Auftrag haben, in der Schweiz unsere Arbeit zu machen. Das heisst, wir sollen Vorbild sein, wir können Innovationen in die Welt schicken und damit sogar auch weltweit einen Beitrag leisten. Da bin ich, da ist der Bundesrat absolut bei Ihnen – er macht, was er kann. Aber wenn wir den CO₂-Ausstoss senken, was wir seit 2009 massiv gemacht haben, während er gleichzeitig in der ganzen Welt steigt, ist es den Leuten Sand in die Augen gestreut, wenn wir sagen, dass wir solche Ereignisse verhindern können, wenn wir noch etwas mehr machen würden – das



können wir einfach nicht. Wir müssen Anpassungsmassnahmen treffen, das ist absolut richtig, das heisst aber nicht, dass wir sonst nichts tun. Aber diese direkte Kausalität finde ich auch gegenüber den Betroffenen nicht korrekt. Ich bitte Sie einfach, die globale Sicht nicht zu vergessen.

Ich werde für die Schweiz an die Klimakonferenz COP reisen dürfen, und ich garantiere Ihnen, ich werde mich dort dafür einsetzen, dass nicht nur wir Schweizer, sondern dass wir diese Anstrengungen weltweit machen, denn dann kommen wir vorwärts. Und nochmals: Mit einem Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr würden wir deutlich mehr Mittel generieren. Wir werden Ihnen den Vernehmlassungsbericht nächsten Sommer vorlegen, und das ist eine echte Alternative zur Initiative, die der Bundesrat deshalb zur Ablehnung empfiehlt.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une politique énergétique et climatique équitable : investir pour la prospérité, le travail et l'environnement (initiative pour un fonds climat)"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Crevoisier Crelier, Fivaz Fabien, Maillard Pierre-Yves)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Crevoisier Crelier, Fivaz Fabien, Maillard Pierre-Yves)

... aux cantons d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.022/7703)

Für den Antrag der Mehrheit ... 34 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsident (Caroni Andrea, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.



25.022

**Für eine gerechte Energie- und
Klimapolitik: Investieren
für Wohlstand, Arbeit und Umwelt
(Klimafonds-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une politique énergétique
et climatique équitable : investir
pour la prospérité, le travail
et l'environnement
(initiative pour un fonds climat).
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.09.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)"
Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une politique énergétique et climatique équitable : investir pour la prospérité, le travail et l'environnement (initiative pour un fonds climat)"

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 25.022/31301)
Für Annahme des Entwurfes ... 127 Stimmen
Dagegen ... 69 Stimmen
(0 Enthaltungen)



25.022

**Für eine gerechte Energie- und
Klimapolitik: Investieren
für Wohlstand, Arbeit und Umwelt
(Klimafonds-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une politique énergétique
et climatique équitable : investir
pour la prospérité, le travail
et l'environnement
(initiative pour un fonds climat).
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.09.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)"
Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une politique énergétique et climatique équitable : investir pour la prospérité, le travail et l'environnement (initiative pour un fonds climat)"

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 25.022/7759)
Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen
Dagegen ... 11 Stimmen
(0 Enthaltungen)